5.–

Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur

Von Dr. Eugen Varga

Unter-Prof. gewesenem Volkskommissär und Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates der Ungarischen Räterepublik

Wien 1920

Kampfverlag der „Neuen Erde" VII, Mariahilferstraße 74 a

28-92

85 1331

A - BBCE, BBCC
(4K)

Inventar-Nr.: Os 1371

Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur

Von Dr. Eugen Varga
Univ.-Prof., gewesenem Volkskommissär und Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates der Ungarischen Räterepublik

28-92

Osteuropa-Institut
an der Freien Universität Berlin
— Bibliothek (R) —
Abteilung für das Recht der DDR

Wien 1920
Genossenschaftsverlag der „Neuen Erde" VII, Mariahilferstraße 74 a

Gewidmet dem Andenken der treuen, kühnen, edlen Vorkämpfer des Proletariats, die nach dem Zusammenbruch der Ungarischen Räterepublik dem weißen Terror zum Opfer fielen.

GKOB

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
Die Krise des Kapitalismus	10
Das Problem der Steigerung der Produktion	19
Die Lebenshaltung in der Diktatur	33
Die Expropriation der Expropriateure	43
Das Organisationsproblem der proletarischen Volkswirtschaft	51
Das Problem der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsintensität	66
Das Problem der Beamtenschaft	74
Die Agrarpolitik des proletarischen Staates	84
Die Lebensmittelversorgung	93
Das Problem der Güterverteilung	102
Das Geldproblem in der Diktatur	112
Der proletarische Staatshaushalt	122
Internationale Wirtschaftsprobleme in der Diktatur	128
Schlußwort	135

Vorwort.

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist des Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich anzueignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht ...“ (Marx: Der 18. Brumaire des Louis Napoleon.)

Unterhöhlt von jenen Arbeiterführern, die „vor der Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke zurückschreckten“, verlassen von den Proletariern der Nachbarstaaten, fiel die ungarische Räterepublik, die am weitesten gen Westen vorgetriebene siegreiche Welle des revolutionären russischen Flammenmeeres, im Kampfe gegen die von allen imperialistischen Mächten unterstützte rumänisch-tschechische Soldateska. Die exponiertesten Führer, die geschichtliche Unabwendbarkeit des weißen Terrors voraussehend, flüchteten aus dem Lande und fanden in Oesterreich ein dürftiges Asyl. Interniert in Schloß Karlstein, von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen, hatte ich sechs Monate lang Zeit und Muße genug, über „die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten des ersten Versuches“ nach-

zudenken. Das Ergebnis dieser Meditation ist diese Schrift. Sie trägt die Spuren ihres Entstehens an sich. Bücher standen mir nur in ganz geringem Maßstab zur Verfügung: statistisches Material überhaupt nicht. Es mußte aus dem Gedächtnis gearbeitet, manchmal sogar zitiert werden. Daher viele kleine Ungenauigkeiten ...

Verfolgt von den Schergen des ungarischen weißen Terrors, beschuldigt des Mordes, des Raubes und der Geldfälschung, verleumdet von der kapitalistischen Presse der ganzen Welt, verlassen von manchen guten alten Genossen, die aus der harten Wirklichkeit des proletarischen Klassenkampfes entsetzt in die Idylle der burgerlichen Demokratie zurückflüchteten, bekenne ich trotz der erlittenen Niederlage offen und klar: es gibt keinen anderen Weg zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft als die Diktatur des Proletariats. Die Formen der Diktatur mögen verschieden sein: es wird wahrscheinlich Länder geben, in welchen nicht das russische Rätesystem, sondern ein anderes proletarisches Organisationssystem die Grundlage der Diktatur bilden wird. Es wird vielleicht Länder geben, in welchen sogar der Parlamentarismus in der Periode der Diktatur erhalten bleibt. Und es wird — wir wollen es hoffen — Länder geben, wo sich die Diktatur ohne jeden Terror vollziehen wird. Es wäre töricht, für das geschichtliche Werden einer neuen Gesellschaftsordnung die Formen voraussagen zu wollen. Eines steht jedoch fest: Ohne eine Diktatur des Proletariats, das heißt ohne einen Uebergangszustand, in welchem das Proletariat die herrschende Klasse bildet, und mit Ausschluß aller anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft die Politik des Landes bestimmt [1]), ist der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unmöglich.

[1]) Dies ist der richtige Sinn des Begriffes: Diktatur des Proletariats und nicht, wie Kautsky zu meinen vorgibt: ... eine Unterdrückungspolitik ... die sich der Fesseln der Gesetze, die sie selbst geschaffen, ... entledigt. .... ein Zustand der Willkür, die naturgemäß nur von einem sehr kleinen Kreis ... oder von einem einzelnen ausgeübt werden kann. ...." Dies ist die Definition der Tyrannis, der Diktatur ganz im allgemeinen, aber nicht jene der proletarischen Diktatur, welche die Uebergangsstaatsform der ausschließlichen politischen Herrschaft des Proletariats als Klasse bedeutet, so, wie die bürgerliche Demokratie die Staatsform der ausschließlichen Herrschaft der Bourgeoisie ist. Die Diktatur des Proletariats bedeutet nicht „sich der Fesseln der selbstgeschaffenen Gesetze zu entledigen". Im Gegenteil: je strikter alle Gesetze eingehalten werden, je straffer die Diktatur ausgeübt wird, desto kürzer ihre geschichtliche Notwendigkeit.

Diese Ueberzeugung, von Marx schon vor einem halben Jahrhundert ausgesprochen, gewinnt trotz dem raschen Zusammenbruch der finnischen, bayrischen und ungarischen Diktatur ungemein rasch Anhänger. Die deutsche Unabhängige Sozialdemokratische Partei nahm auf ihrem letzten Parteikongreß einstimmig diese Plattform an. Die italienische sozialistische Partei errang mit diesem Programm einen überwältigenden Wahlsieg. In England und in Amerika nimmt die Arbeiterbewegung Formen an, welche sich der Idee und den Methoden der Diktatur sehr nähern. Die ungeheuren militärischen Erfolge der russischen Räterepublik im Jahre 1919, die Auflösung aller gegenrevolutionären Armeen in Rußland beweisen, daß die Herrschaft des Proletariats in Rußland in der Seele der Mehrheit des politisch aktiven Teiles der Bevölkerung einen festen Halt gewonnen hat und hiedurch unbesiegbar wurde. Es ist aber auf die Dauer unmöglich, daß Kapitalismus und Sozialismus nebeneinander bestehen bleiben. Es ist unmöglich, daß das Proletariat Deutschlands, Englands und Amerikas, obwohl es die absolute Majorität der Bevölkerung bildet, auf die Dauer friedlich das Joch des Kapitalismus tragen wird, wenn in Rußland das proletarische Regime nicht nur bestehen bleibt, sondern, wie es die letzten Ereignisse beweisen, militärisch, wirtschaftlich und kulturell erstarkt. Entweder muß das proletarische Rußland zugrunde gehen oder das Proletariat der anderen kapitalistischen Länder muß sich ebenfalls die politische Vorherrschaft erkämpfen.

Ich glaube an den Fortgang der Revolution, denn der Kapitalismus ist — wie ich im ersten Kapitel dieser Schrift ausführe — unfähig, dem Proletariat jene reale Erhöhung des Standards zu verschaffen, welche allein geeignet wäre, den revolutionären Drang des Proletariats zu hemmen. Diese Ueberzeugung des unaufhaltsamen Vordringens der proletarischen Revolution bewog mich dazu, diese Schrift, so unvollständig und lückenhaft dieselbe sein mag, zu veröffentlichen. Vielleicht trägt sie ein Geringes dazu bei, „die Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen".

Meine Arbeit ist nichts weniger als eine Agitations- oder Rechtfertigungsschrift. Ich decke alle Fehler, die wir während der ungarischen Rätediktatur begangen haben, ohne Scheu auf; ich konstatiere in jedem Falle, ob eine Verfügung wirklich durchgeführt wurde oder bloß auf dem Papier blieb. Auch liegt es mir fern, Rezepte für das Tun und Schaffen der Proletarier in

anderen Ländern geben zu wollen. Dies wäre unhistorische Naivität. Mein Zweck ist: die allgemeinen wirtschaftspolitischen Probleme jeder proletarischen Diktatur aufzurollen, die theoretisch möglichen Lösungen ins Auge zu fassen und sodann die realen Erfahrungen, welche wir in Ungarn mit unseren Lösungsversuchen gemacht haben, zu schildern. Die Kenntnis dieser Tatsachen kann für das Proletariat aller Länder nur zum Vorteil sein. Es bleibt ganz ihnen überlassen, was sie von den ungarischen Erfahrungen sich zunutze machen können...

Einige Worte über die Methode. Sie ist jene des Marxismus. Wie Marx methodologisch von der Voraussetzung ausging, daß die kapitalistische Produktionsweise alleinherrschend sei und den Resten des feudalen Wirtschaftssystems wenig Aufmerksamkeit widmete, ist hier naturgemäß das Schwergewicht auf die Entwicklung der neuen Formen der Wirtschaft gelegt: Formen, welche im Kapitalismus entstanden, in der Diktatur aber weiter entwickelt und ihres antagonistischen Charakters entkleidet werden. Das Wirtschaftsleben in der Periode der Diktatur ist in zwei Teile gespalten. Neben der proletarischen Gemeinwirtschaft bestehen die Reste des Privatwirtschaftssystems. Letztere lösen sich langsam auf und werden dem System der Gemeinwirtschaft einverleibt. Ist dieser Prozeß vollzogen, nimmt die Diktatur des Proletariats ihr Ende. Es gibt keine Proletarier und keine Bourgeois mehr: es gibt nur mehr eine Gemeinschaft frei arbeitender Kulturmenschen...

Es ist hiebei vorausgesetzt, daß mit dem Verschwinden des Privateigentums auch die diesen Eigentumsverhältnissen entsprechende habgierig-egoistische Ideologie verschwindet. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats endet nicht mit dem Verschwinden des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern erst mit dem Verschwinden der kapitalistischen, habgierig-egoistischen Ideologie. Die Diktatur des Proletariats kann durch den Sozialismus erst dann abgelöst werden, wenn die Wandlung in der Ideologie vollzogen ist, wenn die dem Kapitalismus eigentümliche habgierig-egoistische Psyche ebenfalls verschwunden ist. Dies wird wohl eine Generation erfordern.

Bei der unvoreingenommenen geistigen Durchdringung des Verlaufes der ungarischen Rätediktatur ergab es sich im allgemeinen, daß der Ideologie in revolutionären Zeitläuften eine viel größere Bedeutung zugestanden werden muß, als ein großer Teil der Marxisten glaubt. Die Gefahr für den Bestand des Proletarierregimes besteht weniger in den aktiven, von richtig aufgefaßten Klasseninteressen getriebenen Widerstand der depossedierten herrschenden Klassen, als in dem passiven Widerstand weiter Schichten des Proletariats selbst, welches sich von der fremden, ihr durch das kulturelle Unterdrückungssystem des kapitalistischen Staates aufgedrängten Ideologie nicht losreißen könne. Diese große Bedeutung der Ideologie und der auf ihr fußenden politischen Handlungsweisen brachte es mit sich, daß wir bei der Behandlung der wirtschaftlichen Probleme auf Schritt und Tritt Politik und Ideologie als bestimmende Faktoren einbeziehen mußten. Eine streng durchgeführte Beschränkung auf das rein Wirtschaftliche hätte wohl ein besser abgegrenztes, aber auch ein der Wirklichkeit weiter entrücktes Bild ergeben...

Ich fand bei meiner Arbeit die Unterstützung meiner Genossen in der Internierung: namentlich Bela Kun und Julius Lengyel verdanke ich manchen wertvollen Fingerzeig; es sei ihnen hiefür herzlichster Dank.

Karlstein, den 10. Jänner 1920.

Der Verfasser.

1. Die Krise des Kapitalismus.

Der Weltkrieg entfesselte die Krise des Kapitalismus. Das Proletariat der ganzen kapitalistischen Welt befindet sich in einer revolutionären Gärung. Vom siegreichen russischen Herd ausgehend, wandert die revolutionäre Welle unaufhaltsam gegen Westen. Absolute Lockerung der Arbeitsdisziplin, tiefe Arbeitsunlust unter kapitalistischen Bedingungen, riesige Streiks, welche durch ihre Ausdehnung allein die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erschüttern, Teuerung, Elend; Plünderungen in den Städten, Meutereien in der Armee: die Erfahrung zeigt, daß dies die Vorzeichen der bewaffneten Erhebung des Proletariats sind.

Die Klopffechter der Bourgeoisie behaupten freilich, es handle sich bloß um eine vorübergehende Krise des Kapitalismus, nicht um den Anfang vom Ende. „Der Bolschewismus ist die Krankheit der besiegten Länder" — ist ihr Losungswort. Wir wollen versuchen festzustellen, ob die gegenwärtige Krise als eine vorübergehende oder eine endgültige zu betrachten ist.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist eine antagonistische. Als Klassenherrschaft konnte sie nur so lange stabil erscheinen, als sich die Interessen der Bourgeoisie mit jenen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung deckten. Dies währte nur kurze Zeit. Die immanenten Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise brachten den antagonistischen Charakter dieser Gesellschaftsordnung immer schärfer zum Vorschein. Nicht der Wille der Mehrheit der Beteiligten, sondern die Gewaltorganisation der herrschenden Klasse hielt das System in der seit Jahrzehnten währenden latenten Krise aufrecht. Große Massen des Proletariats organisierten sich zum Kampfe gegen das Kapital. Aber es kam nur zu vereinzelten Ausbrüchen. Der Kapitalismus hatte noch nicht alle Kräfte entwickelt, alle Möglichkeiten ausgenützt: er dehnte sich noch immer aus, nahm neue Länder, neue Erdteile in Besitz, brachte den Kapitalisten reiche Profite und damit die Möglichkeit, der Vortruppe des kämpfenden Proletariats davon Brocken zukommen zu lassen, ihnen einen sich langsam erhöhenden Standard zu bieten, was die revolutionären Energien dämpfte[2]). Die Konzentration der Betriebe und die Zentralisation der Vermögen war noch minder entwickelt, die am Privateigentum an den Produktionsmitteln Interessierten sehr zahlreich. Die konservative Ideologie, der Glaube an der Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Weltordnung war in den proletarischen Massen noch fest gewurzelt. Die „evolutionistische" Lehre der Sozialdemokratie, welche die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft in unabsehbare Ferne hinausrückte: die Praxis der Gewerkschaften, welche sich ganz der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung widmeten, war nicht dazu geeignet, die latenten Gegensätze in aktive revolutionäre Energien umzuwandeln. Schließlich: die Gewaltorganisation der herrschenden Klassen war intakt, war stark genug, alle Versuche einer bewaffneten Erhebung des Proletariats niederzuschlagen und verstärkte hiedurch im Proletariat das von den Anwälten der herrschenden Klasse gepredigte und dem Proletariat eingeimpfte Dogma von der Unerschütterlichkeit und Ewigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Weltkrieg brachte tiefgehende Aenderungen in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft. Wir wollen zuerst jene Aenderungen untersuchen, welche die ökonomische Grundlage im Kriege erlitten hat.

Ein Teil der Veränderungen vollzog sich gemäß den allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, aber im rascheren Tempo, als es ohne den Weltkrieg geschehen wäre. Die Konzentration machte ungemein rasche Fortschritte. Hunderttausende von kleinen Handwerkern und Krämern zogen ins Feld, ihr Betrieb ging zugrunde. Anderseits bereicherten sich die großen Unternehmungen durch lukrative Kriegslieferungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Kapitalisten mit großen Vermögen und Proletarier, die außer ihrer Arbeitskraft nichts im Besitz haben, tritt viel schärfer hervor als vor dem Weltkrieg.

Die der imperialistischen Phase des Kapitalismus eigene Tendenz zur Ueberwindung der Anarchie: zur Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft, um dem Kapital eine bessere Beherrschung des Marktes zu ermöglichen, erfuhr im Kriege eine gewaltige Verstärkung durch die staatlichen zwangswirtschaftlichen Organisationen. Man sprach von — Kriegssozialismus: staatlich organisierter Kapitalismus wäre der richtige Ausdruck gewesen.

Eine Reihe anderer Veränderungen können wir als kriegswirtschaftliche Deformation des Wirtschaftslebens zusammenfassen. Die wichtigsten Erscheinungen dieser Deformation sind die folgenden[3]):

[2]) Dies dauerte knapp bis zur Jahrhundertwende; die scharf einsetzende Teuerung brachte bei erhöhten Geldlöhnen sinkende Reallöhne. (Siehe Karl Kautsky: „Der Weg zur Macht". II. Auflage. Berlin 1910. Seite 85.)

[3]) Siehe Eugen Varga: „Geld und Kapital in der Kriegswirtschaft." „Die Neue Zeit". Jahrgang 1916.

An Stelle der realen Akkumulation tritt reale Verarmung, begleitet von einer ungeheuren Akkumulation des fiktiven Kapitals. Der kriegführende Staat entnimmt — zusammen mit dem Konsum der Zivilbevölkerung — dem Wirtschaftsleben eine viel größere Masse von Gütern, als im gleichen Zeitraum produziert wird. Statt der dem Kapitalismus eigentümlichen Akkumulation entsteht eine Verminderung des realen Reichtums an Gütern, eine Desakkumulation. Der kapitalistische Staat nimmt die Güter mit vollster Anerkennung der Heiligkeit des Privateigentums in Anspruch, das heißt bezahlt dieselben zum vollen Preis. Das Bargeld wird durch sich immer wiederholende Kriegsanleihen beschafft. An Stelle der inproduktiv vergeudeten Güter tritt fiktives Kapital, Anweisungen auf später zu produzierenden, durch den Staat im Wege der Besteuerung enteigneten Mehrwert. Der Betrag des fiktiven Kapitals schwillt um so höher, als die Preise infolge des rasch eintretenden Warenmangels rapid in die Höhe gehen.

„Diese Schuldscheine, die für das ursprünglich geliehene und längst verausgabte Kapital ausgestellt sind, diese papierenen Duplikate von vernichtetem Kapital, fungieren für ihre Besitzer so weit als Kapital, als sie verkaufbare Ware sind, und daher in Kapital rückverwandelt werden können." (Marx: „Kapital", III. 2. 14.)

Diese Rückverwandlung kann in der Kriegswirtschaft nur für den einzelnen Besitzer von Kriegsanleihen stattfinden; gesellschaftlich allgemein ist diese Rückverwandlung unmöglich, weil die realen Elemente des produktiven Kapitals auf dem Warenmarkte nicht vorhanden sind.

Die reale Verarmung der Bevölkerung im Kriege geht nicht gleichmäßig vor sich. Es gehen gleichzeitig weitgehende Verschiebungen in der Verteilung des stetig zusammenschrumpfenden realen Vermögens vor sich. Kriegslieferanten, Lebensmittelproduzenten, überhaupt alle Erwerbsschichten, welche in die Kriegskonjunktur einbezogen wurden, bereicherten sich. Die kleinen Existenzen, deren Kapital zur Fortsetzung der Produktion infolge der rapiden Teuerung der Rohmaterialien nicht hinreichte, gingen zugrunde. Alle Schichten, deren Vermögen einen in Geld fixierten Ertrag abwarf, verarmten infolge Entwertung des Geldes.

Dem Verschwinden der realen Güter und dem Anschwellen des fiktiven Kapitals entspricht ein ähnlicher Vorgang in der Einkommenverteilung. Der nominale Betrag des Gesamteinkommens des Volkes steigt sehr hoch, aber es fehlt die entsprechende Gütermenge zur Realisierung des Einkommens. Die Preise gehen rapid in die Höhe, das Geld verliert seinen Charakter als allgemeines Tauschmittel. Es beginnt ein primitiver Naturaltausch zwischen Stadt und Land.

„Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen" — sagt das Kommunistische Manifest. In der Kriegswirtschaft hat das Land sich die Stadt untertänig gemacht. Bei dem allgemeinen Warenmangel erhielt das Land, welches die unentbehrlichsten Güter: die Lebensmittel, produzierte, das wirtschaftliche Uebergewicht, wucherte die Stadtbevölkerung aus, zwang die Proletarier, ihre dürftigen Habseligkeiten im Tausch gegen Lebensmittel in den Bauernhöfen feilzubieten.

Der Lebens-Standard der kriegführenden Völker ging im allgemeinen rasch zurück; aber nicht gleichmäßig bei allen Klassen. Die Grundbesitzer und die Hautebourgeoisie behielten ihre alte reale Lebenshaltung: die Bauern erhöhten sogar ihren Standard: derjenige der Beamten und Arbeiter jedoch verschlechterte sich sprunghaft. Es trat eine reale Verelendung der arbeitenden Massen ein, da die Lohnerhöhungen mit der Teuerung nicht Schritt hielten. Hingegen bedeutete das Soldatenleben für die Dienenden aus den Schichten der Landarbeiter und der ungelernten Arbeiter Ost- und Mitteleuropas eine beträchtliche Erhöhung der gewohnten Lebenshaltung: Leute, die früher in zwei Wochen einmal Fleisch gegessen hatten, bekamen beim Heer ihre tägliche Fleischportion: Proletarier, die im Zivilleben das halbe Jahr barfuß gingen und kaum ein Hemd am Leibe hatten, wurden beim Militär anständig gekleidet u. s. w.

Diese Veränderungen in der ökonomischen Grundlage zogen weitgehende Veränderungen im gesellschaftlichen Ueberbau nach sich. Vor allem ergab sich eine tiefgehende Aenderung in der Ideologie des Proletariats, eine Aktivierung der latenten revolutionären Energie.

Diejenigen Momente, welche in der Kriegswirtschaft mit den allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung zusammenfallen, die beschleunigte Konzentration und der Ausbau der zwangswirtschaftlichen Organisation verstärkten allein schon die Kraft des latenten Widerstandes im Proletariat. Als neues revolutionierendes Moment tritt die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse hinzu. Wir müssen betonen, daß trotz Ausbeutung, trotz allem Elend, welches die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erdulden hatte, sich ihre Lebenshaltung — von kurzen Rückschlägen in Zeiten der Krisen abgesehen — im Zeitalter des modernen Kapitalismus während des 19. Jahrhunderts im allgemeinen gehoben hatte. Dies geht aus den Daten der Lebensmittelproduktion und des Verbrauches unzweideutig hervor. Einen ähnlichen Rückgang der Lebenshaltung, wie es das Proletariat Mittel- und Osteuropas gegenwärtig durchmacht, kennt die Geschichte der modernen Arbeiterklasse nicht. Es ist aber eine grundlegende psychologische Tatsache, daß der Verlust eines bereits erreichten Standards viel revolutionierender wirkt, als der bloße Trieb nach Verbesserung der gewohnten Lebenshaltung. Das Proletariat vermehrte sich durch die im Kriege zugrunde gegangenen kleinbürgerlichen Elemente und die auf einem proletarischen Standard herabgesunkene Beamtenschaft. Diese de-

klassierten Elemente brachten eine, wenn auch undisziplinierte, jedoch erbitterte revolutionäre Energie in die Reihen des Proletariats.

Die materielle Verelendung traf das Proletariat unter Umständen, welche geeignet waren, sein soziales Selbstbewußtsein in hohem Grade zu stärken. Die herrschenden Klassen aller Länder hatten während des Krieges ohne Unterlaß an das Proletariat appelliert: im Felde, in den Fabriken, auf dem Lande. Immer wieder hieß es: Die Proletarier müssen das Vaterland retten, ihre Kampfbereitschaft auf dem Schlachtfeld, ihre Arbeitsleistung in den Fabriken entscheide über „das Schicksal des Vaterlandes". Der Proletarier erfuhr auf diese Weise von den Wortführern des Kapitalismus selbst seine alles überragende Wichtigkeit in der modernen Gesellschaft. Bisher hatte er in der amtlich gelehrten Ideologie nur von seiner eigenen Minderwertigkeit gegenüber den Mitgliedern der herrschenden Klassen gehört. Jetzt bekam er das Gegenteil zu hören. Er hatte überdies die Erfahrung gemacht, daß er in der Handhabung der Waffen — welche in seinen bisherigen Erfahrungen immer nur von den bewaffneten Hütern der Klassenherrschaft gegen ihn gebraucht wurden — ebenso bewandert und geschickt sei, wie die Mitglieder der herrschenden Klasse und ihr Anhang. Eine Erfahrung, welche tiefen Eindruck auf die Proletarier machte. Als Grundtatsache wollen wir daher feststellen, daß das Proletariat aller Länder aus dem Kriege mit herabgemindertem Standard, aber mit gestärktem sozialen Selbstbewußtsein hervorgegangen ist. Diesem erhöhten Selbstbewußtsein entsprechend fordert es nun eine Erhöhung seines materiellen und moralischen Standards: eine Erhöhung nicht nur über das gegenwärtige, sondern über das vorkriegerische Niveau; eine Forderung, welcher das Kapital, wie wir ausführen werden, unmöglich entsprechen kann. Dies ist der Kern der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus...

Quantitativ war diese Entwicklung eine ungleiche. Die kriegswirtschaftliche Deformation des Wirtschaftslebens war in den besiegten Staaten größer als in den Siegerstaaten: infolgedessen auch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter, ihre Unzufriedenheit, daher auch ihr revolutionärer Drang. Und da diese starke revolutionäre Grundstimmung in den besiegten Ländern mit dem infolge der erlittenen Niederlage eingetretenen Zerfall der Gewaltorganisation des Staates zusammentraf, erfolgte die politische Revolution in allen besiegten Ländern. Diese wurde in Rußland, wo das Proletariat die stärkste revolutionäre Vergangenheit und die herrschende Klasse die schwächste Organisation hatte, von der siegreichen reinen Proletarierrevolution abgelöst, welcher alsbald die niedergeschlagenen Versuche in Finnland, Bayern, Ungarn folgten.

In den Siegerländern, wo die Gewaltorganisation des Staates intakt blieb, ist die Revolution bisher nicht zum Ausbruch gekommen. Aber die Krise des Kapitalismus kann nicht geleugnet werden. Die Arbeiterschaft fordert stürmisch die Erhöhung ihres Standards. Nun sind die Kapitalisten gerne bereit, den Arbeitern jedwede Konzession zur Erhöhung ihres moralischen Standards innerhalb der bürgerlichen Demokratie zu gewähren. Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechtes nach Belieben des Proletariats, Teilnahme der Führer an der Regierung, Arbeitsgemeinschaften, Arbeiterräte mit beschränktem Wirkungskreis, ja sogar Sozialisierung gegen volle Entschädigung der Eigentümer: dies alles können die Proletarier innerhalb der Bourgeoisdemokratie leicht erreichen.

Aber die Arbeiterschaft der Ententeländer überzeugt sich bereits davon, daß derartige politische Konzessionen die wirtschaftliche Knechtung durchaus nicht aufheben. Das Proletariat aller Länder fordert einen höheren realen Standard: eine Verkürzung des Arbeitstages auf sieben, ja in Amerika auf sechs Stunden und versucht dies — oft unbewußt — im Wege sozialistisch-revolutionärer Maßregeln zu erreichen. Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft haben die Möglichkeit der Organisierung einer proletarischen Gemeinwirtschaft aus der neblichten Ferne sozialer Utopien in greifbare Nähe gebracht. Mag auch die Zwangsorganisation der Kriegswirtschaft ein noch so verzerrtes Bild der kommunistischen Wirtschaft bieten, sie zeigte den Massen, daß eine zentral-organisierte Wirtschaftsleitung keine Utopie ist, sondern eine sich aus den Verhältnissen notwendig ergebende und daher mit den Mitteln der gegenwärtigen Gesellschaft lösbare Aufgabe. Die Möglichkeit, eine proletarische Wirtschaft zu organisieren, durch Umstülpung der kapitalistischen kriegswirtschaftlichen Organisation in eine proletarische, scheint unmittelbar durchführbar zu sein. Daher fordern die immer als konservativ geltenden englischen Trade-Unions die Nationalisierung der Bergwerke, der Eisenbahnen, der Banken und der wichtigsten Zweige des Handels; Forderungen, deren Bewilligung das Ende des Kapitalismus bedeuten würden. Die deutschen Arbeiter fordern Einsicht und Mitbestimmung bei den kapitalistischen Unternehmungen für die Betriebsräte u. s. w.

Der Kampf um die Erhöhung der Lebenshaltung geht überwiegend mit wirtschaftlichen Kampfmitteln, aber mit revolutionärer Energie vor sich. Riesige Streiks von hunderttausenden Eisenbahnern, Bergarbeitern, Metallarbeitern erschüttern das Wirtschaftsleben Europas und Amerikas. Die ungeheure Ausdehnung dieser Bewegung gibt ihr selbst dann den Charakter eines revolutionären Klassenkampfes, wenn es sich unmittelbar in dem Bewußtsein der Arbeiter selbst bloß um rein wirtschaftliche Forderungen handelt. Denn die Bourgeoisie kann diese Forderungen nicht erfüllen. Daher herrscht im Proletariat der ganzen

kapitalistischen Welt eine allgemeine Arbeitsunlust, ein immer weitergreifendes Schwinden der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, ein unaufhaltsames Sinken der Produktion[4]).

Die Kapitalistenklasse kann aber die Forderungen der Arbeiterschaft nach einer realen Erhöhung ihrer Lebenshaltung über das Vorkriegsniveau unmöglich erfüllen. Dies würde das Ende des Kapitalismus, weil das Ende der Mehrwertaneignung, bedeuten. Die Kapitalistenklasse müßte auf den Profit ganz verzichten und die Produktion bloß im Interesse der Arbeiter und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft fortsetzen. Nun läßt es sich denken, daß die leitende Bürokratie des anonymen Kapitals, die Direktoren der Aktiengesellschaften, die Produktion mit dem Bewußtsein fortsetzen würden, daß einige dividendenlose Jahre folgen. Für die Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit ist dies aber eine irreale Voraussetzung.

Aber der Widerspruch zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem möglichen Ergebnis der kapitalistischen Produktion ist so groß, daß selbst der — in der Praxis ganz undenkbare — Verzicht der Kapitalistenklasse auf jeglichen Profit diesen Widerspruch nicht lösen könnte. Der Krieg hat die Möglichkeit der Produktion in allen Ländern stark herabgemindert; die Zusammensetzung und der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich verschoben, der Anteil der arbeitsfähigen Schichten sehr verringert; die Produktionsmittel sind abgenutzt, verwüstet, die Vorräte an Gütern, Rohstoffen und Produktionsmitteln aufgebraucht. Mit diesem Produktionsapparat läßt sich, unter kapitalistischen Verhältnissen, die nötige Gütermenge zur Befriedigung der Ansprüche der Arbeiterschaft nicht hervorbringen. Außerdem ist die kapitalistische Produktion in ihrem ganzen Aufbau der jeweiligen Einkommenverteilung angepaßt. Umsonst würde die Kapitalistenklasse sich dazu herbeilassen, zeitweilig der Mehrwertaneignung zu entsagen: hiedurch könnte vielleicht erreicht werden, daß die Arbeiterschaft den zur geforderten Standarderhöhung nötigen Wert in Geld erhielte, aber nicht in Gütern, welche zur realen Erhöhung ihrer Lebenshaltung nötig wären. Denn die zur Produktion von Luxuswaren dienenden Produktionsmittel können nicht ohneweiters zur Produktion solcher Güter verwendet werden, welche in den Konsum der Arbeiterklasse eingehen[5]). Die Forderung der Arbeiterklasse nach einer realen Erhöhung der Lebenshaltung könnte also nur durch eine sprunghafte Erhöhung der Produktion solcher Güter, die dem Konsum der Arbeiter dienen, erfüllt werden.

Nun ist dem Kapitalismus bloß eine Art der Ausdehnung der Produktion eigentümlich: die Erhöhung der Produktivität, das heißt die Vermehrung der durch einen Arbeiter in Bewegung gesetzten Produktionsmittel oder — wie Marx es nennt — die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Alle anderen Mittel — wir beschäftigen uns im nächsten Kapitel eingehend damit — liegen außerhalb der geraden Linie der kapitalistischen Entwicklung. Die Erhöhung der Produktivität setzt Vermehrung der Produktionsmittel voraus, also reale Akkumulation. Diese Akkumulation ist aber im Kapitalismus Funktion der Kapitalistenklasse, bedeutet, daß ein Teil des angeeigneten Mehrwerts nicht als Revenue verzehrt, sondern zum weiteren Aufbau des Produktionsapparats verwendet wird. Wie soll aber die Kapitalistenklasse akkumulieren, wenn sie durch die ungestüme Forderung der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Lebenshaltung selbst auf ihren Profit verzichten müßte, um revolutionären Ausbrüchen vorzubeugen? Ohne Profit keine Akkumulation; ohne Akkumulation keine Möglichkeit der Mehrproduktion[6]): ohne Mehrproduktion keine Möglichkeit, die

---

[4]) Den Rückgang der Produktion in Deutschland zeigen folgende Daten, welche unendlich vermehrt werden könnten:

„Der reine Verlust der vereinigten König- und Laurahütte betrug im Jahre 1918/19 10·8 Millionen Mark. Ursache des Verlustes waren laut Bericht ... die nicht endenwollenden Forderungen der Arbeiter und Beamten, die furchtbare Erhöhung aller Auslagen, vornehmlich aber die starke Verringerung in den Leistungen der Arbeiter." („Berliner Tagblatt" vom 9. Oktober 1919.)

Die Harpener Bergbau A.-G. veröffentlicht folgenden Bericht:

Jahr:	Arbeitsleistung pro Arbeiter im Durchschnitt Dz.	Lohn eines Arbeiters Mark
1913/14	9·49	6·63
1915/16	9·38	7·73
1916/17	8·54	9·86
1917/18	8·55	12·06
1918/19	7·65	16·71
Juli 1919	6·90	23·33
August 1919	6·02	26·87

Die Durchschnittsleistung ist also seit Kriegsende von 8·53 Dz. auf 6·02 gesunken. („Berliner Tagblatt" vom 23. Oktober 1919.)

Der Generalversammlung der Laurahütte berichtet Generaldirektor Hilgner, die Produktion betrage nur die Hälfte der Friedensproduktion. Hauptgrund der Verringerung sei die mangelhafte Leistung der Arbeiter. („Berliner Tagblatt" vom Oktober 1919.) Um die Jahreswende 1919/20 scheint sich die Arbeitsleistung gebessert zu haben; dies wird aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

[5]) Es ist dies ein Problem, welches auch in der Diktatur des Proletariats weiter besteht. Wir handeln davon im dritten Kapitel. Die Frage wird von Marx im „Kapital", II., eingehend erörtert.

[6]) Die Erhöhung der Güterproduktion wird durch den wirren Zustand des Weltmarktes ebenfalls erschwert. Rußland und Sibirien scheiden als Rohstofflieferanten ganz aus: der Balkan, Ungarn, Polen sind wirtschaftlich nicht leistungsfähig. Die fortwährenden Schwankungen der Valuta, das Fehlen der früher den Weltmarkt beherrschenden, absolut stabilen englischen Weltvaluta legt den internationalen Güteraustausch und hiedurch der Entfaltung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg.

Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen. Versucht aber das Kapital den anderen Weg, versucht es, die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen, um den Produktionsapparat in Ordnung zu bringen, rasch zu akkumulieren, und auf diese Weise jene Mehrproduktion zu erreichen, welche zu der von dem Proletariat geforderten realen Erhöhung der Lebenshaltung nötig ist, so stößt es auf den heftigsten Widerstand des Proletariats. Es folgt Streik auf Streik, Disziplinlosigkeit, Weigerung der Arbeiter, unter solchen Umständen überhaupt zu arbeiten*), bewußte oder unbewußte Verminderung der Arbeitsleistung. Die Produktion geht zurück, der Gegensatz zwischen den Forderungen der Arbeiter und der zur Erfüllung derselben zur Verfügung stehenden Gütermenge wird immer größer: die Krise des Kapitalismus verschärft sich automatisch weiter.

Aus diesem Dilemma gäbe es für den Kapitalismus nur einen Ausweg: das Proletariat bei voller Arbeitsleistung mindestens zur Vertagung seiner auf die Erhöhung der Lebenshaltung hinzielenden Forderungen zu bewegen und auf diese Weise der Kapitalistenklasse die Möglichkeit zu bieten, durch Einschränkung ihrer persönlichen Ausgaben rasch zu akkumulieren, die zerstörten und vernutzten Produktionsmittel zu ersetzen, durch eine energische Produktion von Produktionsmitteln die Ausdehnung der Produktion von Konsumgütern vorzubereiten, was in einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit bieten würde, die Lebenshaltung des Proletariats zu erhöhen. Die Ritter des Burgfriedens predigen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit dieser Lösung. Sie fordern das Proletariat auf, den Klassenkampf zu suspendieren, mit vollem Eifer zu arbeiten, ja Ueberstunden zu leisten, hingegen vorläufig keine „maßlosen" — das heißt den Profit und die kapitalistische Akkumulation gefährdenden — Lohnerhöhungen und vor allem keine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. In diesem Sinne wirken die Scheidemänner in Deutschland, Gompers u. Komp. in Amerika. Mit wenig Erfolg. Das unzufriedene Proletariat zeigt keine Lust, auf die höchst ungewisse Hoffnung hin, später innerhalb der kapitalistischen Knechtschaft ein etwas besseres Los zugeteilt zu erhalten, vom Angriff gegen den Kapitalismus, von der Forderung nach einer sofortigen Verbesserung seiner Lage abzustehen.

Es bliebe noch der Weg der Gewalt. Aber das im Krieg erstarkte Selbstbewußtsein des Proletariats, seine im Krieg erworbene Geschicklichkeit in der Handhabung der Waffen, das dort gewohnte leichte Aufsspielsetzen des Lebens, die in der ganzen Gewaltorganisation der herrschenden Klasse sich zeigende

*) Für den revolutionären Seelenzustand der Arbeiter ist die immer wiederkehrende Klage der Kapitalisten bezeichnend, daß für schwere ungelernte Arbeiten trotz der großen Arbeitslosigkeit keine Arbeiter zu haben sind. Die Arbeiter ziehen es in ihrem gegenwärtigen Seelenzustand vor, arbeitslos zu hungern, als unter den angebotenen Bedingungen zu arbeiten.

Zersetzung macht die Anwendung der Gewalt entweder überhaupt unmöglich oder zwingt zu der Anwendung der allerbrutalsten Formen durch die Berufssoldateska, wie wir es in Ungarn sehen. Diese Form der Gewaltanwendung ist aber zu allem gut, nur nicht zur Sicherung einer profitablen kapitalistischen Produktion. Auf diesem Wege ist wohl die Vernichtung der modernen Kultur, eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Verhältnissen der geschlossenen Hauswirtschaft und des Naturalaustausches, aber keine ruhige kapitalistische Produktion zu erreichen.

Das Dilemma des Kapitalismus ist unlösbar. Die revolutionäre Gärung ergreift immer weitere Schichten. Das gewaltige Beispiel Rußlands, eines Großstaates von hundert Millionen Einwohner, welcher seit mehr als zwei Jahren vom siegreichen Proletariat geführt wird, dessen militärische Macht alle Gegner zerschmettert hat, dessen ökonomischen Kräfte sich trotz des Boykotts der imperialistischen Weltmächte und dem nunmehr das sechste Jahr währenden Krieg sich zusehends organisieren, peitscht die klassenbewußten Arbeiter aller Länder zu immer neuen Anstrengungen an, um das kapitalistische System zu stürzen. Die niedergeschlagenen Versuche in Finnland, Ungarn und Bayern ändern nichts an der Tatsache, daß die revolutionäre Gärung immer weitere Schichten ergreift und dem Kapitalismus kein Mittel hiegegen zu Gebote steht. Die Krise wird vielleicht jahrelang dauern, die revolutionäre Umgestaltung Jahrzehnte in Anspruch nehmen und zehntausende Opfer kosten: eine Rückkehr zum friedlichen Kapitalismus scheint ausgeschlossen zu sein.

Diese Einsicht, daß alle Versuche der Restaurierung der kapitalistischen Produktion an diesem unlösbaren Widerspruch scheitern müssen, daß der Klassenkampf „mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" enden würde, wenn „die revolutionäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft nicht gelingt", führte manchen volkswirtschaftlich gebildeten Marxisten — auch den Schreiber dieser Zeilen — in das bolschewistische Heerlager. Denn wenn auch die Diktatur des Proletariats die Zerrüttung der Wirtschaft im Anfang noch verstärkt, bildet sie doch die Grundlage zur endgültigen Lösung, zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

2. Das Problem der Ergiebigkeit der Arbeit.

Steigerung der Produktion! Dies ist das Schlagwort, welches gegenwärtig in sämtlichen Reden der bürgerlichen Staatsmänner aller Länder wiederkehrt. Wir selbst haben unsere vorhergehenden Ausführungen damit geschlossen, daß die von dem Proletariat geforderte reale Erhöhung der Lebenshaltung nur

durch rasche und durchgreifende Steigerung der Produktion möglich ist. Wir haben nachgewiesen, daß diese Steigerung der Produktion in dem vom Krieg zerrütteten Kapitalismus unmöglich ist. Es ist aber im Kapitalismus überhaupt unmöglich, die maximale Ergiebigkeit zu erlangen. Um dies zu beweisen, wollen wir vor allem die allgemeinen Bedingungen der Ergiebigkeit untersuchen. Dies bedeutet: eine Untersuchung der Faktoren der Ergiebigkeit der Arbeit in der Hervorbringung von materiellem Reichtum, von Gebrauchswerten, was scharf zu unterscheiden ist von der Rentabilität des im Produktionsprozeß verwendeten Kapitals. Rentabilität im kapitalistischen Sinne ist ein Hemmnis der Produktionssteigerung, ein Hindernis der maximalen Ergiebigkeit an Gebrauchswerten.

Die Ergiebigkeit der Arbeit eines Volkes hängt in erster Linie von den Naturbedingungen, den „sekulären Grundtatsachen" ab[8]). Da sich diese Faktoren nur sehr langsam ändern, können dieselben als konstant betrachtet und für unser Problem außer acht gelassen werden[9]).

Die variablen Faktoren sind die folgenden:

1. die Rationalität der Arbeit;
2. die Produktivität der Arbeit;
3. die Intensität der Arbeit;
4. das Verhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Individuen eines Volkes.

1. Unter Rationalität der Arbeit verstehe ich die an den intellektuellen Qualitäten der Arbeitenden, sowohl Leitern als Ausführenden, liegenden Unterschiede in der Ergiebigkeit der Arbeit. Alle anderen Faktoren gleichgesetzt, hängt die Ergiebigkeit der Arbeit von psychischen Faktoren: von der allgemeinen Kultur, der Fachbildung, der rationellen Arbeitsweise der am Arbeitsprozeß Teilnehmenden ab. Wir wollen hier nur zwei Beispiele anführen. In China wurden von englischen Fabrikanten Webereien mit denselben mechanischen Webstühlen eingerichtet wie in Lancashire. Es zeigte sich aber, daß diese

[8]) Der Begriff wurde von Karl Renner: „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie" geprägt.

[9]) Marx, dessen Untersuchungen nicht die Ergiebigkeit der Arbeit in der Produktion von Gebrauchswerten, sondern das Wert- und Mehrwertproblem zum Kern haben, hat den Begriff der Produktivität gebildet, dessen Bereich sich mit unserem, auf den Gebrauchswert basierten Begriff der Ergiebigkeit teilweise deckt:

„Die Produktivität der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad der Geschicklichkeit der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Organisation des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse." Karl Marx: „Das Kapital", Volksausgabe 1919. I/7.

Webereien trotz der langen täglichen Arbeitszeit und den ungemein niedrigen Arbeitslöhnen nicht nur nicht ergiebig in unserem Sinne, sondern nicht einmal rentabel im kapitalistischen Sinne waren. Während der englische Vollweber vier, ausnahmsweise sechs Webstühle bei voller Geschwindigkeit bedienen kann, müssen zwei chinesische Arbeiter an einen Webstuhl gestellt werden, dessen Lauf überdies verlangsamt werden muß; trotzdem stehen die Webstühle in China täglich durchschnittlich längere Zeit still, beziehungsweise laufen leer, als in England. Aehnliche Erfahrungen wurden in Japan gemacht[10]).

Noch einleuchtender ist das folgende: Ich habe auf Grund der „Annuaire de la statistique agricole internationale 1915" Untersuchungen über die Ursachen der verschiedenen Ergiebigkeit des Getreidebaues in den Ländern Europas durchgeführt. Zu diesem Zweck stellte ich die vereinigten Durchschnittserträge der vier Hauptgetreidearten: Weizen, Roggen, Gerste und Hafer für das Jahrzehnt 1905 bis 1914 per Hektar zusammen und bildete eine Reihe der Länder nach der Ergiebigkeit. Es zeigt sich, daß diese Reihe keinerlei Zusammenhang mit der durchschnittlichen Betriebsgröße, mit den Getreidezöllen oder mit den Getreidepreisen, noch mit Unterschieden des Klimas aufweist. Dagegen zeigt diese Reihe ein unverkennbares Zusammenfallen mit der allgemeinen Kultur des Landes, mit der Kenntnis des Lesens und Schreibens in den betreffenden Ländern. Je weniger Analphabeten, desto größer der Ertrag der Landwirtschaft. Die Kultur der Arbeiter ist daher von ungeheurer Wichtigkeit für die Ergiebigkeit der Arbeit[11]).

2. Unter Produktivität der Arbeit verstehe ich die an der Verschiedenheit der angewendeten Produktionsmittel liegenden Unterschiede in der Ergiebigkeit der Arbeit. Alle anderen Umstände gleichgesetzt, hängt die Ergiebigkeit der Arbeit von der Art der von den Arbeitern benützten Produktionsmittel ab. Die Art der Produktionsmittel bestimmt auch den größeren oder geringeren Grad der Kooperation. Diese Tatsachen

[10]) K. Koch: „Die Industrialisierung Chinas."
O. Viallatte: „L'avenir economique du Japon" und auch andere Autoren.

[11]) Hodgskin meint: „Akkumulation ist nichts als Aufhäufen der produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit, so daß die Akkumulation von Geschick und der Kenntnis (scientific power) der Arbeiter selbst die Hauptakkumulation ist, und ungleich wichtiger, als die Hand in Hand mit ihm gehende und sie nur darstellende der vorhandenen objektiven, stets neu produzierten und konsumierten, nur den Namen nach akkumulierten objektiven Bedingungen... Produktives Kapital und geschickte Arbeit sind eins, Kapital und arbeitende Bevölkerung sind ganz gleichbedeutend. Es sind dies alles nur weitere Ausdrücke von Galianis: der wahre Reichtum... ist der Mensch. Die ganze objektive Welt, die ganze Güterwelt versinkt hier als bloßes Moment, bloß verschwindende, stets und stets erzeugte Betätigung der gesellschaftlich produzierenden Menschen." Marx: „Theorien über den Mehrwert." Stuttgart 1910. III/318.

sind allbekannt, spezielle Beweise erübrigen sich. Eine Gruppe Arbeiter, in einer modernen Weberei oder Schuhfabrik vereinigt, produzieren das Vielfache, in manchen Fällen das Tausendfache, als wenn dieselbe Anzahl mit Handwerkzeugen produziert. Je größer das konstante Kapital, der Produktionsapparat eines Landes, im Verhältnis zu der Einwohnerzahl ist, desto größer ceteris paribus die Produktivität und die Ergiebigkeit der Arbeit.

3. Unter Intensität der Arbeit verstehe ich die an der Verschiedenheit der Anzahl und des Nutzeffekts der produktiven Bewegungen, welche der Arbeiter im Durchschnitt einer längeren Arbeitsperiode in einer Zeiteinheit ausführt, liegenden Unterschiede in der Ergiebigkeit der Arbeit[12]). Alle anderen Umstände gleichgesetzt, hängt die Ergiebigkeit der Arbeit davon ab, wie der Arbeiter an den Produktionsmitteln arbeitet. „Die Intensität der Arbeit oder ihre intensive Größe (bedeutet), daß ein bestimmtes Arbeitsquantum in bestimmter Zeit verausgabt wird[13])." Die Intensität der Arbeit hat aber auch eine qualitative Seite: ob während der Arbeit kein Material vergeudet, keine Werkzeuge verdorben, ob die erzeugte Arbeit qualitativ dem Zwecke besser oder schlechter entspricht; dies alles fassen wir, soweit es vom Arbeiter abhängt, im Begriff der Arbeitsintensität zusammen.

Die Intensität hängt daher zum Teil vom Willen der Arbeiter ab: zum Teil unabhängig von ihrem bewußten Wollen, von ihrer Ernährung, ihren Wohnungsverhältnissen, ihrer individuellen Anlage zu der jeweiligen Art ihrer Arbeit und anderen, rein psychologischen Momenten ab. Der mechanistischen Ansicht, die auch bei Marx vorherrscht, daß die Ergiebigkeit der Arbeit ausschließlich von der Art der angewendeten Produktionsmittel abhängt, daß „die Maschine den Arbeiter anwendet" und daher der Arbeiter genötigt ist, seine Arbeitsintensität bedingslos dem Lauf der Maschine anzupassen, müssen wir auf Grund der neueren eingehenderen Beobachtungen entgegentreten.

4. Ein Volk als produzierendes Ganzes aufgefaßt, wird das Gesamtprodukt seiner Arbeit — bei gegebener Rationalität, Produktivität und Intensität — von dem Verhältnis der produktiv Arbeitenden zu jenen der bloß Verzehrenden abhängen.

Nun ist es leicht einzusehen, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die beste Ergiebigkeit der Arbeit nicht erreicht werden kann. Wir wollen die einzelnen Faktoren der Ergiebigkeit einzeln prüfen. Zuvor wollen wir aber auf das Haupthindernis der maximalen Ergiebigkeit hinweisen, auf die kapitalistische Profitschranke. Da im Kapitalismus alle Produktionsmittel, auch der nicht produzierte Grund und Boden Privateigentum bilden, werden dieselben nur dann zur Produktion benutzt, wenn dies mit einem entsprechenden Profit geschehen kann. Hieraus folgt:

Da die höchste Ergiebigkeit der Arbeit (die Produktion der größtmöglichen Masse von Gebrauchswerten) nicht mit der besten Rentabilität des Unternehmens zusammenfällt — in der kapitalistisch betriebenen Agrikultur niemals, in der Industrie nur zufällig — in der kapitalistischen Produktionsweise aber allein die Rentabilität den Ausschlag gibt, ist es an der Tagesordnung, daß unbenützte Produktionsmittel und mangels Produktionsmittel nichtproduzierende arbeitslose Arbeiter vorhanden sind. In den bestkultivierten Ländern Europas gibt es noch große unbebaute Bodenflächen, welche durch entsprechende Arbeitsanwendung fruchtbar gemacht werden könnten, unausgenützte Wasserkräfte, unbehobene Bodenschätze. Die Profitschranke verhindert ihre Ausnützung. In der kapitalistischen Agrikultur ist das Ergebnis immer unter dem maximalen, da infolge des abnehmenden Bodenertrages die Rentabilität des zusetzlich angewandten Kapitals abnimmt und die Neuanlage von Kapital und damit die Steigerung der Naturalerträge in dem Moment aufhört, wo das neuangelegte Kapital die Durchschnittsprofitrate nicht mehr ergibt. Es sind dies die Grundtatsachen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, welche innerhalb des Kapitalismus durch keinerlei wirtschaftspolitische Maßnahmen geändert werden können.

Die Rationalität der Arbeit ist im Kapitalismus notwendigerweise sehr niedrig. Die primitivste Stufe der Kultur, die Kenntnis des Lesens und Schreibens, ist für Millionen Arbeiter in Europa noch nicht erreicht. Der künstlich großgezogene konservative Geist der arbeitenden Massen, unerläßlich zur Erhaltung der Klassenherrschaft, ver-

[12]) Durch diese Fassung wird die Länge des Arbeitstages als spezieller Faktor der Intensität ausgestaltet, daher auch das Problem der Wirkung der Verkürzung des Arbeitstages. Bei Marx sind Länge des Arbeitstages und die Intensität der Arbeit die Faktoren der Produktion des Wertes. „Die gewaltsame Verkürzung des Arbeitstages mit dem ungeheuren Anstoß, den sie der Entwicklung der Produktivkraft und der Oekonomisierung der Produktionsbedingungen gibt, ... zwingt den Arbeiter ... zugleich vergrößerte Ausgabe in derselben Zeit, erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit, das heißt Kondensation der Arbeit ... zu einem Grade auf, der nur innerhalb des verkürzten Arbeitstages erreichbar ist. Diese Zusammenpressung einer größeren Masse Arbeit in eine gegebene Zeitperiode zählt jetzt, als was sie ist, als größeres Arbeitsquantum. Neben das Maß der Arbeitszeit als ausgedehnter Größe tritt jetzt das Maß ihres Verdichtungsgrades. Die intensivere Stunde des Zehnstundenarbeitstages enthält jetzt soviel oder mehr Arbeit, das heißt verausgabte Arbeitskraft, als die porösere Stunde des zwölfstündigen Arbeitstages." Marx: „Kapital." I., Volksausgabe, 354. Dies ist bei uns dadurch eliminiert, daß wir den Durchschnitt einer längeren Arbeitsperiode als Maß der Intensität annehmen.

[13]) Marx: „Kapital." I., Volksausgabe, 457.

hindert die Entwicklung der Rationalität der Arbeit. 60 bis 80 Prozent des Ackerbodens sind im Besitz von ungebildeten, konservativen Bauern, die von jeder rationellen Neuerung zurückschrecken, mit zähem Konservativismus am Hergebrachten festhalten. Für Millionen von bodenbesitzenden Bauern ist gar nicht einmal die Rentabilität ausschlaggebend, wie bei den Kapitalisten. Sie produzieren nur so viel, um ihren althergebrachten, sich nur langsam erhöhenden Standard zu decken. Und von solchen Wirtschaftsleitern hängt die Ernährung der Bevölkerung gegenwärtig ab!

Der Konservativismus, der Mangel an Rationalität macht sich auch in der industriellen Produktion stark geltend. Industrielle Standarde werden jahrzehntelang beibehalten, nachdem dieselben infolge der Aenderung der Technik ungünstig geworden sind. Insolange ein entsprechender Profit erreicht wird, produzieren auch die Kapitalisten gern in herkömmlicher, irrationeller Weise[14]).

Die Produktivität der Arbeit bleibt in der kapitalistischen Produktionsweise stark unter dem theoretisch erreichbaren Maximum. Vor allem macht sich die Profitschranke hier geltend. Die Verbesserung der Produktionsmittel, die Vergrößerung des Anteils des konstanten und innerhalb dessen des fixen Kapitalsbestandteiles ist zwar eine immanente Tendenz des auf freier Konkurrenz basierten Kapitalismus. Aber die Größe der produktiven Neuanlagen hängt von der Summe der privaten Akkumulation ab. Anderseits ist für die praktische Anwendung jeder neuen technischen Entdeckung nicht die Möglichkeit der größeren Ergiebigkeit oder die Ersparnis an menschlicher Mühsal entscheidend, sondern einzig der Gesichtspunkt der Rentabilität. Je geknechteter die arbeitende Klasse eines Landes, desto geringer der Anreiz für die Kapitalistenklasse zur Erhöhung der Produktivität.

Die Produktivität ist niedrig, weil ungezählte Millionen von Arbeitern in kleinen Betrieben mit primitiven Werkzeugen arbeiten. Die persönliche Arbeit des „Besitzers", der sich selbst, seine Familie und einen oder zwei Arbeiter ausbeutet, welche einen niedrigeren Lohn empfangen, als dem Wert ihrer Arbeitskraft entsprechen würde, macht diesen rückständigen Kleinbetrieben das Weitervegetieren, zum großen Schaden der Ergiebigkeit der Gesamtarbeit, möglich.

In der gegenwärtigen Phase des „organisierten Kapitalismus" ist der freie Wettbewerb in den meisten Zweigen der großen Industrie überwunden. An seine Stelle treten Kartelle und Trustes. Während nun die amerikanischen Trustes durch Auflassung der schlecht eingerichteten, der einen ungünstigen Standort einnehmenden Betriebe, die Ergiebigkeit der Arbeit zugleich mit der Erhöhung der Rentabilität erhöhen, verfolgen die loser organisierten Kartelle eine umgekehrte Politik. Alle bestehenden Unternehmungen werden in Betrieb behalten und der Verkaufpreis im zollgeschützten Inland so hoch angesetzt, daß der schlechteste, am teuersten produzierende Betrieb noch mit Nutzen arbeiten soll. Auf diese Weise werden rückständige Betriebe, welche bei freier Konkurrenz alsbald zugrunde gingen, künstlich erhalten. Manche Kartelle verhindern sogar unmittelbar die Entstehung moderner Betriebe. In dem Kartellvertrag zwischen den ungarischen und österreichischen Eisenwerken und eisenverarbeitenden Gruppen gab es einen Punkt, welcher verbot, neuen, außerhalb des Kartells errichteten eisenverarbeitenden Unternehmungen irgendwelches Rohmaterial zu liefern. Die Entstehung von neuen, moderneren Unternehmungen wurde hiedurch unmöglich gemacht.

Endlich wird die Ergiebigkeit der Arbeit durch die vielseitige Anarchie der Produktion hintangehalten. Anarchie in dem Sinne, daß die verschiedenartigsten Waren zu demselben Zwecke produziert werden, je nach der Laune des Käufers oder der Willkür des Erzeugers. Der organisierte Kapitalismus trachtet zwar der Anarchie der Produktion durch Einführung einheitlicher Typen: durch Normalisierung einzelner Bestandteile (zum Beispiel in der Maschinenindustrie), durch weitgehende Spezialisierung der einzelnen Werke in der Produktion zu steuern, doch scheitert dies an den widerstreitenden Interessen der einzelnen Betriebe.

Die Anarchie im Gesamtprozeß des Kapitals entlädt sich in den periodisch wiederkehrenden Handelskrisen. Es gibt im Kapitalismus eben kein regulatives Forum, welches die Produktion nach der Dringlichkeit des Bedürfnisses einrichten würde. Jeder Kapitalist produziert diejenigen Waren, welche er hofft, mit bestem Nutzen losschlagen zu können. Der erhoffte Marktpreis ist der Regulator der Produktion. Nun übersteigt periodisch die Produktion vieler Waren den zahlungsfähigen Konsum, große Warenmassen werden unverkäuflich und gehen ganz zugrunde[15]) oder müssen zu Preisen unter dem

[14]) Interessante Beispiele hiefür finden wir bei Fr. Herz: „Standortverhältnisse der österreichischen Industrie."

[15]) Zu welcher Vergeudung die anarchistische Produktion gegenüber der besser organisierten führt, zeigt folgende Aeußerung Mr. C. A. Mc. Curdy, des Parlamentssekretärs des englischen Food Controllers: „Nehmen wir die Frage der Kohle. Die Kohle ist die Hauptquelle des Reichtums in England. Wir verbrauchen jährlich in diesem Lande 80 Millionen Tonnen Kohlen zu Triebkraft (motive power). Wir verbrauchen für jeden in der Industrie beschäftigten Arbeiter um die Hälfte mehr als Amerika, aber wir verbrauchen dieselbe so schlecht, so verschwenderisch, daß eine Tonne zur Unterstützung des Arbeiters vernutzte Kohle in der Union um 50 Prozent mehr Hilfe, um 50 Prozent mehr Triebkraft ergibt, als 1½ Tonnen vernutzte Kohle dem englischen Arbeiter." „The Times", 10. Oktober 1919. — Man kann sich denken, wie die Kohle in den rückständigen Betrieben des europäischen Kontinents vergeudet wird.

Wert losgeschlagen werden, die Produktion steht still, die Arbeiter werden aufs Pflaster geworfen. Produktionsmittel und Arbeiter, voneinander getrennt, ruhen. Die Ergiebigkeit der Arbeit sinkt mit einem Schlage auf einen Bruchteil herab. Die fortschreitende Organisation des Kapitals hat den Charakter der Krisen verändert und die Last derselben ganz auf die arbeitende Klasse verschoben. Im Zeitalter des „freien Kapitalismus" wurde der Markt von den unverkäuflichen, überproduzierten Waren dadurch gesäubert, daß der Preis derselben auf jene Summe herabgesetzt wurde, welche ihrem Werte entsprochen hätte, wenn nur die „gesellschaftlich notwendige Menge" produziert worden wäre. Es gab große Preisstürze, große Verluste, Krachs und massenhafte Krida. Der Ausgleich vollzog sich überwiegend auf Kosten der Kapitalisten. Die Arbeitslosigkeit war von relativ kurzer Dauer.

Im Zeitalter des Finanzkapitals, der Kartelle und Trustes kann die Ueberproduktion infolge der größeren Uebersichtlichkeit des Weltmarktes keine so großen Dimensionen annehmen als im freien Kapitalismus. Tritt Ueberproduktion ein, so wird der Ueberfluß nicht durch Herabsetzung der Preise abgestoßen. Die Kartelle halten die Verkaufspreise hoch, reduzieren aber die Produktion oder stellen dieselbe ganz ein. Der offene Krach wird vermieden, die Krida selten und geringfügig. Die Kapitalistenklasse verliert nur den entgangenen Profit. Dagegen lastet eine weitausgedehnte, langandauernde Arbeitslosigkeit bei unverändert hohen Preisen auf der Arbeiterklasse. Es ist dies die neue, „schleichende" Form der Krise, welche aber der Ergiebigkeit der Arbeit ärger zusetzt, als die kürzer dauernden akuten Krisen des freien Kapitalismus.

Die am wenigsten beachtete, jedoch in ihren nachteiligen Folgen für die Ergiebigkeit der Arbeit wichtigste Art der Anarchie ist jene der Berufs- und Arbeitswahl. Die Berufswahl wird im Kapitalismus in erster Linie durch die Klassenlage der Eltern bestimmt. Die Söhne der herrschenden Klasse müssen studieren, sie werden, koste es was es wolle, durch die Mittelschule durchgepeitscht. Das Kind armer Leute, es mag das Genie eines Newtons oder Leibnitz' in ihm sein, gelangt nicht in die höheren Klassen der Mittelschule, geschweige denn auf die Universität. Es muß in die Lehre, aufs Feld, in die Fabrik. Die Auslese der Kulturträger, der Techniker, Erfinder und Organisatoren erstreckt sich vielleicht auf 10 Prozent der jungen Generation. Die Talente der übrigen 90 Prozent gehen zugrunde, müssen zeitlebens eine Arbeit verrichten, deren Ergiebigkeit einen geringen Bruchteil der ihnen möglichen Leistung bildet.

Es gibt aber auch innerhalb der Grenzen, welche für die arbeitende Bevölkerung offenstehen, keine planvolle Berufswahl. Der Zufall entscheidet, ob der Proletariersohn Feldarbeiter, Tischler, Eisendreher oder sonst was wird. Seine körperlichen

und geistigen Anlagen werden nicht untersucht. So kommt es, daß viele Leute, die in einem anderen Berufe Tüchtiges geleistet hätten, infolge falscher Berufswahl elend zugrunde gehen. Aber auch innerhalb desselben Berufes gibt es Arbeiten, welche der eine leicht und gut verrichten kann, während der andere Arbeiter von gleicher Vorbildung in derselben nicht vorwärts kommt. Es ist das Verdienst der Taylorschen Schule, des „Scientific management", konkrete Untersuchungen hierüber angestellt zu haben. Es gibt Arbeiter, die zu einer, eine ständige, monotone Aufmerksamkeit erfordernden Arbeit unfähig sind, während sie Ausgezeichnetes leisten bei Arbeiten, welche eine rasche Akkommodierung an eine sich oft ändernde Situation erheischen. Es gibt Arbeiten, welche eine ständige, gleichmäßige Muskelarbeit erheischen, und Arbeiten, bei welchen große Kraftanstrengung und Nichtstun sich ablösen. Es würde zu weit führen, die verschiedenen Arbeitstypen und die ihnen am besten entsprechenden psychischen und physischen Menschentypen aufzuzeigen. Wir wollen nur feststellen, daß die Anarchie der Berufswahl und der Arbeitsverteilung der Ergiebigkeit der Arbeit schwersten Abbruch tut.

Die Intensität der Arbeit bleibt im Kapitalismus trotz der inneren Kontrolle im maschinellen Großbetrieb weit hinter dem möglichen zurück. Es fehlt vor allem an Interesse an dem Arbeitsprozeß selbst: „Der trübselige Schlendrian einer endlosen Arbeitsqual, worin derselbe mechanische Prozeß immer wieder durchgemacht wird, gleicht der Arbeit eines Sisyphus; die Last der Arbeit, gleich dem Felsen, fällt immer wieder auf den abgematteten Arbeiter zurück! Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt."

So charakterisiert Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" die moderne industrielle Arbeit. Das Interesse an der Arbeit, die Freude am Werk verschwindet für den Arbeiter bereits durch die Teilung der Arbeit. Angelernt an eine Teilarbeit, weiß er oft nicht einmal, zu welchem Zwecke das Produkt seiner Arbeit dienen wird. Nach Stundenlohn bezahlt, hat er nicht das geringste Interesse an dem Ergebnis. Seine intensive Arbeit würde nur den Profit der Kapitalisten vermehren. Ebensowenig hat er ein Interesse an der Oekonomie der Roh- und Hilfsmaterialien, an der schonenden Behandlung der Arbeitsmittel. Der Arbeiter schuftet unter dem äußeren Druck der Aufseher. Allein die Furcht, bei stark unterdurchschnittlicher Leistung entlassen zu werden, sichert eine gewisse Ergiebigkeit der Arbeit. Der Akkordlohn oder Stücklohn ändert die Sache nicht wesentlich. Die Kapitalisten setzen den Einheits-

lohn herab, sobald der Wochenverdienst der Arbeiter eine vom Kapitalisten für das Höchstmaß gehaltene Grenze überschreitet. Dies wissen aber die Arbeiter und greifen der Akkordlohnreduktion vor: sie bestimmen selbst, daß kein Arbeiter mehr Einheiten die Woche produzieren darf, als dem erfahrungsmäßig von den Kapitalisten tolerierten Wochenverdienst entspricht. Trotz des Akkordlohnes systematische Begrenzung der Arbeitsintensität und somit der Ergiebigkeit der Arbeit! Einzig das Taylorsystem, das letzte Wort des höchstentwickelten amerikanischen Kapitalismus, hat versucht, eine die höchste Rentabilität und einen sehr hohen Grad der Ergiebigkeit sicherndes System der Intensität zu schaffen, aber um den Preis einer bis zum Aeußersten getriebenen Auspumpung der menschlichen Arbeitskraft, welcher auf die Dauer kaum die Gesundheit eines Menschen aushalten könnte. Der Anwendungsbereich der wissenschaftlichen Betriebsführung ist vorläufig so klein, daß hiedurch unser allgemeines Urteil über die geringe Intensität und Ergiebigkeit der Arbeit nicht geändert wird. In der Sprache von Marx ausgedrückt: „Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen...", ist viel größer, als es bei anderen gesellschaftlichen Verhältnissen nötig wäre.

Im Kapitalismus ist die Verhältniszahl der produktiven und unproduktiven Glieder der Gesellschaft notwendigerweise eine ungünstige. Infolge der großen Armut und Unwissenheit weiter Volksschichten ist die Kindersterblichkeit eine enorme. Da die Kinder armer Leute in sehr frühem Alter schwere Arbeit verrichten müssen, sterben die Arbeiter früh, respektive sie werden frühzeitig arbeitsunfähig. Ein Volk, als Ganzes betrachtet, zählt im Kapitalismus viel weniger Individuen in arbeitsfähigem Alter und in arbeitsfähigem Kräftezustand, als es bei rationeller Menschenwirtschaft der Fall wäre. Von den in arbeitsfähigem Alter befindlichen und eine zur Arbeitsleistung genügende Körperkraft besitzenden Leuten arbeiten viele überhaupt nichts, weil sie auch ohne Arbeit leben können. Grundbesitzer, Hausbesitzer, Rentner aller Art verbringen ihr Leben mit dem Verzehren des Mehrwertes, ohne selbst irgendwelche Arbeit zu verrichten. Hieher gehören alle Frauen der vermögenden Schichten, die prinzipiell keine produktive Arbeit verrichten dürfen. Während 60 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung in Europa erwerbstätig ist, sinkt diese Zahl bei Frauen auf 25 Prozent. (Philipovits: Grundriß, I., 83.) Aber auch von den „Erwerbstätigen" im Kapitalismus verrichten Millionen eine unnütze, unproduktive Arbeit. Alle jene, deren Einkommen die Faux frais des Kapitalismus bilden, als da sind: alle Organe zur „Ueberwachung des Privateigentums" (Wächter, Polizisten, Richter, Advokaten, Verwaltungsbeamte u. s. w.), der ganze Apparat des Militarismus und jene Arbeiter, welche alle Arten militärischer Ausrüstung produzieren, alle überflüssigen Zirkulationsagenten (Handelsreisende, Handelsangestellte, Bankbeamte u. s. w.), ferner alle häuslichen Diener und Dienstboten, insoweit sie nicht nebenbei produktive Arbeit verrichten. Aus einer detaillierten Berufsstatistik ließe sich annähernd feststellen, ein wie großer Teil der Erwerbstätigen zu der Ergiebigkeit der Arbeit nichts beiträgt.

Wir sehen hieraus, daß der Kapitalismus mit einer ungeheuren Vergeudung der menschlichen Arbeitskraft wirtschaftet. Die nichtarbeitenden Reichen, die Frauen aller bessersituierten Schichten, die große Anzahl der unproduktiven Erwerbstätigen, die von der Ueberarbeit und Unterernährung frühzeitig chronisch Kranken und Arbeitsunfähigen, die Opfer der unzähligen Betriebsunfälle, die Verkürzung des Lebensalters der Arbeiterschaft, endlich die Opfer der imperialistischen Kriege: Es ergibt sich, daß der Kapitalismus beiläufig nur die Hälfte der Arbeitsfähigen wirklich produktiv verwendet, die eine rationelle Gesellschaftsordnung von demselben Volksstamme zur Verfügung hätte.

*

Wir wollen nun die einzelnen Faktoren der Ergiebigkeit der Arbeit in einem Staatswesen betrachten, in welchem die Produktionsmittel nicht Privateigentum, sondern das Eigentum der Gesamtheit bilden, die Produktion planvoll geregelt ist und der Ertrag der Produktion nach festen Regeln — mit Ausschluß jeder Art von arbeitslosem Einkommen — an die Arbeitenden im Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung verteilt wird. Es handelt sich daher nicht um den Zustand des endgültigen Kommunismus, in welchem jedermann seinen Kräften entsprechend arbeitet und seinen Bedürfnissen entsprechend konsumiert. Ein Wirtschaftssystem auf dieser Basis könnte erst nach völligem Verschwinden des auf Grundlage des Jahrtausende alten Privateigentumssystems entstandenen egoistisch-habsüchtigen Seelentypus bestehen. Wann diese Wandlung in dem ideologischen Ueberbau, im Seelenleben der Menschen nach Aenderung der materiellen Basis, der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse vollzogen sein wird, hierüber wollen wir hier keine Vermutungen anstellen. Die Geschichte zeigt uns die zähe Remanenz der Ideologie; sie erhält sich in den Köpfen noch lange nach der Umwälzung der materiellen Basis. „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden", sagt Marx. Wir untersuchen daher die Gestaltung der Ergiebigkeit der Arbeit für das Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Kommunismus, welches politisch durch die

Diktatur des Proletariats, wirtschaftlich aber durch die Tatsache gekennzeichnet wird, daß die Produktionsmittel zum großen Teil zwar bereits vergesellschaftet sind, aber von einer Generation benützt werden, welche noch im egoistisch-habsüchtigen Geiste des Kapitalismus befangen ist. Unsere Untersuchung in diesem Kapitel ist rein theoretisch. In dem Folgenden, werden wir alle Schwierigkeiten, welche sich der Praxis bieten, auf Grund der russischen und der ungarischen Erfahrungen sine ira et studio aufdecken.

Die Rationalität der Arbeit nimmt mit der intellektuellen Hebung der Arbeitenden rasch zu. Nun setzt jede proletarische Herrschaft mit dem absoluten Verbot des Alkohols ein: beginnt sofort den Ausbau des Schulwesens, des Elementarunterrichts sowohl der Erwachsenen als auch der Kinder und Jugendlichen; wandelt die jetzige rein theoretische Schule in eine Arbeitsschule um, in welcher physische Arbeit gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Grundlage gelehrt wird; ersetzt die konservative, auf dem Autoritätsglauben beruhende Ideologie durch eine freie, rationelle Weltanschauung. Selbst die dem russischen Bolschewismus absolut feindlich gesinnten Schriftsteller anerkennen die großen Leistungen ihrer Kulturpolitik. Hiedurch wird das intellektuelle Niveau der Arbeitenden rasch gehoben und die Grundlage der Erhöhung der Rationalität und der Ergiebigkeit der Arbeit geschaffen, wenn auch im Beginn die Rationalität der Betriebsleitung durch die Abstinenz oder Sabotage der besten bürgerlichen Techniker ungünstig beeinflußt wird. Allenfalls wird aber die rasche Ausbreitung des technischen und technologischen Wissens bei den Arbeitern das Monopol der bisherigen technischen Leiter in kurzer Zeit einschränken.

Die Produktivität der Arbeit kann theoretisch deswegen besser entwickelt werden, weil die Profitschranke des Kapitalismus wegfällt. Die Einführung einer technischen Neuerung, die Errichtung neuer Betriebsstätten ist nicht länger an das Abwerfen mindestens des Durchschnittsprofits gebunden. Es genügt, wenn dieselben die Ergiebigkeit der Arbeit erhöhen und ihre eigenen Arbeitskosten ersetzen. „Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nur den Wert der angewendeten Arbeitskraft zahlt, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft... Es werden daher heute Maschinen in England erfunden, die nur in Nordamerika angewendet werden, wie Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert Maschinen erfand, die nur Holland anwendete [16]).

Während aber die technische Neueinrichtung im Anfang auf große Schwierigkeiten stößt, kann sofort mit dem planmäßigen Aufbau der Wirtschaft, vor allem mit der planmäßigen Konzentration der industriellen Produktion in den größten, am besten eingerichteten und den besten Standort besitzenden Betrieben begonnen werden.

Kautsky nimmt folgendes an [17]):

In der Textilindustrie Deutschlands waren 1907 rund eine Million Arbeiter tätig. Von diesen arbeiteten 368.000 in Betrieben, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigten. Würde man alle Arbeiter in diesen Großbetrieben konzentrieren, so müßte, um an den vorhandenen Arbeitsmitteln alle Arbeiter zu beschäftigen, in drei Schichten gearbeitet werden. Zur Vermeidung der Nachtarbeit nimmt Kautsky fünfstündige Schichten an! Die Gesamtproduktion derselben Anzahl Arbeiter würde — nach Kautskys Annahme — trotz der auf fünf Stunden verkürzten Arbeitszeit das Doppelte betragen als früher in Kleinbetrieben bei zehnstündiger Arbeitszeit. Wir wollen es dahingestellt lassen, ob die Annahmen Kautskys oder die interessanten Berechnungen Ballods in seinem „Zukunftsstaat" richtig sind. Auch wissen wir aus Erfahrung, daß die Konzentration der gesamten Produktion in Großbetrieben auf große praktische Schwierigkeiten stößt. Sicher ist aber, daß eine Planwirtschaft und eine durchgreifende Konzentration nur in einer Proletarierdiktatur durchführbar ist.

Auch kann sogleich mit dem Abbau der Anarchie der Produktion begonnen werden. An Stelle der verschiedenartigen Warentypen werden normalisierte und typisierte Erzeugnisse produziert. Keine privaten Profitinteressen verhindern die weitestgehende Spezialisation der Betriebe. Patente und Fabrikgeheimnisse dienen nicht länger Profitzwecken auf Kosten der Ergiebigkeit. Die Krisen mildern sich, da überwiegend nicht mehr regellos für den Markt produziert wird, sondern die Produktion sich dem Bedürfnis anpaßt. Es ist schon während der Diktatur kaum möglich, daß Waren unverkäuflich werden, weil bei der gegebenen Einkommenverteilung keine zahlungsfähigen Käufer für dieselben vorhanden sind! Es gibt keine Ueberproduktion mehr, es ist nur eine Unterproduktion möglich!

Die Anarchie der Berufs- und Arbeitswahl hört sukzessive auf. Die Auslese der Führenden, der Kulturträger erfolgt aus dem ganzen Nachwuchs, nicht nur aus der kleinen Schicht der Bourgeoissöhne. Die Berufswahl ist nicht

---

[16]) Marx: „Kapital." I., Volksausgabe, S. 337.

[17]) Karl Kautsky: „Die soziale Revolution." II/87. passim. Berlin, Vorwärts.

mehr das Spiel des Zufalls: Fachmänner entscheiden auf wissenschaftlicher Grundlage, zu welchem Beruf und zu welchen Arbeitsarten jeder am besten befähigt ist. Alle diese Momente zusammengenommen würden die Ergiebigkeit der Arbeit in hohem Maße begünstigen.

Die Intensität der Arbeit wird im Beginn der Diktatur sinken, später aber sich weit über diejenige des Kapitalismus erheben. Zwar muß im Interesse der Ergiebigkeit die weitestgehende Arbeitsteilung und Spezialisierung bestehen bleiben, damit die Monotonie der Arbeit. Hingegen wird die Verkürzung der Arbeitszeit, die hygienisch-ästhetische Ausgestaltung der Arbeitsräume, das Bewußtsein für die Allgemeinheit und daher für sich selbst zu schaffen, nicht für ausbeutende Kapitalisten zu schuften, die Intensität der Arbeit erhöhen. Die Arbeiterselbstverwaltung in der Fabrik, die Uebersicht über das Ganze des Produktionsprozesses, die Möglichkeit des Wechsels der Arbeitsart, ermöglicht durch vielseitigere Ausbildung in der Arbeitsschule, werden die seelentötende Monotonie des Arbeitsprozesses im arbeitsteiligen industriellen Großbetrieb mildern. Wir wollen nicht leugnen, daß alle diese, die Intensität der Arbeit fördernden Momente sich erst nach einiger Zeit voll geltend machen werden. Für die erste Zeit des Ueberganges, solange die egoistisch-habgierige Ideologie herrschend ist, bleibt die Beibehaltung des Akkordlohnsystems und eine den Umständen angepaßte Anwendung des Taylorsystems absolut notwendig.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Vermehrung der Verhältniszahl der produktiven Arbeiter. Die Expropriation der Quellen des arbeitslosen Einkommens nötigt zur sofortigen Entlassung der Luxusdienerschaft: nötigt die bisherigen Rentner zur Arbeit! Systematisch angewendeter Arbeitszwang trägt das Weitere hiezu bei. Die Organisierung der Wirtschaft vermindert die Zahl der unproduktiv Arbeitenden, die Faux frais der kapitalistischen Wirtschaft verschwinden. Nach Ueberwindung der revolutionären Freiheitskriege wird die ganze, im Militarismus tätige Menschenmasse für produktive Tätigkeit frei. Die Verwandlung des Handels in eine staatliche Verteilungsorganisation, die Zentralisierung des Bankwesens ergibt ebenfalls große Massen freiwerdender Arbeitskräfte. Es sind dies — dies muß gesagt werden — vorläufig nur potentielle Arbeitskräfte: es ist eine der schwersten Aufgaben der Diktatur, den prinzipiellen Arbeitszwang organisatorisch durchzuführen, jeden Arbeitsfähigen in einen produktiven Arbeiter zu verwandeln.

Theoretisch ist kein Zweifel möglich, daß die kommunistische Produktionsweise der kapitalistischen Anarchie weit überlegen ist. Wir werden im weiteren alle praktischen Schwierigkeiten der Uebergangszeit erörtern. Alle diese Schwierigkeiten — wir wiederholen es — entspringen einer

Grundtatsache: daß nicht alle Produktionsmittel mit einem Schlage enteignet werden können, und daß eine kapitalistisch korrumpierte, in einer habgierig-egoistischen Ideologie erzogene Arbeitergeneration in den Besitz der enteigneten Produktionsmittel gelangt. Der ideologische Ueberbau kann der sukzessiven Umwälzung der materiellen Basis nur verspätet nachfolgen...

3. Rückgang der Lebenshaltung des industriellen Proletariats zu Beginn der Diktatur.

Wir fanden, daß der Kern der gegenwärtigen Weltkrise des Kapitalismus der Widerspruch ist, welcher zwischen den Forderungen der Arbeiter nach einer realen Erhöhung ihrer Lebenshaltung und der ökonomischen Unmöglichkeit, diese Forderungen innerhalb des kapitalistischen Systems zu erfüllen, besteht. Wir haben nachgewiesen, daß — rein theoretisch — die kommunistische Produktion viel ergiebiger ist als die kapitalistische und daher den Arbeitern die geforderte bessere Lebenshaltung eher gewähren kann[18]). Wir müssen jetzt aber hinzufügen, daß speziell für das industrielle Proletariat, der Vortruppe der Revolution, dies erst ziemlich spät eintreten kann, daß am Anfang der Diktatur ein weiteres Sinken der Lebenshaltung des städtischen Proletariats unvermeidlich ist.

Diese Behauptung scheint mit der Tatsache in Widerspruch zu stehen, daß ja die Diktatur mit der Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln, mit der Konfiszierung von Milliarden arbeitslosen Einkommens ihren Anfang nimmt. Es wäre naheliegend anzunehmen, daß hiedurch eine angemessene Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats ermöglicht wird.

Dies ist aber tatsächlich nicht der Fall. Wir müssen hier wieder auf die Tatsache hinweisen, welche schon Quesnay und später Marx eingehend behandelt hat[19]): Daß der Konsum der kapitalistischen Klasse in seiner Naturalform aus solchen Gütern besteht, welche im Kapitalismus nicht in den Konsum der Arbeiter eingehen und — setzen wir hinzu — auch in der Diktatur nicht geeignet sind, eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeitermassen zu ermöglichen. In die Paläste der Reichen kann man unter schweren Hemmnissen Proletarier einquartieren. Aber dies genügt nur, einen Bruchteil des Wohnungsbedürfnisses zu befriedigen. Die anderen Güter aber, auf welche die herrschende Klasse die Milliarden von Jahreseinkommen ver-

[18]) Marx: „Kapital." II. Dritter Abschnitt.

[19]) Prägnant faßt Marx die Umwandlung zusammen: „Theorie über den Mehrwert." II/2, 376.

geudet hatte, der Luxus an Kleidern, Schmuck und Dienerschaft, die Pferde und Jagdhunde, Automobile und Jachten u. s. w., u. s. w., sind in ihrer Naturalform für den Massenkonsum des Proletariats unbrauchbar. Das Proletariat braucht zur Erhöhung seiner Lebenshaltung in erster Linie — Lebensmittel[29]), dann gewisse Massenindustrieartikel: Möbel, Kleider, Wäsche, Heizmaterial. Durch die Enteignung der Produktionsmittel, durch die Expropriation des arbeitslosen Einkommens, wird der für die Arbeiterklasse verfügbare Vorrat an diesen Gütern um kein Stück vermehrt. Wenn die Produktionsmittel der Bourgeoisie noch so gründlich enteignet werden, verbleibt ihr noch immer das Bargeld, Juwelen, Kleider, Wäsche, Wohnungseinrichtung. Immerhin genug, um sich jahrelang sattessen zu können. Die Einschränkung des Luxuskonsums der herrschenden Klasse ergibt keinen Zuwachs an Konsumgütern für das Proletariat.

Aber es besteht in der ersten Zeit der Diktatur auch keine Möglichkeit, die Produktion dieser Güter zu erhöhen. Wir führten bereits im I. Kapitel aus, daß die Produktion im Kapitalismus der jeweiligen Einkommensverteilung angepaßt ist. In Ermangelung eines regulativen Forums, welches Bedürfnisse und Produktion in Einklang bringen würde, entscheidet „die Nachfrage" darüber, was mit angemessenem Profit produziert werden kann. Und es wird nicht nur produziert, wofür „zahlungsfähige" Nachfrage besteht — mag dies nun Flitterkleider für Halbweltdamen oder Stickereien für heilige Altäre sein — sondern der ganze Aufbau des Produktionsapparates ist für die Produktion der „marktgängigen" Waren eingerichtet. Nicht nur, daß die Expropriation der Expropriateure momentan kein Plus an Konsumgütern für das Proletariat bedeutet: auch der vorgefundene Produktionsapparat läßt sich nicht ohneweiters für die Produktion solcher Güter verwenden, welche in den Konsum der Arbeiter eingehen, ihre Lebenshaltung erhöhen könnten. Es

[29]) Es ist eine statistisch unzähligemal bewiesene Tatsache, daß jede Erhöhung des Einkommens in den unteren Einkommenstufen eine starke Erhöhung der Ausgabe für Lebensmittel nach sich zieht, wenn auch der Prozentsatz des auf die Lebensmittel angewendeten Einkommenteils fällt. Statt vieler nur ein Beispiel. Die große deutsche Aufnahme vom Jahre 1907: „Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich 1907", herausgegeben vom Deutschen Statistischen Amt, zeigt folgendes Bild:

Grad des Einkommens Mark	Durchschnittliches Einkommen Mark	Ernährungsbeitrag Mark	Auslagen Prozent
unter 1200	1074·—	582·10	54·2
1200—1600	1437·—	784·60	54·6
1600—2000	1802·—	919·20	51·0
2000—2500	2213·—	1062·24	48·1
2500—3000	2714·—	1151·68	42·7
3000—4000	3386·—	1280·06	38·1
4000—5000	4333·—	1421·22	32·8

muß ein Umbau des Produktionsapparates und eine Umschichtung der Arbeitskräfte aus den Luxusbetrieben in die Produktion von Massenartikeln stattfinden, bevor eine ergiebige Erweiterung der Produktion in diesen Artikeln möglich wird. Mittlerweile geht aber im Beginn der Diktatur eine weitgehende Verschiebung in der Verteilung der vorhandenen, respektive im laufenden Wirtschaftsjahre produzierten Lebensmittel vor sich, welche eine unabwendbare Verschlechterung der Lebenshaltung des städtischen industriellen Proletariats bedeuten. Wir müssen zum Verständnis dieser Frage etwas weiter ausholen.

In allen Ländern Europas, auch in den sogenannten agrarischen armen Ländern Ost- und Mitteleuropas, waren im Frieden die Städte immer gut mit Lebensmitteln versorgt. Es war undenkbar, daß jemand für sein Geld keine Lebensmittel bekommen hätte. Dies heißt nicht, daß jeder satt geworden ist; wer kein Einkommen hatte, mußte auch in jener Zeit hungern. Aber jedes Geldeinkommen konnte in Lebensmitteln realisiert werden.

Wie erhielt die Stadt die Lebensmittel vom Lande? Formell natürlich gegen das allgemeine Aequivalent, gegen Geldzahlung. Sachlich aus verschiedenen Quellen, und zwar teils für gleichwertige Gegenleistung in städtischen Gütern, Industrieprodukten, welche die Stadt dem Lande lieferte, teils als Verkörperung vom arbeitslosen Einkommen: Grundrente des Großgrundbesitzers, Steuern und Zinsen der Bauern. Die Großgrundbesitzer verzehrten die Grundrente in den Städten, sie verkauften die Lebensmittel, welche ihre Grundrente verkörperten, auf dem städtischen Markt! Die Bauern brachten ebenfalls Lebensmittel ohne materielle Gegenleistung auf den städtischen Markt, sie bezahlten aus dem Erlös die Steuern aller Art. Ja, diese Länder konnten nicht nur ihre Städte versorgen, sondern hatten auch große Mengen Lebensmittel für den Export in die westlichen Länder zur Verfügung.

Die Versorgung der Städte und die Lebensmittelausfuhr war aber nur möglich, weil der Konsum des landwirtschaftlichen Gesindes, der Millionen ungelernter Arbeiter, ein außerordentlich niedriger war. Der durchschnittliche Verbrauch zum Beispiel des ungarischen Volkes an Brot, Fleisch, Zucker bleibt erheblich unter jenem des deutschen, französischen oder englischen Volkes. Was hätte auch der ungarische landwirtschaftliche Arbeiter, dessen Jahresverdienst für das Jahr 1913 von der amtlichen Statistik auf weniger als 400 K per Jahr festgestellt wurde, konsumieren können? Aber auch die Ernährung des selbständigen kleinen Landwirtes war ziemlich kärglich: an Brot mangelte es ihm wohl nicht, doch Fleisch aß er gewöhnlich nur jeden Sonntag. Die Ausfuhr der Lebensmittel

und die genügende Belieferung der Städte war nur durch die sehr schlechte Ernährung der landwirtschaftlichen arbeitenden Bevölkerung möglich. Das gilt ebenso von Ungarn wie von Rußland und Rumänien.

Das Gleichgewicht zwischen Einkommenverteilung und Verpflegung wurde durch den Krieg zerstört. Die allgemeine Teuerung hat die Verteilung des Einkommens zugunsten der Produzenten verschoben — zum Nachteil der von ihren Arbeitslöhnen Lebenden. Die städtische Einwohnerschaft konnte nun weniger Lebensmittel kaufen, weil die Steigerung der Löhne und Gehälter mit der Teuerung nicht Schritt hielt. Anderseits blieb der Nominalwert der von den landwirtschaftlichen Produzenten zu leistenden Zahlungen — Steuer, Zinsen und Pachtzins — unverändert. Veranschlagen wir diese drei Posten für das alte Ungarn auf rund eine halbe Milliarde Kronen per Jahr, so entspricht dies bei den Vorkriegspreisen von 25 K für den Meterzentner 20 Millionen Meterzentner Weizen. (Hier repräsentiert der Weizen sämtliche Lebensmittel.) Bei dem Kriegspreis von 60 bis 80 K für den Weizen konnten die Bauern die Verpflichtungen des Dorfes an die Stadt mit sechs bis neun Millionen Meterzentner abtragen. Jeder einzelne Bauer hatte einen viel geringeren Teil seiner Ernte für Steuern, Zinsen, eventuell Bodenrente der Stadt hinzugeben als bisher. Die Distribution des Einkommens erlitt eine starke Verschiebung zugunsten des Dorfes, der Landwirtschaft. Der Bauer hat seine Schulden getilgt, die Stadt erhielt keine Lebensmittel mehr für Zinsen.

Das Lebensniveau des Bauerntums ist gestiegen. Diese Steigerung kam in erster Reihe in der besseren Ernährung zum Ausdruck. Die industriellen und kulturellen Ansprüche des auf niederer Kulturstufe stehenden Bauerntums haben sich kaum gehoben. Doch wenn er auch — sei es für den persönlichen Bedarf, sei es zur Erneuerung seiner Wirtschaftsgeräte — Industrieartikel hätte kaufen wollen, war ihm das nicht möglich, da infolge der Blockade und Umgestaltung der Industrie zum Zwecke der Kriegführung allgemeiner Warenmangel herrschte. Das Hauptergebnis der in der Verteilung des Einkommens eingetretenen Aenderung war die bessere Ernährung des Landvolkes. Dies hat ein ungarischer Bauer folgendermaßen plastisch ausgedrückt: „Früher habe ich die Enten zum Markt getragen und selber Kartoffeln gegessen; jetzt verkaufe ich die Kartoffeln und esse den Entenbraten selbst." Die Stadt erhielt von den Bauern immer weniger und immer schlechtere Lebensmittel. Doch auch für diese konnte die Stadt keine Gegenleistung in realen Gütern bieten. Das Geld, das vor dem Kriege im Warenaustausch zwischen Stadt und Land nur eine vermittelnde Rolle gespielt hat, erlitt allmählich eine Funktionsänderung. Es wurde von der Stadt als definitives Zahlungsmittel dem Dorfe gegenüber benützt. Sie kaufte für Geld, konnte aber dafür dem Dorfe in realen Gütern keine Gegenleistung bieten. Eine

Zeitlang ließ sich der Bauer die Sache gefallen: er häufte das Geld als Schatz in seiner Truhe auf. Schließlich bekam er es jedoch satt, die Goldstücke, Silberstücke und blaubemalten Banknoten zu sammeln. Die Erhöhung des Lebensniveaus nahm die wirtschaftlich gefahrvollste Form an: der Landwirt arbeitete wenig, produzierte wenig und er gab seinen Lebensmittelüberschuß nur für wirkliche Güter her. Das Geld hörte in Ungarn ebenso wie in Deutschland, Oesterreich, Rußland noch vor der Diktatur des Proletariats auf, allgemeines Tauschmittel, die immer so heißbegehrte allgemeine Verkörperung des gesellschaftlichen Reichtums zu sein.

Das Bauerntum lieferte solcherart den Städten immer weniger Lebensmittel. Die Károlyi-Revolution, in gesteigertem Maßstab aber die Diktatur des Proletariats, schwemmte auch den in Friedenszeiten als Verkörperung der Grundrente in die Städte gelangenden Lebensmittelüberschuß des Großgrundbesitzes weg. Die Löhne des landwirtschaftlichen Gesindes und der Teilarbeiter (Schnitter, Wanderarbeiter) stiegen nämlich sehr rasch. Und diese Steigerung war eine reale, denn der Lohn stieg nicht in Bargeld von sinkender Kaufkraft, sondern in wirklichen Gütern. Das Quantum der als Lohn erhaltenen Naturalien, wie Getreide, Speck, Milch, verdoppelte sich; die Schnitter, die vor dem Kriege für ein Zehntel der Ernte arbeiteten, erhielten während der Diktatur des Proletariats ein Achtel, ja ein Siebentel. Die Nutznießer der Károlyi-Revolution und der Diktatur des Proletariats waren die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dorfarmen, deren Lebensniveau vor allem ihre Ernährung, eine nie geahnte Verbesserung erfuhr. Ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter hat denn auch die Diktatur richtig eingeschätzt: die ländlichen Regimenter der Roten Armee haben bis zum Ende wacker standgehalten. Leider genügte die Erziehungsarbeit der viereinhalbmonatigen Diktatur nicht, um die Hunderttausende der landwirtschaftlichen Arbeiter aus der tausendjährigen Lethargie einem aktiven politischen Leben zuzuführen.

Diese großzügige Erhöhung des Lebensniveaus der landwirtschaftlichen Arbeiter — die zweifellos bei jeder proletarischen Diktatur eintreten muß — bedeutet in ihrem Wesen die Aufhebung der Bodenrente auf den sozialisierten Großgütern, vom Gesichtspunkt der Verpflegung aber, daß von den auf den Großgütern produzierten Lebensmitteln eine viel geringere Quote in die Städte gelangt und zur Verpflegung des städtischen Proletariats verwendet werden kann, als zur Zeit, wo das landwirtschaftliche Proletariat darbte. Und dies deshalb, weil der Grundbesitzer seine Rente natürlich nicht selber verzehrte, sondern in Gestalt von Lebensmitteln der Stadt verkaufte und Industrieartikel, Luxus dafür eintauschte.

Die Diktatur des Proletariats kann also, trotz der Enteignung des arbeitslosen Einkommens der herrschenden Klassen, für das industrielle Proletariat nicht die wirkliche Erhöhung seiner Lebenshaltung bringen, weil das hiezu nötige Lebensmittelplus fehlt. Dies um so mehr, weil sich zu den bisher geschilderten ökonomischen Motiven das politische gesellt. Die Bauern weigern sich, den Arbeitern Lebensmittel zu liefern.

Für das industrielle Proletariat, welches die Diktatur ins Leben rief, ist also — zumindest in den östlichen Staaten Europas, wo die Naturalentlohnung des landwirtschaftlichen Proletariats gang und gäbe ist — in den ersten Jahren der Diktatur die Besserung der Ernährung unmöglich, vielmehr ihre Verschlechterung fast unvermeidlich, weil die reale Standarderhöhung des landwirtschaftlichen Proletariats einen bedeutenden Teil der bislang in die Städte gelangten Lebensmittel für sich in Anspruch nimmt. Ja selbst in Ländern wie England, wo in der Landwirtschaft reine Geldlöhne gebräuchlich, ist es wahrscheinlich, daß das an der Quelle lebende und arbeitende landwirtschaftliche Proletariat den seinem erhöhten Einkommen entsprechenden Lebensmittelüberschuß erwirbt, so daß für das städtische industrielle Proletariat weniger übrig bleibt. Für jene Länder, welche ständig auf eine große Lebensmitteleinfuhr angewiesen sind, ist das Problem noch viel schwieriger. Wir beschäftigen uns damit in dem Kapitel über den internationalen Güteraustausch.

Doch ohne eine durchgreifende Umgestaltung des Produktionsapparates können auch die übrigen Ansprüche des industriellen Proletariats nicht befriedigt werden. Der Wohnungsnot kann nur zum geringen Teil durch die Beschlagnahme von Bourgeoiswohnungen, durch Verwendung der überflüssig gewordenen Geschäftslokale abgeholfen werden, wie das die Tätigkeit der Wohnungsämter in Budapest und in den Provinzstädten beweist. Dieselben Erfahrungen machten wir mit den Möbeln. Mit der Erhöhung des Einkommens des industriellen Proletariats entstand eine riesige Nachfrage nach Schablonenmassenmöbeln. Allein die Produktion, die sich bis dahin der kapitalistischen Verteilung des Einkommens angepaßt hatte, war vorerst nicht imstande, den neuen Ansprüchen zu genügen.

Wir gelangen somit zu dem Ergebnis, daß die Diktatur des Proletariats gerade den Bannerträgern der neuen Gesellschaftsordnung, dem industriellen Proletariat, vorerst nur eine moralische und kulturelle (Theater, Musik, Bibliotheken, Bäder u. s. w.) Standarderhöhung bieten kann. In Bezug auf materielle Güter dagegen ist ein weiteres Sinken des Lebensniveaus unausbleiblich. Das muß der Elite der industriellen Arbeiterschaft offen und aufrichtig gesagt werden. Daß dies das Erstarken der Proletarierherrschaft nicht unbedingt hindern muß, beweist das Beispiel Rußlands, dessen klassenbewußtes industrielles Proletariat auch unter den gräßlichsten Entbehrungen an der Diktatur festhält. Anderseits muß betont werden, daß die industrielle Arbeiterschaft Ungarns während der Proletarierdiktatur absolut und relativ besser versorgt war als jetzt, zur Zeit der Bourgeoisdiktatur. Relativ besonders deshalb, weil jetzt das Proletariat allein hungert und die Bourgeoisie frei schmaust und praßt. Während der Diktatur hingegen hat sich die staatliche Versorgung in erster Reihe das Wohl des Proletariats vor Augen gehalten, sie hat bei den staatlich verteilten Lebensmitteln, das Prinzip der „Klassenration" befolgend, den arbeitenden Proletariern bei der Versorgung Vorteile gewährt.

Die Lösung des Widerspruches zwischen der politischen Herrschaft des Proletariats und dem unvermeidlichen Sinken seines Lebensniveaus kann nichts anderes sein als die Anpassung der Produktion an die neue Verteilung des Einkommens: Abschaffung jeder Art von Luxus und Hebung der Produktion der Artikel des Massenkonsums, hauptsächlich großzügige landwirtschaftliche Mehrproduktion. Die Enteignung der Produktionsmittel, die Ausschaltung des Profits als einzigen Lenker der Produktion geben die theoretische Möglichkeit hiefür.

„Von den Arbeitern, die sich überhaupt mit der Produktion von Konsumartikeln befassen, die zum Verbrauch des Einkommens dienen, wird ... (mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion) ... ein größerer Teil solche Konsumartikel erzeugen, die dem Konsum der Kapitalisten, Grundbesitzer und ihres Trosses (Staatsbeamten, kirchliche Personen etc.), dem Verbrauch ihres Einkommens dienen; nur ein kleiner Teil wird solche Artikel erzeugen, die zum Verbrauch des Einkommens der Arbeiterschaft bestimmt sind. Dies ist aber wieder nicht die Folge, sondern der Grund. Mit der Aenderung des sozialen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Kapitalist, mit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse würde sich das sofort ändern. Es besteht hiefür (das heißt für die oben erwähnte Proportion der dem Konsum der Kapitalisten und Arbeiter dienenden Artikel) in den, sagen wir physischen Verhältnissen der Produktion keinerlei Zwang. Ist die Arbeiterschaft am Ruder, hat sie die Macht, für sich zu produzieren, so wird sie das Kapital (um mit den vulgären Oekonomen zu reden) sehr schnell und ohne viel Mühe auf die Höhe der eigenen Bedürfnisse heben.

Der große Unterschied besteht darin, ob die im Kapitalismus vorhandenen Produktionsmittel in der Gestalt von Kapital der Arbeiterschaft gegenüberstehen und solcherart nur insofern für sie verwendet werden können, als es nötig ist, daß sie den Mehrwert oder das Mehrprodukt für ihre Ausbeuter erhöhen; ob diese Produktionsmittel sie beschäftigen oder ob sie, als Sub-

jekte die Produktionsmittel als Objekte in Anwendung bringen, um für sich Reichtümer zu schaffen [21])."

Marx stellt hier die Wirtschaftspolitik des Kapitals jener der Proletarierherrschaft scharf gegenüber. Durch die Expropriation der Produktionsmittel bewirkt die politische Herrschaft des Proletariats tatsächlich eine Erhöhung des Lebensniveaus der arbeitenden Massen. Diese Aenderung kann sich aber nicht „sofort" vollziehen. Auch dann nicht, wenn — was wohl politisch kaum denkbar — das Proletariat bei Ergreifung der politischen Macht eine vollkommen intakte Produktionsorganisation samt den üblichen Vorräten von der Bourgeoisie übernehmen würde. Grundbedingung der Erhöhung des Lebensniveaus ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion; diese ist aber an eine ganzjährige, ja in manchen Zweigen sogar mehrjährige Produktionsperiode gebunden. Zur Erzeugung der vom Proletariat in gesteigertem Maße angeforderten Bedarfsartikel müssen neue große Industrieanlagen und Einrichtungen geschaffen werden, was Jahre in Anspruch nimmt. Die Umgestaltung kann also „sofort" in Angriff genommen werden, der Erfolg kann sich aber in den meisten Fällen erst nach Jahren einstellen.

Nun hat aber das russische und ungarische Proletariat nicht einen intakten, sondern einen im Kriege verkommenen, dem Untergang geweihten Apparat in Besitz genommen. Marx selbst fügt an der oben bezeichneten Stelle folgendes dazu:

„Wir setzen natürlich voraus, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktion die Produktionskräfte der Arbeit überhaupt auf jene Stufe erhoben hat, bei der eine Revolution eintreten kann."

Jener Produktionsapparat, in dessen Besitz das russische oder ungarische Proletariat gelangte, hatte zweifellos die zum Gelingen der Proletarierrevolution erforderliche Entwicklungsstufe erreicht. Obwohl in der Industrie noch eine große Anzahl der Kleinbetriebe besteht, ist daneben auch die Betriebskonzentration, die Ausgestaltung der Großbetriebe, vorhanden, und schon Kautsky hat es sehr richtig erkannt, daß die Reife für die soziale Revolution nicht danach beurteilt werden darf, wie große Ueberreste der alten Produktionsweise noch vorhanden sind, sondern nach der Bedeutung, welche die Träger der künftigen Produktionsweise, die Großbetriebe, schon erlangt haben. Es steht fest, daß auch die günstigen Vorbedingungen, die Schar der gelernten Arbeiter, Techniker, Betriebsleiter, vorhanden waren. Dagegen wird die Umgestaltung und Entwicklung der Produktion, wie dies zur Hebung der proletarischen Lebenshaltung erforderlich, durch den Umstand ungemein erschwert, daß weder das russische noch das ungarische Proletariat einen intakten, sondern einen im Kriege verlotterten, verbrauchten,

[21]) Marx: „Theorien über den Mehrwert." II/2. Seite 376.

halb vernichteten Produktionsapparat übernahm, der durchgreifender Reparaturarbeiten bedurfte, um nur die Produktion im alten Rahmen fortsetzen zu können.

Die Diktatur des Proletariats trat nicht dort und dann ein, wo und wann die materiellen Vorbedingungen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten am besten entwickelt waren, sondern dort, wo die Gewaltorganisation der herrschenden Klasse infolge der Niederlagen am Kriegsschauplatz am stärksten zerrüttet war. Die Niederlage am Kriegsschauplatz aber wurde gerade durch den vorherigen Verfall der materiellen und menschlichen Produktionskräfte und ihre Unzulänglichkeit für die Weiterführung des Krieges hervorgerufen.

Schließlich konnten weder das russische noch das ungarische Proletariat ihre ganze Kraft der Umgestaltung der Produktion widmen, weil sie in erster Linie ihre politische Herrschaft selbst gegen die aus allen Richtungen über sie herfallenden imperialistischen Widersacher und gegen die von diesen mit Geld und Waffen unterstützte innere Gegenrevolution verteidigen mußten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Das Proletariat erobert die politische Macht in erster Linie in der Absicht, seine Lebenshaltung zu heben. Die Erhöhung der Lebenshaltung wird sofort verwirklicht für das landwirtschaftliche Proletariat; sie ist dagegen unmöglich für die Elitetruppe der Revolution, für das industrielle Proletariat. Vorübergehend kann wohl durch Raubwirtschaft, durch gesteigerte Ausschlachtung des Viehstandes der Landwirtschaft auch der Standard der industriellen Arbeiterschaft erhöht werden, allein diese Erhöhung hätte naturgemäß keinen bleibenden Charakter. Der innere Widerspruch besteht darin, daß das Proletariat von der politischen Macht nur zu einer Zeit Besitz ergreifen kann, wo die Niederhaltungskraft der herrschenden Klasse sich gelockert hat. Dem geht aber naturgemäß eine so starke Desorganisation des Produktionsapparates voraus, daß es vorläufig unmöglich wird, den Standard des industriellen Proletariats wirklich zu erhöhen. Dies muß dem industriellen Proletariat offen und nachdrücklich klargemacht werden, damit es nicht in Versuchung kommt, die Diktatur trügerischen Vorspiegelungen einer besseren Verpflegung zuliebe in Stich zu lassen, wie es in Ungarn geschehen ist.

Schließlich wollen wir auch noch bemerken, daß dem Uebel durch keine noch so starke Erhöhung der Geldlöhne des industriellen Proletariats gesteuert werden kann. Während des Krieges hat sich das Geld eines jeden Staates in ungedecktes staatliches Papiergeld umgewandelt. Die Anpassung des Gesamtwertes des im Verkehr bleibenden Geldes an den Wert der in den Verkehr gelangenden Waren hört daher auf [22]). Das wirk-

[22]) Das Quantum des im Umlauf befindlichen Geldes = Preissumme der Waren : Zahl des Umlaufes der gleichnamigen Geldstücke. Siehe Marx: „Kapital," I. 76. Abschnitt.

liche Geld — einerlei, ob Gold oder Banknote mit Golddeckung, oder ungedeckte, jedoch bloß zur Abwicklung wirklicher Warengeschäfte Privatpersonen geliehene Banknoten — strömt, sofern es zur Abwicklung des Warenverkehrs nicht mehr gebraucht wird, zur emittierenden Bank zurück oder wird als vollwertiger Schatz von einzelnen Wirtschaftenden thesauriert. Wir sagen vollwertig, weil es jederzeit zum Wareneinkauf verwendet, also in wirkliches Kapital umgewandelt werden kann.

Dagegen kann die Menge des zur formellen Deckung der staatlichen Bedürfnisse in den Verkehr gelangenden Papiergeldes sich der Aenderung des Gesamtwertes der in den Verkehr gelangenden Waren nicht anpassen. Im Gegenteil: der Preis der Waren steigt — bei freier Konkurrenz — proportional mit der Erhöhung des gesamten Nennwertes des in den Verkehr gepreßten Papiergeldes[23]). Mit der Diktatur des Proletariats hört der ungehemmte Wettbewerb auf. Der Konsum der wichtigsten Bedarfsartikel ist geregelt. Die industrielle Arbeiterschaft vermag bei noch so hohem Lohn ihre Lebenshaltung nicht real zu erhöhen; die einzige Folge des hohen Geldlohnes ist, daß das Geld als wertloser, in Waren nicht umwandelbarer Schatz sich bei den Arbeitern aufhäuft oder dazu dient, die Preise der wenigen freien, nichtrationierten Waren, sowie der Waren des Kettenhandels auf unglaubliche Höhe hinaufzuschrauben. Der hohe Geldlohn hat für das industrielle Proletariat nur insofern Bedeutung, daß dieses hiedurch während der Dauer der anfänglich weiter bestehenden Anarchie der Verpflegung der Bourgeoisie gegenüber konkurrenzfähig gemacht und in den Stand versetzt wird, sich im Wege des Schleichhandels Lebensmittel zu beschaffen. Das Lebensniveau des Proletariats kann solcherart erst erhöht werden, wenn die neue proletarische Produktion ihre volle Reife erreicht hat. Es folgt hieraus: Für die Verwirklichung des Sozialismus muß jeder selbstbewußte Proletarier nicht nur kämpfen, sondern auch entbehren können!

Die ungarischen Arbeiter wollten aus Mangel an revolutionärer Schulung und einer organisierten kommunistischen Partei, wollten für ihre Macht, für die sozialistische Zukunft nichts entbehren. Sie forderten die sofortige Erhöhung ihrer Lebenshaltung, und weil dies unmöglich war, wendeten sie sich von dem Ideal der Proletarierherrschaft ab. Diese Stimmung der Proletarier wurde von den Gegenrevolutionären aller Schichten ausgenützt und war eine der Hauptursachen, weshalb der rumänische Angriff siegreich wurde.

---

[23]) Rudolf Hilferding: „Das Finanzkapital." Seite 50.

4. Die Expropriation der Expropriateure.

Im Besitz der bewaffneten politischen Macht ist die Möglichkeit der Expropriation der Expropriateure gegeben. Die größte Schwierigkeit, der Widerstand des Klassenstaates und seiner bewaffneten Klassenmacht ist beseitigt. Indessen tauchen bei der Durchführung schwerwiegende praktische Probleme auf.

Es muß vor allem entschieden werden, was enteignet werden soll: das Unternehmen selbst oder die einzelnen Betriebe oder endlich bloß die Produktionsmittel in ihrer Naturalform. Wird das Unternehmen enteignet, so werden alle Betriebe, samt Forderungen und Schulden, als kommerzielle Einheit übernommen. Werden die Betriebe einzeln enteignet, so wird die bisherige Einheit zersprengt, aber Forderungen und Schulden werden oder können doch übernommen werden. Werden endlich die Produktionsmittel in ihrer Naturalform, also Gebäude, Maschinen, Rohstoffe und fertige Güter enteignet, so verlieren Forderungen und Schulden ihre Bedeutung. Die radikalste und dem ganzen Wesen der proletarischen Diktatur entsprechendste Lösung ist die letztere. In Ungarn wurde die erste Form gewählt — wir glauben, auch in Rußland. In Ungarn waren hiefür zwei Momente ausschlaggebend: erstens die Rücksicht auf das ausländische Kapital (wir kommen später darauf zurück), zweitens die Rücksicht auf die in Privateigentum verbleibenden Erwerbswirtschaften. Es schien untunlich, bei einer Enteignung nach der Naturalform die Schulden der Bauern, Gewerbetreibenden und Kaufleute einfach zu annullieren. Freilich wären hiemit auch die Schulden der enteigneten Betriebe verschwunden; da aber die zu privaten Konsumzwecken unter welchem Titel immer abhebbare Summe ohnehin auf 2000 K per Monat begrenzt wurde, wog die vorläufige Anerkennung der Schulden die Vorteile der Festhaltung an den Forderungen an die nichtenteigneten Besitzenden durchaus nicht auf.

Es tauchte sodann die Frage auf, wie, durch welches technische Verfahren die Enteignung vollzogen werden soll.

Vor allem müssen die Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit der Arbeitenden gelangen. Es muß daher vor allem verhindert werden, daß sich die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe die Produktionsmittel als ihr Privateigentum aneigne oder gar dieselben verschleppe, wie es in Rußland mit der Einrichtung und dem Vieh des Großgrundbesitzes vielfach geschehen ist. Zweitens muß dafür gesorgt werden, daß die Kontinuität der Produktion im Moment, wo den bisherigen bourgeoisen Betriebsleitern und Besitzern die Verfügung über die Produktionsmittel entzogen wird, womöglich keine Unterbrechung erfährt. In Un-

garn ist beides gelungen. Nirgends wurde das Vermögen der Betriebe durch die Arbeiter ernstlich angetastet[24]). Und die Kontinuität der Produktion wurde durch die Proklamierung der Diktatur kaum gestört. Von dem Bestreben geleitet, der Welt zu zeigen, daß die Diktatur nicht den Ruin der Volkswirtschaft bedeutet, trachtete die ungarische Räteregierung jeder Störung vorzugreifen, oft zum Schaden des politischen Zieles...

Um die Betriebe aus der Verfügung der Kapitalisten in jene des Proletariats zu überführen, mußten neue proletarische Organe geschaffen werden: die Betriebsräte und Produktionskommissäre. Bevor wir aber hiezu übergehen, müssen wir zur vielerörterten Frage der Reife des Proletariats zur Führung der Produktion prinzipiell Stellung nehmen.

An diesem Punkte scheidet sich die kommunistische Auffassung der Aufgabe des Proletariats im gegenwärtigen Zeitpunkt von jener der sozialdemokratischen. Die Kommunisten sind der Meinung, daß das Proletariat reif genug ist, die kapitalistische Leitung der Produktion entbehren zu können, beziehungsweise sind der Meinung, daß das Proletariat die zur Leitung der Produktion notwendige Fähigkeit nur in der Praxis selbst, durch die Uebernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht erlernen kann. Die Sozialdemokraten hingegen meinen, daß das Proletariat die nötige Reife zur Uebernahme der Leitung der Produktion noch nicht besitzt. Sie sind daher der Meinung, daß das Proletariat sich vorerst weiter intellektuell und moralisch entwickeln muß, um die zur Uebernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht nötige Reife zu erlangen; die Enteignung daher nur sukzessive, mit dem Grade der Reife des Proletariats fortschreitend, geschehen darf, soll anstatt des erhofften Sozialismus nicht ein wirtschaftliches Chaos eintreten.

Diejenigen, die den Proletariern die nötige Reife zur Leitung der Volkswirtschaft absprechen, argumentieren mit den weitausgedehnten Kenntnissen, den speziellen Fähigkeiten und Organisationstalenten, welche die Leitung eines modernen Betriebes bedingt. Wir wollen daher vor allem die Funktionen der Betriebsleitung im Kapitalismus untersuchen. Wir finden, daß sich dieselben in drei Hauptfunktionen zerlegen lassen:

1. Die kommerzielle Leitung: sie umfaßt die Gründungs- und Finanzierungstätigkeit, den Einkauf der Roh- und Hilfsstoffe, die Kalkulation, den Verkauf der Produkte etc. Große Routine, Menschen- und Marktkenntnis, Organisationstalent und Skrupellosigkeit sind hiezu die besten Eigenschaften.

2. Die technische Leitung: ist nur in industriellen Betrieben, in der materiellen Produktion der Güter wichtig. Umfaßt die Auswahl der besten technischen Methoden und Ma-

[24]) Ganz vereinzelt kam es vor, daß Arbeiter von Schneidereien aus den vorhandenen Stoffen für sich selbst Kleider machten und sich selbst einen sehr billigen Preis anrechneten, direkt geraubt und gestohlen wurde fast nirgends.

schinen, überwacht und regelt den Betrieb von der technischen Seite. Die Kalkulation ist das Bindeglied zwischen ihr und der kommerziellen Leitung.

3. Die disziplinarische Leitung: sie umfaßt die Aufsicht über die Arbeiter und deren Arbeitsleistung; ihre Aufgabe ist es, die Produktion von Mehrwert im Betrieb zu sichern. Alle drei haben die gemeinsame Aufgabe, die bestmögliche Rentabilität des Betriebes zu sichern.

Wirft man nun die Frage nach der Reife des Proletariats so auf, ob die manuellen Arbeiter und die proletarischen Beamten heute reif genug sind, diese Art Leitung zu übernehmen, muß jeder unvoreingenommene Beobachter mit einem entschiedenen Nein antworten!

Die Frage ist aber schlecht gestellt!

Die Enteignung der Großbetriebe im Rahmen eines Proletarierregimes bedeutet ja nicht bloß einen Personenwechsel in der Leitung des Betriebes, nicht bloß, daß der Mehrwert, respektive das Mehrprodukt nicht mehr dem Kapitalisten, sondern der Allgemeinheit zufällt, sondern einen völligen Umbau des Wirtschaftssystems selbst, welches die schwierigsten Funktionen der kapitalistischen Betriebsleitung überflüssig macht.

Der Betriebsleiter des einzelnen Betriebes innerhalb der sozialistisch organisierten Wirtschaft braucht beim Einkauf keine Marktkenntnis, er kann nicht feilschen, er braucht nicht zu spekulieren, niemand übers Ohr zu hauen. Er bekommt seine Roh- und Hilfsstoffe zu festen Preisen von anderen enteigneten Betrieben der Gesamtheit. Beim Verkauf hat er keinen Kunden aufzutreiben, nicht Reklame zu machen, nicht zu kreditieren und zu finanzieren; zu festen Preisen wird ihm das gelieferte Produkt verrechnet. Die kommerzielle Leitung schrumpft mit dem Aufhören der Anarchie des Wirtschaftslebens zu einer einfachen bürokratischen Funktion zusammen.

Die Bedeutung der technischen Leitung wird ebenfalls geringer mit der Typisierung der Produktion und der Spezialisation der Betriebe, jedoch in viel geringerem Maße als die kommerzielle. Aber tüchtige Durchschnittstechniker zur technischen Leitung sind auch leicht zu finden, und Spezialisten kann und muß der Proletarierstaat, solange die egoistisch-habgierige Seelenverfassung besteht, ebensogut bezahlen wie der Kapitalismus.

Von größter Bedeutung dagegen wird gerade zur Zeit der Diktatur, der alleinigen politischen Herrschaft der arbeitenden Klassen, die disziplinarische Leitung der Betriebe. Gerade dies aber, die Schaffung einer neuartigen Arbeitsdisziplin, kann nur

eine proletarische Leitung leisten. Im Kapitalismus dient die Disziplin der Plusmacherei. Die kapitalistische Arbeitsdisziplin ist autoritativ, sie vereinigt die Arbeitsdisziplin mit der Ausübung der Klassenherrschaft. Arbeitslosigkeit und Verhungern sind die Peitschen der kapitalistischen Antreiber, Werkführer etc., welche von den Arbeitern besonders gehaßt werden. Die alten, kapitalistisch autoritativen Leiter sind unter den geänderten Verhältnissen nach dem Sturz des Kapitalismus unfähig, die Disziplin in den Betrieben aufrechtzuerhalten und müssen durch neue proletarische Organe ersetzt werden.

Zweitens ist die Frage deshalb schlecht gestellt, weil die intellektuelle Kraft der Proletarier durch Schulung und Erfahrung sich nach der Befreiung vom Kapitalismus rasch heben muß. Hiebei wollen wir noch folgendes betonen: Viele Sozialdemokraten meinen: wir müssen mit der Uebernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht so lange warten, bis das Proletariat intellektuell und moralisch hiezu völlig reif wird. Dies ist aber absolut unmöglich. Im festgefügten Kapitalismus kann sich der Arbeiter die nötigen Kenntnisse niemals erwerben, weil er eben keinerlei Gelegenheit hiezu hat: wie man nicht schwimmen lernen kann, ohne ins Wasser zu springen[25]). Die bloße Tatsache, einen Posten mit größerem Wirkungskreis und persönlicher Verantwortung zu bekleiden, wird bei vielen Proletariern wertvolle Eigenschaften zum Entfalten bringen, welche in ihm nie zum Vorschein gekommen wären, wenn er weiterhin manuelle Arbeit verrichtet hätte. — Wir wollen nicht leugnen, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur proletarischen Betriebsleitung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist und der Ergiebigkeit der Arbeit Abbruch tut. Dies ist jedoch unvermeidlich. Die beste, ja einzige Vorschule hiezu ist die Arbeit in den Betriebsräten und Arbeiterräten, welche gegenwärtig in Deutschland, Oesterreich und England geleistet wird.

Doch kehren wir zur neuen Organisation der Leitung der expropriierten Betriebe zurück.

---

[25]) „Was man „Vorgesetzte" nennt, ist in der Organisation der Gesellschaft genau so nötig wie der Schlußstein in einem Brückenbogen; aber der Schlußstein ist nicht aus einem besseren Material gemacht als viele andere Teile der Brücke; seine Bedeutung beruht auf seiner Lage und nicht seine Lage auf seiner Bedeutung. Wenn ein halbes Dutzend Leute in einem Segelboot ausgesetzt werden, so werden sie einen Kapitän brauchen. Es scheint das einfachste für sie, den Fähigsten zu wählen; aber es kann sein, daß gar kein Fähigster da ist... In diesem Falle muß der Kapitän durch das Los bestimmt werden; aber in dem Augenblick, wo er die Gewalt übernimmt, macht ihn diese Gewalt buchstäblich zum fähigsten Menschen im Boot. Er hat die Macht, die ihm die fünf anderen zu ihrem eigenen Besten gegeben haben... Wie die Verteidiger des „alten Systems" wohl wissen, haben wir jahrhundertelang gewöhnliche Leute in besonders befähigte umgewandelt, indem wir ihnen gestatteten, ungewöhnliche Macht und Stellungen zu erben..." (Bernard Shaw: „Der Sozialismus und die geistig Begabten" Hannover, Freies Deutschland.)

Die neue Organisationsform muß folgenden Aufgaben gerecht werden:

1. Sie muß in der Arbeiterschaft des Betriebes selbst wurzeln, um die Disziplin sicherstellen zu können.

2. Sie muß die Eingliederung des Betriebes in die zentrale Wirtschaftsorganisation gewährleisten.

3. Sie darf nicht bürokratisch erstarren.

4. Sie muß politisch zuverlässig sein.

In Ungarn wurde die Lösung dieser Probleme auf folgende Weise versucht (Dekret vom 26. März 1919, Nr. 9):

In jedem enteigneten Betrieb wählten die Arbeiter einen Betriebsrat, je nach Größe des Betriebes drei bis sieben Leute, Arbeiter oder Beamte, nach ihrem Ermessen. Die Aufgabe des Betriebsrates ist: die Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten, das Vermögen des Betriebes zu schützen, den Betriebskommissär zu kontrollieren, Arbeitsbedingungen, Aufnahme und Entlassung von Arbeitern, Einteilung der Arbeiter in Lohnklassen etc. gemeinsam mit dem Produktionskommissär zu besorgen.

Für jeden enteigneten Betrieb, eventuell für mehrere kleinere Betriebe gemeinsam, wurde ein Produktionskommissär ernannt. Dieser vertritt die Interessen der Gesamtheit gegenüber dem in der Arbeiterschaft des Betriebes wurzelnden Betriebsrat. Er nimmt die Stelle des gewesenen „Generaldirektors" ein, kauft und verkauft, verfügt gemeinsam mit dem Präsidenten des Betriebsrates über Gelder und Bankguthaben. Im Falle eines Konflikts mit dem Betriebsrat oder den Arbeitern des Betriebes müssen bis zur Entscheidung einer höheren Instanz seine Anordnungen befolgt werden. Er ist das persönliche ständige Verbindungsglied zwischen dem Betrieb und den höheren Behörden, während die Mitglieder des Betriebsrates von der Arbeiterschaft jederzeit durch neue ersetzt werden können.

Dieses System entspricht allen vier oben genannten Forderungen — wenn die Person des Produktionskommissärs eine entsprechende ist! Der Betriebsrat wurzelt in der Arbeiterschaft selbst, der Produktionskommissär vertritt die Interessen der Allgemeinheit. Der Apparat ist nicht bürokratisch, da Betriebsräte und Produktionskommissär zu jedem Zeitpunkt abberufbar.

Die Fehler dieser Organisation sind die folgenden:

Die Mitglieder des Betriebsrates trachten, von der produktiven Arbeit ganz loszukommen. Sub titulo Kontrolle sitzen sie in den Büroräumen herum. Es vermehrt sich daher die Zahl der nichtproduktiven Angestellten. Um den angenehmen Posten dauernd behalten zu können, trachten sie, sich die Gunst der Arbeiterschaft durch Konzessionen in der Disziplin, der Arbeitsleistung, der Lohnfrage zu sichern, zum Schaden der Allgemeininteressen. In Rußland werden deshalb einige Mitglieder des Be-

triebsrates von außen delegiert. In Ungarn versuchten wir, den Gewerkschaften Einfluß auf die Wahl des Betriebsrates einzuräumen. Der Erfolg dieses Versuches konnte nicht mehr festgestellt werden.

Die größte Schwierigkeit bietet die Auswahl der entsprechenden Betriebskommissäre. Es ergibt sich hier ein kaum meisterbarer Widerspruch. Um den glatten Fortgang der Produktion zu sichern, ist ein kommerziell und technisch gebildeter Fachmann erwünscht. Gerade diese Leute sind aber politisch für ein Regime der Arbeiterschaft nicht zuverlässig [28]). Wird ein manueller Arbeiter ernannt, so muß er natürlich aus dem Kreis der in der Arbeiterbewegung hervorgetretenen Genossen gewählt werden. Nun besteht aber keinerlei Gewähr dafür, daß jene Männer, welche gute Agitatoren und Organisatoren gegen das Kapital waren, zur Betriebsleitung besonders befähigt wären. Der Konflikt zwischen Fachkenntnis und politischer Zuverlässigkeit läßt sich nicht restlos lösen. Es wurden für manche Betriebe Ingenieure, die sich schon früher der Arbeiterbewegung angeschlossen hatten, als Kommissäre bestellt, in anderen Fällen hervorragendere Arbeiter, wobei natürlich der bestehende technische und kommerziell-bürokratische Apparat vorläufig unberührt blieb. Der Mangel an geeigneten Leuten brachte es mit sich, daß die Arbeiter der Betriebe selbst die geeigneten Personen in Vorschlag brachten. Dieses Verfahren tat aber der Autorität der Kommissäre Abbruch. Die lokalen Interessen traten zu sehr in den Vordergrund. Es ist übrigens bezeichnend für das gering entwickelte Klassenbewußtsein des ungarischen Proletariats, daß die Arbeiterschaft vieler Betriebe die Ernennung des bisherigen Besitzers, respektive Generaldirektors zum Produktionskommissär forderte. Es bedurfte oft großer Mühe, um die Arbeiter zu bewegen, hievon abzukommen. In Ausnahmefällen, bei ganz speziellem technischen Können, wurden tatsächlich die früheren Leiter als Kommissäre auf ihrem Platze belassen. In vielen Fällen mußte zu einer Doppelbesetzung geschritten werden: neben dem Bourgeoisfachmann wurde als politischer Kontrollor ein Arbeiter gestellt oder dem Arbeiterkommissär ein technischer Fachmann beigestellt.

Als höhere Behörde fungierte anfangs das Volkskommissariat für soziale Produktion, welches den einzelnen Industriezweigen entsprechend in Fachsektionen geteilt war. Alle Aufgaben technischer, kommerzieller und organisatorischer Art wurden vorläufig schlecht und recht hier erledigt. (Ueber den organisatorischen Aufbau siehe später.)

[28]) Nach dem Sturz der ungarischen Räteregierung brüsteten sich viele der aus „Fachmännern" rekrutierten Produktionskommissäre, daß sie durch planmäßige Sabotage die Produktion verhindert oder benachteiligt haben.

Abteilung für das Recht der DDR

Welche Betriebe sollen enteignet werden?

Die große Literatur über Sozialisierung hat die Frage längst bereinigt [27]). Großbetriebe der extraktiven Industrie und des Verkehrswesens, Eisenhütten, Maschinenfabriken etc.: alle diese Untersuchungen haben den gemeinsamen Fehler, daß sie die Sozialisierung als einen bloßen Besitzwechsel innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems auffassen. Der Staat kauft die Betriebe einfach auf. Zwar will Bauer die Mittel hiezu durch eine Vermögensabgabe beschaffen, so, daß der Staat umsonst in den Besitz der Betriebe gelangt. Zwar will Kautsky durch eine große Einkommen- und Erbschaftssteuer die staatlichen Renten, welche die gewesenen Besitzer erhalten, rasch wieder einziehen [28]). Hiebei bleibt aber die kapitalistische Gesamtstruktur des Landes im wesentlichen unberührt. Die Vollsozialisierung im kommunistischen Sinne, die Enteignung ohne Entschädigung, und auf einen Schlag ist zugleich wirtschaftliche und revolutionäre Tat. Sie soll durch rasche Entziehung der materiellen Hilfsmittel die Gegenrevolution der Bourgeoisie unmöglich machen. Es ist der politische Gesichtspunkt, welcher eine langsame, planvolle, mit einer Entschädigung verbundene Sozialisierung für eine proletarische Diktatur unmöglich macht, wobei wir keineswegs leugnen, daß es „unbillig" ist, daß Leute, deren Besitz enteignet wird, alles verlieren, während andere mit kleineren Vermögen ihr ganzes Vermögen behalten. Die Enteignung ist eben ein Akt des Klassenkampfes, und im Kampfe kennen auch die herrschenden Klassen keine Billigkeit.

Für das Maß der Enteignung ist daher nur die Zweckmäßigkeit ausschlaggebend. Es muß so weit enteignet werden, um damit die ökonomische Macht der herrschenden Klasse zu brechen. Und dies so rasch als möglich. Beides hängt auch von der Zahl des zu diesem Zwecke verwendbaren Menschenmaterials ab.

In Rußland wurden nur Betriebe mit über 50 Arbeitern oder mit einem Kapital von über einer halben oder einer ganzen Million Rubel enteignet [29]), und zwar in einem ziemlich langsamen Tempo. Die Enteignung war in vielen Fällen ein Jahr nach der Revolution noch nicht vollzogen [30]). Noch das Dekret vom 2. Juli 1918 beläßt die enteigneten Betriebe in unentgeltlicher Pachtnutzung der früheren Besitzer. Die Verwaltung und die früheren Besitzer finanzieren sie einstweilen in früherer Weise.... In Ungarn dagegen wurden alle Betriebe, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigten, enteignet, und zwar auf einen Schlag, noch im Monat März. In der Praxis wurde sogar oft unter diese Grenze hinunter-

[27]) Siehe zum Beispiel Otto Bauer: „Der Weg zum Sozialismus." Wien 1919.

[28]) Karl Kautsky: „Die soziale Revolution."

[29]) Hans Berliner: „Der bolschewistische Staat." 1919. S. 30.

[30]) Dr. Max Hirschberg: „Bolschewismus." Eine kritische Untersuchung etc. Leipzig. Duncker u. Humblot, 1919. Die ist die relativ objektivste bürgerliche Schilderung der proletarischen Rätediktatur.

gegangen, weil klassenbewußte Arbeiter in Betrieben mit 10 bis 19 Mann ebenfalls nicht länger sich dem Arbeitgeber fügen wollten und die Enteignung des Betriebes durchsetzten.

Der Unterschied zwischen den beiden Verfahren ist im folgenden begründet. Rußland hat sich industriell sehr spät und überwiegend mit Hilfe ausländischen Kapitals entwickelt. Dies führte dazu, daß der Kapitalismus sogleich in seiner entwickeltsten Form, als Riesenbetrieb, in Rußland Fuß faßte und der bodenständig entwickelte, auf der Manufaktur basierende Mittelbetrieb dort fast ganz fehlt. Rußland ist das Land der vorherrschenden Riesenbetriebe. Daher genügte sowohl wirtschaftlich als politisch die Enteignung bis zu 50 Arbeiter. Ungarn hingegen besitzt verhältnismäßig wenig Riesenbetriebe und sehr viele Betriebe zwischen 20 bis 50 Arbeiter. Daher mußte die Grenze niedriger gezogen werden. Auch die Notwendigkeit, in Anbetracht des großen Warenmangels je eher eine geordnete Materialwirtschaft aufbauen zu können, nötigte zu dieser niedrigen Enteignungsgrenze. (Ueber die Enteignung der Banken, der Geschäfte und des Großgrundbesitzes sprechen wir an anderer Stelle.)

Die Langsamkeit der Durchführung wurde in Rußland durch den Bürgerkrieg, die große Ausdehnung des Landes und der Sabotage der den Bolschewiki feindlich gesinnten Beamtenschaft verschuldet. In Ungarn wurde die Diktatur ohne Bürgerkrieg erreicht, der ganze staatliche und technische Beamtenapparat fügte sich anfangs ohne jeden Widerstand; bei der Kleinheit des Landes war es daher möglich, die Enteignung sehr rasch durchzuführen. Es besteht kein Zweifel, daß das ungarische System politisch und wirtschaftlich das bessere ist. Je rascher und gründlicher die Enteignung durchgeführt wird, je eher die Individuen, welche die Bourgeoisie bildeten, ihren Bourgeoisiecharakter abzustreifen genötigt sind, desto kürzer und glatter der Uebergang. In den westlichen Ländern, wo die Arbeiterschaft gebildeter und daher zur Betriebsleitung befähigter ist, kann im Besitz der politischen Macht die Enteignung noch rascher und gründlicher durchgeführt werden als in Ungarn.

Mit der Expropriation der Expropriateure ist aber nur der erste Schritt zur Einrichtung der neuen Wirtschaft getan. Die Ersetzung der Kapitalisten durch eine proletarische Leitung bewirkte, daß in der Produktion die Kontinuität gewahrt blieb. Die Ergiebigkeit der Arbeit ging zwar infolge Sinkens der Arbeitsintensität zurück (wir beschäftigen uns später eingehend mit dieser Erscheinung), aber ein wirtschaftliches Chaos wurde vermieden. Wir wollen nunmehr die Versuche zur Organisierung der proletarischen Wirtschaft und die hiebei entstehenden Probleme beschreiben. Denn mit der Entfernung der Kapitalisten aus dem Betrieb, mit der Uebernahme der Leitung der einzelnen Betriebe durch die Vertrauensmänner der Arbeiterklasse ist nur die Vorbedingung des Aufbaues geschaffen. Die enteigneten Betriebe müssen organisatorisch zusammengefaßt, zu

einem wohlgeordneten Ganzen aufgebaut werden. Dies ist die eigentliche Aufgabe der proletarischen Diktatur: den Uebergang von der kapitalistischen in die kommunistische Wirtschaft durchzuführen.

5. Die Organisationsprobleme der proletarischen Volkswirtschaft.

„Bei den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der arbeitenden Massen in der Ausführung der negativen oder der zerstörenden Arbeit, der Vernichtung des Feudalismus, der Monarchie, des Mittelalters.... Die aufbauende Arbeit vollzog die besitzende bürgerliche Minderheit.... Im Gegenteil hiezu erscheint als Hauptaufgabe des Proletariats bei jeder sozialistischen Revolution die primitive oder aufbauende Arbeit, ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen Organisationsbeziehungen auszuspannen, die die planmäßige Produktion und Verteilung von Erzeugnissen, die zur Existenz von Dutzenden von Millionen Menschen nötig sind, umfassen."

In dieser Weise charakterisiert Lenin den grundlegenden Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution [31]).

Die neue Organisationsarbeit kann erst beginnen, wenn die Produktionsmittel in die Verfügung des Proletariats übergegangen sind. Die Tatsache der Expropriation allein besagt nicht viel: Die ganze Wirtschaft muß organisatorisch aufgebaut werden, da die dringendste Aufgabe der Erhöhung der Ergiebigkeit der Arbeit nur auf diesem Wege zu erreichen ist. Die Organisierung der proletarischen Wirtschaft ist keine absolut neue Aufgabe: Alle Organisationsformen der Gemeinwirtschaft sind bereits im modernen Finanzkapitalismus vorgebildet; sie müssen nur den geänderten sozialen Verhältnissen entsprechend umgebaut und erweitert, aus Organen des Kapitalismus zu Organisationen der Gemeinwirtschaft umgeformt werden.

---

[31]) Lenin: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht." Berlin. Seite 5. In dieser Charakterisierung der Aufgabe der proletarischen Revolution trifft Lenin vollkommen mit den Ansichten des auf dem äußersten rechten Flügel der Marxisten stehenden Karl Renner zusammen: auch Renner sieht das Grundproblem der sozialistischen Umgestaltung in der Organisation. Nur sieht er bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundformen des sozialistischen Gemeineigentums vorgebildet, welche Keime nur einfach weiter zu entwickeln wären, während die Kommunisten eine grundlegende Aenderung im Aufbau der Staatsgewalt zur Einrichtung der sozialistischen Organisation für unumgänglich notwendig halten. (Karl Renner: „Marxismus, Krieg und Internationale." Stuttgart, Internationale Bibliothek.)

Das schwerste prinzipielle Problem besteht in der richtigen Sonderung dessen, was zentral organisiert werden soll und was der lokalen Initiative überlassen bleiben soll. In materieller Beziehung lassen sich bei dem Aufbau folgende Gebiete voneinander unterscheiden:

1. Der organisatorisch-technische Aufbau der Wirtschaft.
2. Die Materialwirtschaft.
3. Die Menschenwirtschaft.

Im Anfang waren alle diese Funktionen in Ungarn ununterschieden in dem Kommissariat für Soziale Produktion zusammengefaßt. In Ermanglung spezieller Instanzen lief hier alles unmittelbar zusammen. Allmählich ging eine Differentiation vor sich, und am Ende der ersten vier Monate waren die Umrisse der neuen Organisation bereits klar sichtbar.

Bei dem organisatorisch-technischen Aufbau der Gemeinwirtschaft mußte vor allem unterschieden werden, welche Betriebe in eine zentrale Organisation zusammengefaßt und welche lokal verwaltet werden sollen. Dies hängt vor allem von den Standortverhältnissen ab. Jene Betriebe, welche standortlich an den Konsumort gelagert sind, deren Erzeugnisse keinen weiten Transport vertragen, sollen der lokalen Verwaltung überlassen bleiben. Es sind dies: Wasserwerke, Gaswerke, lokale elektrische Zentralen, Stadtbahnen, Ziegeleien und Sandgruben, Kleider- und Schuhreparaturwerkstätten, Brotfabriken, Gemüsegärten, alle lokalen Verkehrsmittel, öffentliche Bäder u. s. w. Derartige Betriebe werden daher zweckmäßig überhaupt nicht verstaatlicht, sondern kommunalisiert. Jene Betriebe hingegen, deren Erzeugnisse zum Konsum der gesamten Bevölkerung des Landes bestimmt sind, bedürfen einer einheitlichen, technisch-organisatorischen Leitung. Diese Leitung wird am besten nach dem Vorbild der kapitalistischen Trusts gebildet. Das ideale Bild einer solchen Organisation, wie die in Ungarn im Aufbau begriffenen Betriebszentralen waren, ist der folgende:

Alle Betriebe eines Industriezweiges werden organisatorisch zu einem Unternehmen zusammengelegt. Die einzelnen Betriebe bilden bloße Abteilungen der Betriebszentrale. Die Buchführung der einzelnen Betriebe beschränkt sich auf Materialbuchungen und Selbstkostenberechnung; eine Bilanz macht nur die Zentrale. Die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe für alle Betriebe wird zentral besorgt; der Verkauf, respektive die Verfügung über die Produkte geschieht ausschließlich durch die Betriebszentrale. Zahlungen gehen durch die Zentrale, welche das ganze Vermögen der zusammengelegten Betriebe einheitlich verwaltet. Was für Güter und in welcher Quantität in den einzelnen Betrieben produziert werden sollen, wird durch die Zentrale im Einvernehmen mit dem Obersten Rat für Volkswirtschaft bestimmt. Auch die an die einstigen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse erinnernden Namen

werden abgeschafft und durch eine entsprechende Bezeichnung, zum Beispiel Budapester Dampfmühle der Räterepublik Nr. 1, 2, 3 u. s. w., ersetzt.

Die Vereinheitlichung der Betriebsleitung darf natürlich nicht in einen bürokratischen Zopf ausarten. Der Betriebsleitung der einzelnen, örtlich weit auseinander liegenden Betriebe muß die nötige Bewegungsfreiheit gesichert werden: Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte, die lokale Einteilung derselben, eine gewisse Freiheit in der Einteilung der Produktion u. s. w. Die Zentralisation darf nicht so weit getrieben werden, daß zum Beispiel zur Beschaffung einer geringfügigen Maschinenreparatur eine aktenmäßige Zustimmung der Betriebszentralen nötig sein soll. Es ist selbstverständlich, daß die richtige Verteilung der Produktionsleitung zwischen der zentralen und der lokalen Betriebsleitung sich erst in der Praxis herausbilden kann.

In ähnlicher Weise scheinen in Rußland die Betriebszentralen aufgebaut zu sein. Nach einem Bericht Larins' bestanden gegen Ende des Jahres 1919 in Rußland Betriebszentralen für folgende Industriezweige: Textil, Metall, Papier, Gummi, Kupfer, Zement, Kohle, Holz, Torf, Salmen, Zündholz, Tabak, Stärke, Alkohol, Zucker; ferner für Leder, Elektrizitätswerke, Schuhwerkstätten, Bäckereien u. s. w. In Ungarn wurde die Verschmelzung der einzelnen Unternehmungen zu einer Betriebszentrale durch die ungeklärten Verhältnisse in der äußeren Politik verzögert. Die ungarische Räteregierung, von feindlich gesinnten kapitalistischen Staaten umgeben, erklärte, das Vermögen der ausländischen Kapitalisten nicht zu enteignen beziehungsweise für das enteignete Vermögen vollen Ersatz zu gewähren. Die proletarische Leitung wurde zwar in allen Betrieben ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft der Eigentümer eingesetzt. Aber die Respektierung des ausländischen Eigentums verhinderte die Auflassung der Selbständigkeit vieler Unternehmungen, bei welchen ausländisches Kapital in großem Maßstab investiert war. Zwar schien es politisch ganz unwahrscheinlich, daß sich die Diktatur des Proletariats in Ungarn isoliert lange halten könnte. Die Regierung wollte aber allenfalls Zeit gewinnen und die bewaffnete Intervention der kapitalistischen Staaten soweit als möglich hinausschieben, bis die Revolution in den Nachbarstaaten weiter entwickelt oder die militärische Verbindung mit Rußland hergestellt ist. Es mußte daher die Konzession gemacht werden, daß die enteigneten ausländischen Unternehmungen als selbständige Vermögenseinheiten weiter gesondert buchen durften. Dieser Umstand verhinderte die durchgehende Zusammenlegung der Unternehmungen. Hiezu trat die stille, aber zähe Sabotage der Beamten, die ihre Stellungen durch eine energisch durchgeführte Zentralisation bedroht sahen; eine Erscheinung, die sich in jeder Diktatur wiederholen dürfte.

Eine ständige Schwierigkeit der zentralen Leitung der Produktion bildete das partikularistische Interesse der einzelnen Ge-

biete. Bei dem allgemeinen Wohnungsmangel war es für die lokalen politischen Behörden, die lokalen Räte, naheliegend, die auf ihrem Territorium erzeugten Güter für ihren eigenen Gebrauch in Anspruch nehmen zu wollen. Die zentralen Organisationen hatten fortwährend mit diesem Bestreben zu kämpfen, sie mußten gegen die Eingriffe der lokalen politischen Behörden die Autorität des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten in Anspruch nehmen: nicht immer mit Erfolg. Es stellte sich die Notwendigkeit dar, in den territorialen Mittelpunkten Exposituren der wirtschaftlichen Zentralverwaltung zu organisieren. Sie waren als Wirtschaftsamt mit zentral ernannten Beamten vorgesehen, an deren Seite ein lokaler Wirtschaftsrat — über dessen Organisation wir später berichten — gewirkt hätte. Das Wirtschaftsamt sollte die Verordnungen der wirtschaftlichen zentralen Behörden durchführen, Berichte über alle wirtschaftlichen Angelegenheiten verfassen und an der Leitung der lokalen gemeinwirtschaftlichen Betriebe teilnehmen.

Neben der Zentralisierung der Betriebsleitung wurde auch die Konzentration der Produktion in Ungarn bereits in Angriff genommen. Es ergaben sich jedoch hiebei große Schwierigkeiten. Wo sich der Einfluß der Standortfaktoren in der Zusammenballung der gleichartigen Betriebe in gewissen Ortschaften stark geltend gemacht hat, läßt sich die Konzentration der Produktion verhältnismäßig leicht durchführen. Aber die Arbeiter machen selbst in diesem Falle Schwierigkeiten; teils aus Faulheit, um keinen weiteren Weg zur Arbeitsstätte zu haben, teils aus Furcht, ihren alten Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sich die Diktatur nicht hält oder sie infolge der steigenden Ergiebigkeit der Arbeit in ihrem bisherigen Beruf überflüssig würden. Auch ein gewisser Fabrikchauvinismus spielt hiebei eine Rolle. Als in Budapest der Bau von eisernen Schleppschiffen auf der einen Werft aufgelassen und in einer anderen konzentriert werden sollte, beriefen sich die hiegegen Stellung nehmenden Arbeiter in erster Linie auf den jahrzehntealten guten Ruf „ihrer" Werft. Diese Widerstände lassen sich jedoch durch Aufklärung und Ueberredung der Arbeiter verhältnismäßig leicht überwinden. Dagegen scheitert die Konzentration der Produktion in verschiedenen Ortschaften liegender Betriebe an dem Wohnungsmangel. Um die Produktion in einen Betrieb konzentrieren zu können, muß Wohnungsgelegenheit für die Arbeiter geschaffen, sollten neue Arbeiterwohnungen gebaut werden. Dies erfordert aber bei dem allgemeinen Materialmangel im Beginn der Diktatur längere Zeit.

Zu dem Funktionsbereich der organisatorisch-zentralen Leitung gehört die Kontrolle der Betriebsführung, des Gebarens mit dem Vermögen des Staates: ein Problem, welches in Rußland besonders große Schwierigkeiten bereitete. Lenin sieht in der systematischen Kontrolle eine der wichtigsten Aufgaben des Aufbaues. In den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" führte er am 29. April 1918 folgendes aus:

„Die größte Schwierigkeit liegt auf dem ökonomischen Gebiet: die strengste Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte allerorts zu verwirklichen... (S. 5.) Führe gewissenhaft und pünktlich Rechnung über das Geld, wirtschafte ökonomisch, sei kein Tagdieb... wird jetzt nach dem Sturze der Bourgeoisie zur nächstliegenden und Hauptlösung des Moments. (S. 9.) Als Entscheidendes erscheint die Organisation des strengsten und sich auf das ganze Volk erstreckenden Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung von Produkten. Wir haben in den enteigneten Betrieben eine Rechnungslegung und Kontrolle noch nicht erzielt. (S. 11.) Unsere Arbeit zur Organisierung der proletarischen Rechnungslegung und Kontrolle ist deutlich, für jeden denkenden Menschen offensichtlich, hinter der Arbeit der unmittelbaren Expropriierung der Expropriateure zurückgeblieben... Wenn wir jetzt die weitere Expropriation des Kapitals im früheren Tempo fortsetzen wollten, würden wir sicher eine Niederlage erleiden... Wir werden uns jetzt mit allen Kräften auf die Arbeit der Organisierung der Rechnungslegung und Kontrolle werfen." (S. 12.)

Das leichtfertige Umgehen mit dem Staatsgut, mit dem enteigneten Vermögen der Bourgeoisie entspringt vor allem der kapitalistisch-habgierigen Gesinnung der ganzen Gesellschaft, deren Moral durch den langandauernden Krieg noch besonders untergraben wurde. Es spielt hiebei aber auch eine gewisse Unklarheit über die neuen Eigentumsverhältnisse mit. Die Proletarier, welche die enteigneten Betriebe verwalten, fallen nur zu leicht in den Glauben, daß die Betriebe ihr Eigentum sind, nicht jenes der ganzen Gemeinschaft. Dies macht eine gut funktionierende Kontrolle besonders wichtig, da es zugleich auch ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel ist.

Das Problem der Kontrolle war in Ungarn sehr gut gelöst. Die Revisoren, die früher den Kapitalisten dienten, wurden durch die Ausbildung von Advokaten und Mittelschullehrern zu diesem Beruf vermehrt und als Angestellte des Staates zu einer besonderen Sektion des Volkswirtschaftsrates zusammengefaßt. Die Sektion war nach Berufsgruppen gegliedert, so daß dieselben Revisoren ständig die Betriebe gewisser Industriezweige kontrollierten. Die Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf das Geld- und Materialgebaren, sondern auch auf die richtige Verwendung der Arbeitskräfte, auf Nachprüfung der Ursachen der schlechten Arbeitsleistung oder des ungünstigen Ergebnisses überhaupt. Der zuständige Revisor überprüfte in bestimmten Intervallen an Ort und Stelle Betrieb und Buchhaltung und verfaßte einen Bericht, welcher nicht nur die Fehler aufdeckte, sondern auch Vorschläge zu Reformen enthielt. Die Revisoren hatten selbst keinerlei Verfügungsrecht in den von ihnen revidierten Betrieben, sie unterbreiteten nur ihre Berichte den zuständigen Organisationsbehörden. Indessen bildete sich alsbald eine Kooperation zwischen dem Revisor, dem Produktionskommissär und dem Betriebsrat her-

aus. Die Ratschläge des Revisors wurden oft spontan befolgt. Auch wurde eine Zeitschrift „Das Blatt der Revisoren" gegründet, welche allen enteigneten Betrieben zugeschickt wurde und viel dazu beitrug, die organisatorischen Fragen der Betriebsleitung im Kreise der Arbeiter zu klären. Die systematische Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf die Betriebe, sondern auch auf das Gebaren aller Volkskommissariate.

Während und nach der Rätediktatur wurde sehr viel von der Korruption der neuen Sowjetbürokratie gesprochen und geschrieben. Wir selbst haben zu wiederholten Malen in Wort und Schrift gegen die Korruption scharf Stellung genommen. Indessen muß festgestellt werden, daß die Verwaltung des öffentlichen Vermögens in der Diktatur keinesfalls schlechter war als unter dem Bourgeoisregiment. Der Schein der größeren Korruption entstand dadurch, daß in der bürgerlichen Gesellschaft nur eine kleine Schichte, eben die Mitglieder der herrschenden Klasse Gelegenheit zur Korruption hatte und dieselbe ihre Korruption in den meisten Fällen sehr gut verbergen konnte, da die ganze bürgerliche Staatsmaschinerie hierin eine großartige Routine besaß. In der Proletarierdiktatur nahm eine viel größere Schichte der Bevölkerung an den Staatsgeschäften teil, die Zahl der Korruptionsfälle wurde daher größer. Die proletarischen Diebe defraudierten in vielen kleinen Posten, ungeschickt und ungeübt. Während die großen Diebstähle der bürgerlichen Missetäter durch das bürokratische System vertuscht wurden, kamen die vielen kleinen Malversationen der Sowjetfunktionäre infolge der demokratischen Verfassung und der systematischen Kontrolle in viel größerem Maßstab ans Tageslicht. Die Einrichtung einer guten Kontrollorganisation ist daher auch als Kampfmittel gegen die im Beginn der Diktatur unbedingt auftretende Korruption eine für jeden proletarischen Staat dringende und wichtige Aufgabe. Die Durchführung wird dadurch erleichtert, daß die Revisoren bloß persönlich anständige und sachverständige Leute, nicht aber überzeugte Anhänger des proletarischen Systems sein müssen.

Schwere Probleme bietet für die Volkswirtschaft der Diktatur die Materialwirtschaft. Wir verstehen in diesem Falle unter Material nicht nur alle Roh- und Hilfsstoffe, sondern auch die fertigen Produktionsmittel; also alle Güter mit Ausnahme der genußreifen, zur unproduktiven Konsumtion bestimmten. Der Kern des Problems liegt darin, daß in Anbetracht der Erschöpfung aller Vorräte durch den Krieg, der Erschwerung der Produktion durch die wirtschaftliche Isolierung und des Dranges der proletarischen Schichten zur Hebung ihrer realen Lebenshaltung auf Jahre hinaus mit einer Materialknappheit gerechnet wer-

den muß. Das vorhandene und neu produzierte Material darf daher nicht anarchisch dem Konsum zugeworfen werden, sondern muß nach dem Prinzip der höchsten Ergiebigkeit der Arbeit und der Dringlichkeit der Bedürfnisse verteilt werden.

Zu diesem Behuf wurden für die wichtigsten Güter Materialämter errichtet; einige durch die Umwandlung der bestandenen kriegswirtschaftlichen Zentralen. Die Organisation der Aemter bestand aus einem durchführenden Beamtenstab und einem die Verteilung bestimmenden leitenden Rat, welcher aus den Vertretern jener Gewerkschaften zusammengesetzt war, welche die betreffenden Materialien vernutzten. Solche Materialämter bestanden für Kohle, Holz, Eisen und Eisenwaren, Baumaterialien, Chemikalien, Petroleum und Benzin, Glas, Leder, Textilgüter, Säcke, ferner für verschiedene Konsumtionsgüter, als Getreide, Futtermittel, Zucker, Spiritus, Möbel u. s. w. Die Funktion der Materialämter bestand in der Aufnahme und fortgesetzten Evidenzhaltung der Vorräte und in deren zweckmäßigen Verteilung. Die Verteilung geschah praktisch in der Weise, daß eine Dringlichkeitsskala für alle Betriebe aufgestellt wurde, nach welcher die Anforderungen befriedigt wurden. Bei der Kohle wurden vor allem die Bedürfnisse der Wasserwerke, elektrischen Licht- und Kraftwerke, der Bahnen, der Kriegsindustrie wie auch der wichtigen Lebensmittelindustrie: Mühlen, Schlachthäuser, Hefefabriken u. s. w. befriedigt. Die Quote dieser Betriebe wurde für längere Zeit festgestellt. Nur über die Verwendung des Restes mußte von Zeit zu Zeit verfügt werden. Die Einbeziehung der Arbeitervertreter in die Verteilungsräte war nicht nur deshalb nötig, damit sie hiedurch in die Aufgabe der gesamten Leitung der Wirtschaft eingeführt werden, sondern um den Arbeitern jener Industriezweige, beziehungsweise Betriebe, welche wegen Mangel an Kohle oder Rohstoffen feiern mußten, einen Einblick zu gewähren, daß die Kohle oder das Rohmaterial ihnen nicht böswillig, sondern im Interesse der Gesamtwirtschaft entzogen wurden.

Die Leitung aller Materialämter war als letzter Instanz dem Obersten Wirtschaftsrat anvertraut, welcher im Einklang mit der gesamten Leitung der Produktion die obersten Prinzipien der gesamten Materialverwaltung festzusetzen hatte. Eine solche einheitliche Oberleitung ist deshalb unumgänglich notwendig, da es sonst vorkommen würde, daß gewisse Betriebe von einigen Materialämtern die zur Produktion nötigen Materialien erhalten würden, von anderen aber nicht, wie dies während des Krieges öfter geschehen ist. Eine straff organisierte, energisch durchgeführte Materialwirtschaft ist der beste Hebel der proletarischen Wirtschaftspolitik. Kleine Betriebe, die es sich nicht lohnt zu enteignen und in staatliche oder kommunale Verwaltung zu übernehmen, werden durch die Materialwirtschaft

in den Bau der Gesamtwirtschaft einbezogen, nötigenfalls durch Entziehung der Materialien stillgesetzt. Die Konzentration der Produktion in die best eingerichteten Betriebe kann mit Hilfe der entsprechenden Verteilung der Kohle und anderer wichtiger Materialien auch gegen den Widerstand der Arbeiter und Beamten durchgeführt werden. Eine gut organisierte Materialwirtschaft gibt der neu entstehenden Gemeinwirtschaft ein absolutes Uebergewicht über die noch verbleibenden Reste des privatwirtschaftlichen Systems.

Die Materialwirtschaft war in Ungarn bereits ziemlich gut ausgebaut und die Funktion der Materialämter wurde nur durch die schon erwähnten Uebergriffe der territorialen Behörden und durch etwaige Mißbräuche einzelner Betriebe gestört, die einen Teil ihres Produktes der Verfügung des Materialamtes entzogen und eine Art Schleichhandel damit trieben. So ist es vorgekommen, daß die Bergarbeiter eines Kohlenwerkes Sonntagsschichten einlegten und die so gewonnene Kohle unmittelbar für Lebensmittel eintauschten. Es waren dies aber seltene Ausnahmen. Die Materialwirtschaft der ungarischen Räteregierung erfaßte keinesfalls einen geringeren Anteil des gesamten Produktes der monopolisierten Güter als die kapitalistischen Kriegszentralen.

Während der ungarischen Räteregierung wurden viele Klagen über das bürokratische, die Produktion verhindernde Gebaren verschiedener Materialämter laut. Indessen waren diese Klagen zumeist unbegründet. Der chronische Materialmangel nötigte zu einer rigorosen Ueberprüfung jeder Anforderung, um so mehr, als die proletarischen Betriebsleiter, von dem Bestreben geführt, die Produktion „ihres" Betriebes unbedingt zu sichern, das Mehrfache des nötigen Materials anforderten. Jede sich nicht periodisch wiederholende Anforderung mußte daher durch die entsprechende Sektion der sozialen Produktion geleitet werden, um dort auf ihre Richtigkeit geprüft zu werden. Diese bürokratische Verzögerung kann sofort beseitigt werden, wenn eine reichlichere Materialversorgung gesichert ist. Die rasche, glatte Funktion der Materialämter wurde weiterhin durch die stille Sabotage einiger ihrer gegenrevolutionär gesinnten Beamten oder Betriebstechniker, durch die ungenügende Zahl der Verteilungsstellen in der Provinz, wie auch durch den Umstand verursacht, daß die Vorräte der Materialämter zum Teil durch die Kaufleute verwaltet wurden, welche ein großes Interesse daran hatten, die Anordnungen der Materialämter säumig zu erfüllen und möglichst viele Güter zu Schleichhandelspreisen zu veräußern.

Der aufmerksame Leser wird bereits bemerkt haben, daß sich der Wirkungskreis der Materialämter mit jenem der entsprechenden, zu jener Zeit im Aufbau begriffenen Betriebszentralen zu kreuzen scheint. Dies ist wirklich der Fall. Es gab einige Materialämter, welche nicht nur die Verteilung des Materials besorgten, sondern auch die Produktion leiteten. So das

Holzamt, welches nicht nur die Verteilung des Bau- und Brennholzes, sondern auch die Produktion aller Zweige der Holzindustrie leitete. Aehnlich war es bei dem Textilamt. Bei den russischen Zentralen scheint dies, soweit unsere Kenntnis reicht, allgemein der Fall zu sein. Es muß also die prinzipielle Frage aufgeworfen werden, ob es überhaupt nötig und vorteilhaft sei, Material- und Betriebszentralen zu organisieren oder ob die Funktion der Betriebsleitung und der Verteilung vereinigt bleiben sollen wie bei den kapitalistischen Trusts?

Diese Frage kann auf Grundlage der ungarischen Erfahrungen nicht endgültig entschieden werden, da die Organisation der Betriebszentralen aus den oberwähnten Gründen erst in den letzten Wochen der Räterepublik ernstlich in Angriff genommen wurde. Es scheint uns aber, daß beide Organisationen nötig sind, jedoch mit scharf getrenntem Wirkungskreis. Die Betriebszentrale hat die Produktion der ihr zugehörenden Betriebe zu leiten. Die Materialämter haben mit den einzelnen Betrieben nichts zu schaffen. Dagegen verfügen sie über alle Vorräte an Gütern, bestimmen, was im Inland produziert, was vom Ausland eingeführt, eventuell dorthin ausgeführt werden soll. Die Betriebszentrale kann sich, der Verteilungsaufgaben entbunden, ganz der Hebung der Produktion widmen, das Materialamt ganz der großen Aufgabe der richtigen Verteilung. Die Leitung der Betriebszentralen erfordert in erster Linie technisch gebildete Fachorgane. Diejenige der Materialämter ist eine vorwiegend statistisch-wirtschaftspolitische. Auch technische Gründe sprechen für eine Teilung der Funktionen. Es gibt Fälle, wo sich Produktion und Verteilung auch qualitativ schlecht decken. Hüttenwerke produzieren zum Beispiel Thomas-Schlacke, deren Verteilung bei der Eisen-Betriebszentrale keinesfalls am richtigen Platz wäre. Es gehört zum Chemikalien-, eventuell zu einem besonderen Kunstdüngeramt. Die Vereinigung der Betriebszentrale mit dem Verteilungsamt ergibt Mammutämter mit einer riesigen Bürokratie, wie dies in Ungarn bei dem Holzamt der Fall war. Alle diese Ueberlegungen legen es nahe, daß es zweckmäßig sei, beide Organisationsformen mit streng gesondertem Wirkungskreis aufzustellen. In einer späteren Periode, wenn der Materialienmangel bereits behoben sein wird und eine momentan überflüssige Zuteilung nicht notwendigerweise Materialmangel und Stillstand anderwärts bedeuten wird, können die Materialämter aufgelassen werden. Die Verteilung können dann nach den von dem Statistischen Amt gegebenen allgemeinen Weisungen die Betriebszentralen besorgen.

*

Der überaus wichtige Problemenkreis der Menschenwirtschaft wurde während der ungarischen Räteherrschaft nur in den allgemeinsten Umrissen bearbeitet. Die

Grundlage der Menschenwirtschaft ist in jeder proletarischen Diktatur die allgemeine Arbeitspflicht. Dies wurde auch prinzipiell für jeden gesunden Menschen ausgesprochen. Aber erst im letzten Monat der Räterepublik wurde eine Sektion des Obersten Wirtschaftsrates zur praktischen Durchführung dieses Prinzips eingesetzt. Diese Sektion hatte zur Aufgabe:

1. Die Aufnahme und ständige Evidenzhaltung aller Arbeitskräfte im Lande. Zu diesem Zwecke wurde die Einführung einer für jeden Arbeitsfähigen obligatorischen Arbeiterkarte geplant. Diese Karte hätte außer den Personalien den Ausweis über die Arbeitsstätte, wo der Inhaber der Karte arbeitet, oder über die Arbeitslosigkeit enthalten. Die erste Aufnahme sollte mit einer allgemeinen ärztlichen Ueberprüfung der Arbeitsfähigkeit verbunden werden. Die Evidenzhaltung sollte durch die Arbeiter-Krankenkassen geschehen, welche auch mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung betraut werden sollten. Es sollte hiedurch vermieden werden, daß dieselbe Person Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld zugleich beziehe. Die Arbeiterkarte hätte zugleich als personale Legitimation, als Kranken- oder Arbeitslosenausweis gedient.

2. Die Arbeitsvermittlung. Aber nicht in der mechanistischen Weise wie im Kapitalismus, wo die Arbeitslosen zu den offenen Stellen gewiesen werden, wenn solche überhaupt vorhanden sind, sondern im Sinne der Schaffung produktiver Arbeit. In einer proletarischen Volkswirtschaft gelten diesbezüglich ganz andere Gesetze als im Kapitalismus. Der vom Prinzip der Rentabilität geleitete Kapitalist stellt Arbeiter nur an, wenn sich die Möglichkeit der Mehrwertproduktion bietet. Für den Proletarierstaat ist der Gesichtspunkt maßgebend, daß womöglich alle arbeitsfähigen Bürger produktive Arbeit verrichten, selbst wenn das Produkt ihrer Arbeit den Wert des Arbeitslohnes nicht erreicht. Eine derartige Arbeit ist im kapitalistischen Sinne verlustbringend. Für den Proletarierstaat ist auch eine derartige Arbeit von Nutzen, da dieser ja alle Arbeiter ohnedies erhalten muß. Es ist daher wünschenswert, alle Arbeitsfähigen zu beschäftigen, selbst bei geringer Ergiebigkeit der Arbeit. Freilich ist bei dem allgemeinen Mangel an Rohstoffen und Arbeitsmitteln die Schaffung von Arbeitsgelegenheit nicht leicht. Immerhin ist die Agrikultur und alles, was mit ihr zusammenhängt: Wasserregulierungen, Bodenmeliorationen, wie auch der Bau von Wegen, Kanälen, Wasserwerken u. s. w., mit wenig Material durchführbar und kann große Menschenmengen produktiv aufnehmen, vorausgesetzt, daß die schon erwähnten Beherbergungsschwierigkeiten überwunden werden können. Bei dem Aufbau der proletarischen Wirtschaft fällt daher der Sektion des Obersten Wirtschaftsrates die wichtigste, freilich auch die

schwierigste Rolle zu. Die Diktatur muß an diesem Punkt besonders straff gehandhabt werden, soll die vom Proletariat geforderte Erhöhung der Lebenshaltung in absehbarer Zeit erfolgen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dies nur durch völlige Umschaltung des im Kapitalismus und auf Grundlage der kapitalistischen Einkommenverteilung entstandenen Beschäftigungsaufbaues der Nation erfolgen kann. Die Arbeiter der Luxusindustrie müssen zur Produktion von Massenartikeln; die Beamten, welche bisher mit der Bewachung und Verwaltung des Privateigentums im weitesten Sinne betraut waren, wie auch die Bourgeoisie selbst, müssen zur produktiven Arbeit angehalten werden. Bei den Angehörigen der Bourgeoisie ist der Zwang auch deshalb wichtig, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, durch Schleichhandel und Schiebertum den Aufbau des proletarischen Verteilungsapparates zu erschweren. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die Arbeiter jede Art von Arbeit leisten müssen, wozu sie physisch überhaupt fähig sind, ohne Rücksicht auf ihre Fachbildung. Alle gewerkschaftlichen Schranken müssen rücksichtslos geopfert werden! Das Umlernen ganzer Beschäftigungsschichten zu einer neuen Betätigung ist ein schmerzlicher Prozeß, muß aber durchgeführt werden, soll eine Erhöhung der Lebenshaltung überhaupt möglich sein. In Ungarn wurde vorläufig nur die weitere Ausbildung in jenen Beschäftigungszweigen eingestellt, welche in der neuen Gesellschaftsordnung ganz oder teilweise überflüssig wurden. Es wurde daher die weitere Ausbildung von Juristen und Privatbeamten eingestellt, die Aufnahme von Lehrlingen in den Luxusindustrien, in den Kaffeehäusern verboten und den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in diesen Beschäftigungszweigen gestattet, den Lehrlingskontrakt auch gegen den Willen des Meisters zu lösen [22]).

Bei der Umschichtung der einzelnen Beschäftigungsschichten entstehen sehr schwere Probleme. Den in einem Beschäftigungszweig überflüssig gewordenen Arbeitern muß natürlich eine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Ist dieselbe hoch, so schadet dies der Ergiebigkeit der Gesamtproduktion, da die Arbeiter wegen der geringen Differenz zwischen Arbeitslohn und Arbeitslosenunterstützung nicht geneigt sind, die schwere Bürde der Arbeit auf sich zu nehmen, um so weniger, wenn sie bei den im Anfang ungeklärten Verhältnissen die Aussicht haben, durch Gelegenheitsarbeit, Lebensmittelschmuggel, Straßenhandel u. s. w. diese Differenz reichlich einzubringen. Aehnlich bei hohem Krankengeld. Wird hingegen die Arbeitslosenunterstützung niedrig bemessen, so sträuben sich die Arbeiter sehr stark gegen jede Still-

[22]) Das Verbot bezog sich auf folgende Berufe: Goldarbeiter, Konditoren, Köche, Kaffeehaus- und Hotelangestellte, Vergolder und Tapetenarbeiter, Schildermaler, Hutmacher, Buchbinder, Rasierer, Handelsangestellte, Privatbeamte, Bankbeamte. Die weitere Ausbildung von Advokaten, Berufsoffizieren wurde sistiert.

setzung unergiebiger Betriebe, gegen jede Konzentration der Produktion, weil sie hiedurch „unverschuldet" arbeitslos werden. Noch schwieriger ist diese Frage bei den arbeitslos werdenden Beamten und Angestellten zu lösen. Wir behandeln die Beamtenfrage in einem besonderen Kapitel. Es ist kaum an eine andere Lösung zu denken, als eine nicht allzu niedrige Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit einer scharfen systematischen Kontrolle, deren Endorgane die lokalen Sowjets sein müßten. In Ungarn wurde die Frage nicht bis zur Lösung getrieben. Die Behandlung war eine ungemein laxe. Arbeitslos gewordene Beamte und Arbeiter blieben vorläufig zumeist mit voller Bezahlung bei ihren Betrieben angestellt; ein Zustand, der sehr demoralisierend wirkte. Der Opportunismus der Gewerkschaftsführer, besonders jener der großen Angestelltenverbände, verhinderte ein schärferes Vorgehen. Auch war die organisatorische Vorarbeit nicht fertig. Endlich wäre die Ueberführung in produktive Erwerbszweige in den meisten Fällen mit der Versetzung aus den Städten auf das flache Land verbunden gewesen, da nur am Lande produktive Arbeit mit geringem Materialverbrauch geleistet werden kann, dieser Umzug der Arbeitskräfte aber durch den Wohnungsmangel ungemein erschwert wurde. Wir sehen: von der Deklarierung der Arbeitspflicht bis zur wirklich organisierten Durchführung derselben ist es ein weiter Weg!

3. Die Bestimmung der Arbeitslöhne.

4. Die Schaffung und Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin. Da beide Fragen am engsten mit dem Problem der Intensität zusammenhängen, behandeln wir dieselben im nächsten Kapitel.

5. Zur Menschenwirtschaft im weiteren Sinne gehören: die Erziehung in der Schule, die wirtschaftliche Berufswahl und Arbeitszuweisung, die Schonung der Arbeiter durch weitgehende Hygiene der Arbeitsstätten und des Arbeitsprozesses u. s. w. Diese Aufgaben können erst in einer späteren Entwicklungsperiode gelöst werden.

Wir wollen nunmehr kurz die Organisation des Obersten Wirtschaftsrates, welcher die gesamte Wirtschaft des proletarischen Staates aufbauen und leiten sollte, beschreiben.

Bei der Einsetzung der Volkskommissäre traten dieselben vorerst an die Stelle der Minister; die alten wirtschaftlichen Ministerien für Ackerbau, Finanzen, Handel und Volksernährung funktionierten unter der Oberleitung der Volkskommissäre vorläufig mit dem alten Beamtenapparat weiter. Die exponiert-reaktionären Oberbeamten wurden außer Dienst gestellt oder entlassen, der Beamtenstab durch intelligente Proletarier und dem proletarischen Staate ergebenen Intellektuellen aufgefrischt. Die Zahl der Volkskommissariate wurde sogleich mit dem Kommis-

sariat für „Soziale Produktion" und in einem etwas späteren Zeitpunkte mit jenem für „Wirtschaftliche Organisation und Kontrolle" vermehrt. Die einzelnen Kommissariate funktionierten nach Art der alten Ministerien selbständig und isoliert. Alle Verordnungsvorschläge wurden vor den Regierungsrat gebracht. Dies hatte zwei Unannehmlichkeiten zur Folge: Es bestand kein genügendes Zusammenwirken zwischen den einzelnen wirtschaftlichen Kommissariaten; und die Zeit des ganzen Regierungsrates wurde durch Kleinigkeiten zu stark in Anspruch genommen.

Auf dem Sowjetkongreß wurde daher die Institution des Obersten Wirtschaftsrates geschaffen. Die Selbständigkeit der einzelnen wirtschaftlichen Kommissariate wurde aufgehoben, sie funktionierten nur mehr als Sektionen des Obersten Wirtschaftsrates, ihre Leiter waren keine Volkskommissäre, sie konnten keine Verordnungen selbständig erlassen, sondern nur durch den Obersten Wirtschaftsrat. Der Oberste Wirtschaftsrat selbst brachte nur mehr die politischen oder prinzipiell wichtigen Fragen und Entwürfe vor den Rat der Volkskommissäre; alles andere wurde im eigenen Wirkungskreis erledigt.

Die Organisation des Obersten Wirtschaftsrates war die folgende:

1. Das Präsidium desselben bestand aus vier Volkskommissären, welche zugleich jeder eine Sektion des Obersten Volkswirtschaftsrates, als höchste Beamte leiteten. Den Sitzungen des Präsidiums wurden auch die Leiter der anderen Sektionen zugezogen. Dem Präsidium oblag es, die Volkskommissariate zu leiten, alle wirtschaftlichen Verordnungen vorzubereiten und nach der Beratung im Ausschuß zu erlassen, den planmäßigen Umbau der Wirtschaft durchzuführen.

2. Der Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates, der eigentliche Wirtschaftsrat, bestand in erster Linie aus den Vertretern der wirtschaftlich wichtigen Gewerkschaften, ferner aus den Vertretern der lokalen Wirtschaftsräte, über deren Organisation wir unten berichten, den Vertretern der Konsumvereine, der Zentrale der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Materialämter. Es war dies eine Körperschaft von zirka 80 Mitgliedern. Die Leiter der einzelnen Sektionen des Obersten Wirtschaftsrates waren ebenfalls Mitglieder des Ausschusses. Als Teilnehmer ohne Stimmrecht waren die Leiter der Revisorengruppen zugelassen. Alle wichtigen Verordnungen, besonders jene, welche mit der Organisation der Produktion, der Arbeitsdisziplin, den Lohn- und Verpflegsfragen zusammenhängen, wurden dem Rate vorgelegt. Diese Körperschaft funktionierte sehr gut; die Beratungen waren ernst und sachgemäß. Zum Studium einzelner Fragen wurden regelmäßig Subkomitees entsendet, die sich, wenn nötig, durch Sachverständige ergänzten und das Ergebnis ihrer Arbeit dem Rate

schriftlich vorlegten. Die Gewerkschaften waren durch ihre besten Führer vertreten, und der Funktionswandel der Gewerkschaften, aus Kampforganisationen gegen das Kapital zu aufbauenden Organen der proletarischen Produktion, machte sich bereits geltend.

2a. Der Landwirtschaftliche Rat. Die große Wichtigkeit, welche die Landwirtschaft in dem stark agrarischen Ungarn hatte, machte es wünschenswert, für die agrarischen Fragen einen besonderen zentralen Rat zu bilden. Dieser bestand aus beiläufig 40 Mitgliedern, welche sich aus den Vertretern der Landarbeiter und jener industriellen Gewerkschaften, welche mit der Landwirtschaft eng zusammenhängen; aus Vertretern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Konsumvereine und aus agrarischen Fachleuten zusammensetzten. Derselbe wurde erst gegen Ende der Räterepublik gebildet, so daß über sein Wirken keine Erfahrungen vorliegen.

2b. Der Oberste technische Rat. Zur Lösung der rein technischen Probleme müssen die besten Techniker des Landes herangezogen werden. Da sich unter diesen nicht viele politisch verläßliche Männer finden, ist das kollegiale System anzuwenden. In Ungarn wurde aus den besten Ingenieuren, Professoren der technischen Hochschulen und einigen Vertretern der Gewerkschaften ein aus 60 Mitgliedern bestehender Technischer Rat gebildet, welcher sich nach Industriegruppen in Sektionen teilte. Die Aufgabe dieses Rates war, in aktuellen produktionstechnischen Fragen Lösungsvorschläge zu machen, über die Einführung von technischen Neuerungen, über Normalisierung, Typisierung und Spezialisierung der Produktion, über die technischen Grundlagen der Materialwirtschaft sowie über staatliche Investitionen Vorschläge zu machen. Die Mitglieder des Technischen Rates beziehen, im Gegensatz zu den Mitgliedern der übrigen Räte, ein Honorar von 1000 K monatlich. Für spezielle Leistungen waren besondere Honorare vorgesehen. Diese Sonderbehandlung des Technischen Rates hatte ihren Grund in der bürgerlichen Gesinnung der teilnehmenden technischen Spezialisten. Der Technische Rat wurde in Ungarn ebenfalls erst gegen Ende der Räterepublik errichtet, so daß über seine Wirksamkeit wenig berichtet werden kann. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Einrichtung zweckmäßig und — im Falle keine systematische Sabotage geübt wird, was durch entsprechende gute Bezahlung der Leistungen verhindert werden kann — diese Institution für die Hebung der Ergiebigkeit der Arbeit von großem Nutzen sein kann.

3. Die lokalen Wirtschaftsräte. In den einzelnen Provinzzentren wurden lokale Wirtschaftsräte gebildet, bestehend aus den Delegierten des lokalen politischen Rates, der Gewerkschaften, den Vertretern der großen Betriebe und der Konsumentenorganisationen. Der lokale Wirtschaftsrat wirkte neben den oben erwähnten Wirtschaftsämtern, sendete seine Vertreter in den Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates, leitete die lokale Gemeinwirtschaft und konnte Vorschläge in allen Fragen an den Obersten Wirtschaftsrat machen.

*

Der Hauptfehler aller zentralen Organisationen war der Mangel an entsprechenden Beamten, welche die Sachkenntnis mit der Ergebenheit an die neue Gesellschaftsform vereinigt hätten. Die besten Fachmänner und Organisatoren waren natürlich im Lager der Bourgeoisie und stellten sich nur ausnahmsweise ehrlich in den Dienst des neuen Regimes. Die Funktionäre der Gewerkschaften, die zumindest die Grundtatsachen des betreffenden Produktionszweiges, Größe der Betriebe, technische Einrichtung u. s. w. kannten, waren der Diktatur im allgemeinen abhold und blieben lieber Gewerkschaftsbeamte, als daß sie ihre Kräfte dem Aufbau der proletarischen Wirtschaft gewidmet hätten. Leiter und leitende Beamte der zentralen Wirtschaftsorganisationen waren daher entweder Fachleute mit bürgerlicher Gesinnung oder Arbeiter mit sehr geringer Fachbildung, in vielen Fällen begeisterte junge Intellektuelle, die keine Fachkenntnisse besaßen: aber in der Zeit der ersten Organisierung, welche durch den unverhofft eingetretenen Umschwung überstürzt durchgeführt werden mußte, mußten eben jene Leute genommen werden, die hiezu Lust und Ambition hatten. Es bedarf eines langsamen Ausleseprozesses, bis auf jeden Platz die richtigen Männer gefunden werden können.

Vergleichen wir die ungarische Organisation und den ganzen Gang des Aufbaues der proletarischen Wirtschaft mit jenem in Rußland, so finden wir, daß die Umwandlung und der organisatorische Umbau in Ungarn rascher und energischer vor sich ging als in Rußland. Alle die zur Enteignung nötige Größe besitzenden Betriebe wurden mit einem Schlage enteignet, während die Enteignung in Rußland noch heute nicht ganz vollzogen ist. Die ungarische Organisation war zentralistischer, bürokratischer, ließ den Arbeitermassen selbst einen geringeren Anteil am Aufbau der Wirtschaft als in Rußland. Diese Unterschiede liegen in der Verschiedenheit der Verhältnisse. Ungarn ist im Vergleich zu Rußland ein winziges Ländchen, an Einwohnern der zehnte, an Ausdehnung vielleicht der hundertste Teil. Daher konnte vieles zentral organisiert werden, was bei der riesigen Ausdehnung Rußlands dezentralisiert werden muß. Die geringe Ausdehnung des Landes und der Umstand, daß die Diktatur ohne vorhergehende Revolution und ohne Bürgerkrieg zustande kam, ermöglichte es, die Umwandlung mit einem

Schlage durchzuführen. Der Umstand endlich, daß die Beamten und Techniker nicht offen sabotierten, sondern sich vom ersten Moment willig in den Dienst stellten; daß es unter ihnen viele überzeugte Anhänger des Kommunismus gab; der Umstand ferner, daß es keine gut organisierte kommunistische Partei im Lande gab, welche in den Arbeitermassen den Sinn für die Aufgabe des wirtschaftlichen Umbaues geweckt und aufrechterhalten hätte, bewirkte, daß sich die ganze Organisation bürokratischer gestaltete als in Rußland. Die Organisationsformen des einen Staates lassen sich eben durch einen anderen nicht einfach nachahmen.

---

6. Das Problem der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsintensität.

Jede Art der Klassenherrschaft beruht auf der Ueberzeugung der beherrschten Klassen, daß es ihnen unmöglich sei, ihre Lage zu ändern. Wird diese Ueberzeugung wankend, erfolgen revolutionäre Ausbrüche. Da aber bei jeder Klassenherrschaft die Zucht der Arbeitenden in der Produktion mit den Mitteln der Klassenherrschaft ausgeübt wird, bedeutet jede Revolution eine tiefgehende Lockerung der Arbeitsdisziplin. Auch eine bürgerlich-politische Revolution, welche bloß eine neue Schicht der herrschenden Klasse gewaltsam an Stelle der bisherigen an die Macht bringt, erschüttert den Autoritätsglauben der Massen und hiedurch die Arbeitsdisziplin. Wir beobachteten dies in allen Ländern nach der Oktoberrevolution. In Ungarn zum Beispiel brachte bereits diese Revolution eine vollständige Auflösung der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, ähnlich wie in Rußland unter dem Kerenski-Regime. In den Fabriken bildeten sich Betriebsräte, welche die Löhne eigenmächtig festsetzten, die mißliebigen Direktoren eigenmächtig aus den Betrieben entfernten, einzelne Betriebe „sozialisierten", das heißt für das Eigentum der Arbeiter des Betriebes erklärten. Der Kapitalismus stand diesem Treiben absolut ratlos gegenüber, weil er eben keine bewaffnete Macht zur Ausübung der Klassenherrschaft und der Klassendisziplin hatte. Die Arbeitsleistung verringerte sich von Tag zu Tag, die ganze Produktion ging unaufhaltsam zugrunde. Dieser Zustand war es, welcher einige volkswirtschaftlich gebildete ungarische Sozialdemokraten, unter ihnen den Verfasser dieser Zeilen, zu der Ueberzeugung brachten, daß nur die Diktatur des Proletariats die Wiederherstellung der Produktion möglich mache. Es war offenkundig, daß eine Wiederherstellung geregelter Produktionsverhältnisse nur durch eine proletarische oder Bourgeoisdiktatur möglich war. Auf kapitalistischer Grundlage konnte die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin nur durch brutale Waffen-

gewalt, wie es in Deutschland geschah, versucht werden. Die Wahl war unter diesen Umständen nicht schwer, da auch der Kapitalismus der siegreichen Länder die unverkennbaren Symptome eines Verfalles zeigte und das Beispiel Rußlands die Möglichkeit der rein proletarischen Regierungsmacht und Erneuerung der Produktion auf sozialistischer Grundlage bewies.

Vorerst brachte aber die proletarische Revolution sowohl in Rußland als auch in Ungarn eine weitere Desorganisation der Arbeitsdisziplin, ein weiteres Sinken der Arbeitsleistung. Jene Arbeiter, welche alle Fesseln der politischen Klassenherrschaft zertrümmert hatten, wollten sich vorläufig auch der Arbeitsdisziplin nicht länger fügen. Es ist dies psychologisch leicht verständlich. Die alten Mittel der gewaltsamen Zucht der arbeitenden Massen, die Mittel der Klassendisziplin: Bestrafung, Entlassung, schwarze Listen, Aussperrung, das Drohen mit der Hungerpeitsche und das Anwenden von Maschinengewehren im Falle einer proletarischen Massenaktion, verlieren jeden Sinn, sobald die Arbeiter selbst die Betriebe verwalten, Regierung und bewaffnete Macht in ihren Händen ist. Es entsteht die schwere Aufgabe, eine neuartige, den geänderten sozialen Machtverhältnissen angepaßte freie Arbeitsdisziplin zu schaffen, ohne welche die von uns im zweiten Kapitel ausgeführte, theoretisch mögliche Erhöhung der Arbeitsintensität und der Arbeitsergiebigkeit nicht geleistet werden kann.

Es mußte aber vorerst noch eine tiefgehende Krise durchgemacht werden. Eine der stärksten Stützen der Arbeitsintensität im Kapitalismus, das Stücklohnsystem, welches allenfalls eine gewisse tägliche Mindestleistung sicherte, mußte aufgegeben werden. Die Abschaffung der Akkordarbeit und die Einführung des reinen Zeitlohnes war eine althergebrachte, bereits ideologisch verknöcherte, im Kapitalismus begründete Forderung der Arbeiterschaft. Die remanente Kraft der Ideologie brachte es mit sich, daß diese Forderung auch gegenüber dem, die Gesamtheit der Arbeitenden bildenden proletarischen Staat von den Arbeitern mit allem Nachdruck aufrechterhalten wurde. Der Forderung mußte daher zeitweilig nachgegeben werden. Eine der ersten Verordnungen der ungarischen Räteregierung war die Abschaffung der Akkordlöhne und die Festsetzung einheitlicher Stundenlöhne, wobei die industriellen Arbeiter bloß in drei Lohnklassen: in ungelernte, angelernte und gelernte Arbeiter geteilt wurden. Entsprechend dem Prinzip der möglichsten Nivellierung der Einkommen wurden die bisherigen Löhne der ungelernten Arbeiter stark erhöht, jene der bestbezahlten gelernten Arbeiter blieben fast unverändert. Der Akkordlohn verblieb nur bei den Bergarbeitern, der Monatslohn bei allen Beamten und Angestellten.

Selbstverständlich wurde auch die andere hergebrachte Forderung der Arbeiter, der Achtstundentag, sogleich eingeführt; der Arbeitstag der Jugendlichen wurde mit sechs Stunden festgesetzt.

Die allgemeine Einführung des Stundenlohnes hatte vor allem im Zusammenhang mit der Lockerung der Arbeitsdisziplin eine neuerliche, weitgehende Herabminderung der Arbeitsleistung und der Ergiebigkeit der Arbeit zur Folge. Die von der Klassendisziplin befreiten Arbeiter zeigten auch im Arbeitsprozeß eine weitgehende Disziplinlosigkeit. Die Arbeitszeit wurde nicht genau eingehalten, den Anordnungen der Werkführer keine Folge geleistet. Die Arbeitsleistung ging stark zurück. Es war dies eine natürliche Folge der habgierigen, egoistischen Gesinnung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter. Die im kapitalistischen Geist befangenen Arbeiter konnten es nicht verstehen, warum ein schwächerer oder langsamerer Arbeiter für seine geringere Arbeitsleistung denselben Lohn empfangen soll, als die besseren Arbeiter für ihre höhere Leistung. Das Ergebnis der allgemeinen Einführung des Zeitlohnes war, daß sich die Arbeitsintensität verminderte, und die Arbeitsleistung die Tendenz zeigte, sich auf die Leistung der schlechtesten Arbeiter zu nivellieren. Dies geschah oft ganz offen. Die Gießereien von drei Budapester landwirtschaftlichen Maschinenfabriken zum Beispiel wurden in einen Betrieb konzentriert. Es ergab sich, daß zwischen der täglichen Arbeitsleistung der Arbeiter zweier Fabriken ein Unterschied bis zu 50 Prozent bestand. Die besseren Arbeiter erklärten nun: entweder sollen alle soviel leisten wie sie, oder sie wollten ihre Leistung auf das Niveau der anderen herabsetzen. Dies kennzeichnet die allgemeine Auffassung der Arbeiter. Die Arbeitsleistung ging daher zu Beginn der Diktatur weiter zurück, in manchen Fällen auf 50 Prozent der früheren Leistung. Auf dem Sowjetkongreß enthüllte ich als Referent, damals Volkskommissär für soziale Produktion, offen und ohne jede Beschönigung, ja sogar etwas übertrieben, alle diese Mängel der neuen Arbeitsorganisation.

Es schien damals angebracht, den Rückgang der Produktion möglichst scharf hervorzuheben, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft und den Willen zu einer Reform anzuregen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß bereits zur Zeit des größten Niederganges sich auch erfreuliche Momente zeigten. Vor allem war das Nachlassen der Arbeitsintensität nicht allgemein. Es gab Fabriken, zum Beispiel die große Munitionsfabrik in Csepel, das Eisenwerk in Diosgyör u. s. w., in denen die Arbeitsleistung nicht zurückging. Und es gab in jeder Fabrik zumindest einige Abteilungen, in welchen unter dem Einfluß besonders klassenbewußter Arbeitergruppen die Arbeitsleistung, trotz des Ueberganges vom Akkordlohn zum Zeitlohn, nicht zurückging, sondern sich sogar in einigen

Fällen erhöhte. Es muß ferner zur Erklärung des Rückganges in der Arbeitsleistung betont werden, daß am 2. Mai, als die Räterepublik das erstemal von den Rumänen bedroht war, aus den größten Fabriken alle gedienten Soldaten einberufen wurden, so daß nur minderwertige Arbeitskräfte und lückenhafte Arbeitergruppen in den Fabriken zurückblieben. Endlich wurde der Mangel an Heizmaterial, an Rohstoffen, an Maschinen und Werkzeugen mit der Fortdauer der Blockade immer größer und machte eine regelrechte Produktion schwierig. Arbeiter, die ständig die Furcht hegen müssen, daß irgendein Material ausgeht und sie hiedurch arbeitslos werden, sind zu einer intensiven Arbeit psychisch unfähig. Wir dürfen daher nicht in den Fehler verfallen, den Rückgang der Produktion zur Zeit der Räterepublik ganz dem Sinken der Arbeitsintensität, das Sinken der Intensität aber ausschließlich der Regierungsform zuzuschreiben, wie es die bürgerlichen Verleumder der Räterepublik tun. Ist es doch offenkundig, daß die Arbeitsleistung im Jahre 1919 in allen Ländern, besonders aber in den im Kriege unterlegenen, unabhängig von der Regierungsform, sehr stark zurückgegangen ist.

Sobald die primitivste Organisationsarbeit geschehen war, begann sofort der Kampf für die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und der Erhöhung der Arbeitsleistung. In unzähligen Artikeln und Reden wurde den Arbeitern klargemacht, daß auch der proletarische Staat auf die Dauer nicht mehr Güter verteilen kann, als produziert werden; daß eine Erhöhung der Lebenshaltung in jeder Staatsform nur durch erhöhte Produktion erreicht werden kann. Diese intensive Agitationsarbeit zeitigte auch ihre Früchte: die Arbeiterschaft selbst begann über Mittel und Wege zur Erhöhung der Arbeitsleistung zu beratschlagen. Die öffentliche Meinung der Arbeiterschaft war bereits eine gute: es gab keinen Arbeiter, der sich öffentlich gegen die Erhöhung erklärt hätte; in jeder Fabrikversammlung wurde über die Art und Weise debattiert. Die Metallarbeiter in vielen Fabriken kehrten spontan zum Akkordlohnsystem zurück. Die Elite der Arbeiterschaft wollte hiedurch die höhere Arbeitsleistung der weniger klassenbewußten Massen erzwingen.

Es muß jedoch hier betont werden, was wir schon im dritten Kapitel ausführten, daß die Erhöhung des Verdienstes durch die Akkordarbeit in der Diktatur für die Arbeiter nicht jene Bedeutung hat als im unverzehrten Kapitalismus, in welchem jedes Geldeinkommen ohneweiters in reale Güter umgesetzt werden kann. Schon in der kapitalistischen Kriegswirtschaft machten die Arbeiter bei den Lohnbewegungen oft geltend, daß ihnen mit einer Geldlohnerhöhung nicht viel gedient sei, da die wichtigen Lebensmittel rationiert und für Geld nicht erhältlich sind. Dieser Umstand verschärfte sich in der Diktatur ungemein. Infolge der Remanenz der Ideologie mußten die Arbeitslöhne, besonders der bisher am schlechtesten bezahlten breiten Schichten der ungelernten Ar-

beiter, stark erhöht werden. Dieser Erhöhung des Geldeinkommens entspricht keine entsprechende Erhöhung der Güterproduktion, da die Produktion im Anfang der Diktatur einen erheblichen Rückgang zeigte. Daher ist der Unterschied zwischen dem Geldeinkommen und dem Einkommen in Gütern ausgedrückt zwischen potenzieller Kaufkraft und den erreichbaren Gütermengen ein sehr großer. Je besser die staatliche Verteilung durchgeführt, je erfolgreicher der Schleichhandel und die Spekulation unterdrückt werden, desto schwieriger wird es, den überdurchschnittlichen Verdienst in Gütern zu realisieren, desto weniger realen Nutzen haben die Arbeiter von der Erhöhung ihres Verdienstes. Da aber Jahre hindurch mit einem ständigen Gütermangel gerechnet werden muß, kann eine Erhöhung des Verdienstes in Geld nur eine beschränkte Wirkung auf die Erhöhung der Arbeitsintensität und der Arbeitsleistung haben. Soll durch materielle Vorteile eine Erhöhung der Intensität der Arbeit und der Produktion erzielt werden, so muß dies in natura geschehen. In Ungarn bestand der Plan, sowohl individuelle als auch kollektive Mehrleistungen der Betriebe durch die außertourliche Zuteilung von Kleidungsstücken oder Luxusgegenständen zu belohnen. Der Plan kam aber nicht mehr zur Ausführung.

Dem ganzen Wesen der Diktatur entspricht es besser, durch ideologische Mittel, durch den Appell an den Gemeinsinn der Arbeiter, durch fortgesetzte Agitation die Schaffung der neuen Arbeitsdisziplin und die Erhöhung der Arbeitsintensität zu erreichen. Die remanente Ideologie der Massen, welche die Arbeiter dazu veranlaßt, dem Staat oder der Kommune als Arbeitgeber gegenüber dieselbe Kampfstellung einzunehmen als früher gegenüber den Kapitalisten, kann nur durch eine zähe, fortgesetzte Aufklärung überwunden werden. Die Ideologie der Arbeiter muß der veränderten ökonomischen Grundlage gemäß umgeformt werden. Dies ist ein ungemein schwerer Prozeß, da die Remanenz der alten Ideologie — wie wir bereits erwähnten — durch die ökonomische Tatsache gestützt wird, daß neben den enteigneten Betrieben hunderttausende Kleinbetriebe in Privateigentum verbleiben und als solche Arbeiter anwenden. Schätzungsweise kann gesagt werden, daß im ersten Jahre der Diktatur noch die Hälfte der gewerblichen Arbeiter bei privaten Arbeitgebern arbeitet. Es ist selbstverständlich, daß mit der Einsetzung der proletarischen Herrschaft die Ausbeutung in den privaten Betrieben auf ein Minimum herabsinkt. Hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, geringe Arbeitsleistung nehmen dem Arbeitgeber den kapitalistischen Profit zum größten Teil. Aber die Form des sozialen Verhältnisses: Ausbeuter und Arbeiter, bleibt unverändert und erhält die althergebrachte und sozial noch immer berechtigte Kampfstellung der Arbeiter. Da weiter-

hin die Gewerkschaften alle Arbeiter eines Berufes, ob in enteigneten oder privaten Betrieben tätig, umfaßt: da der Uebertritt von privaten in enteignete Betriebe und vice versa möglich ist: da die Gewerkschaftsbeamten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaften auch weiterhin als Kampforganisation zu erhalten: ist es eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die ideologische Umwandlung der Arbeiterschaft durchzuführen. Es ist dies ein Grund mehr, eine je weiter gehende und je vollkommenere Entmachtung möglichst rasch durchzuführen.

Störend wirkte auch das ungeklärte Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten in den enteigneten Betrieben. In der kapitalistischen Fabrik ist die Funktion des Beamtenstabes zwiespältig. Außer der technischen Leitung obliegt demselben die Vertretung der Interessen des Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft: die Feststellung der Lohnsätze, die Kontrolle der Arbeitsleistung, die Festhaltung der Disziplin u. s. w. Obwohl der überwiegende Teil der Beamten sowohl ihrem Einkommen als auch ihrer sozialen Stellung nach Lohnarbeiter sind und zu dem Proletariat gehören, besteht bei den manuellen Arbeitern, eben infolge der von den Beamten ausgeführten Funktion der Kontrolle, welche manchmal zu seelenloser Antreiberei ausartet, ein starkes Mißtrauen gegenüber den Beamten. Wir erörtern das Problem der Beamtenschaft in der Diktatur in einem folgenden Kapitel. Hier wollen wir nur feststellen, daß unter den veränderten sozialen Machtverhältnissen die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin unmöglich mit Hilfe jener Beamten erreicht werden konnte, welche diese Funktion bereits früher im Dienste des Kapitals ausgeübt hatten. Dies konnten nur die neugeschaffenen proletarischen Organe: die Betriebsräte und Produktionskommissäre leisten. Zu diesem Behuf mußte vor allem der Wirkungskreis dieser Organe in der Aufrechterhaltung der Disziplin gegenüber den Arbeitern festgestellt werden. Zu diesem Zwecke wurde vom Obersten Wirtschaftsrat eine Art Disziplinarkodex ausgearbeitet. Die wesentlichsten Punkte waren die folgenden:

Macht sich ein Arbeiter eines Disziplinarvergehens schuldig: kommt er zu spät in die Arbeit, unterbricht er dieselbe mutwillig, widersetzt sich den Anordnungen der hiezu Befugten u. s. w., so gelten folgende Bestimmungen:

1. Verweis durch den Betriebsrat.

2. Anschlag seines Namens mit der Bezeichnung des Grundes an die schwarze Tafel der Fabrik.

3. Versetzung an eine andere Arbeitsstelle des Betriebes.

4. Reduzierung seines Verdienstes entsprechend seiner geringeren Arbeitsleistung.

5. Entlassung aus dem Betrieb, eventuell Ausschluß aus allen Betrieben der Gemeinschaft, mit oder ohne Entziehung der Arbeitslosenunterstützung.

6. Ausschluß aus der Gewerkschaft, was die Notwendigkeit eines Berufswechsels nach sich zieht.

Die schweren Strafen der letzten zwei Punkte können durch den Betriebsrat nur mit Einbeziehung der zuständigen Gewerkschaft verhängt werden. Alle Strafen werden der ganzen Arbeiterschaft des Betriebes als warnendes Beispiel kundgegeben.

Um die Arbeitsleistung zu erhöhen, soll in jedem Betrieb eine angemessene, der ehemaligen gleiche Mindestleistung festgestellt werden; jene Arbeiter, welche diese Leistung nicht erreichen, verfallen den obigen Strafen. Für außergewöhnliche Leistungen war eine öffentliche Belobung, eventuell auch eine materielle Belohnung vorgesehen. Das Neue dieses Systems liegt darin, daß der Schwerpunkt in die Benützung der öffentlichen Meinung der Arbeiterschaft des Betriebes zur Disziplinierung des einzelnen verlegt wird. Die Wirksamkeit dieses Systems hängt daher von der moralischen Verfassung der Arbeiter ab. Betriebsrat und Produktionskommissär können nur dort Strenge walten lassen, wo sie die Mehrheit der Arbeiterschaft des Betriebes moralisch beherrschen und in ihrem Streben nach Erhöhung der Arbeitsleistung von ihr unterstützt werden. Ist dies nicht der Fall, so kann der Betriebsrat nichts ausrichten, da er bei strengem Vorgehen abgesetzt und bei der Neuwahl durch gefügigere Leute ersetzt wird. Auch der Produktionskommissär, obwohl nicht absetzbar, wird gegen eine in der großen Mehrzahl demoralisierte Arbeiterschaft nicht aufkommen können. In solchen Fällen heißt es Hilfe von auswärts holen. Das Kommissariat für Arbeitswesen muß eingreifen. Agitatoren kommen in den Betrieb, um den Arbeitern nach Ablauf der täglichen Arbeitszeit in Versammlungen die Notwendigkeit der Disziplin und der intensiven Arbeit zu erklären, die allgemeine Moral der Arbeiterschaft zu erhöhen. Klassenbewußte Arbeiter werden aus anderen Betrieben in den schlecht funktionierenden Betrieb versetzt, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Auf diese Weise ist es möglich, die Arbeitsleistung ohne die Anwendung von Zwangsmitteln langsam auf das Normale zu erhöhen.

Es kann aber vorkommen, daß das Interesse des gesamten Proletariats die Anwendung dieser notwendigerweise sehr langsam wirkenden Methode nicht zuläßt. Die allgemeine Seelenverfassung der Arbeiterschaft einzelner Betriebe oder ganzer Betriebszweige kann so verseucht sein, daß zu Zwangsmaßregeln gegriffen werden muß. Bei einzelnen Betrieben wird der verlotterte Betrieb stillgesetzt, die besseren Arbeiter

in andere Betriebe untergebracht, die schlechteren auf eine Zeit arbeitslos gemacht. Handelt es sich um ganze Betriebszweige, so muß zum Mittel der Personaldiktatur gegriffen werden, wie dies in Rußland bei den Eisenbahnen geschehen ist. Es taucht hiebei die prinzipielle Frage auf, „ob überhaupt die Ernennung von einzelnen Personen — wie Lenin es ausführt — die mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet sind, von Diktatoren, mit den Grundprinzipien der Sowjetmacht vereinbar ist".

Diese Frage wird von Lenin in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" entschieden bejaht. Er sagt dort:

„Wenn wir keine Anarchisten sind, müssen wir die Notwendigkeit des Staates, das heißt des Zwanges für den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, anerkennen. Die Form des Zwanges wird durch den Entwicklungsgrad der gegebenen revolutionären Klasse, durch solche besondere Umstände, wie zum Beispiel die Erbschaft eines langen und reaktionären Krieges, weiterhin durch die Widerstandsform der Bourgeoisie oder des Kleinbürgertums bestimmt. Darum gibt es entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjet (das heißt sozialistischen Demokratismus) und der Anwendung der diktatorischen Macht von einzelnen Personen.... Jede maschinelle Großindustrie, das heißt eben die Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus, erfordert die bedingungslose und strengste Einheit des Willens, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenkte. Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch Unterordnung des Wollens von Tausenden unter den Willen eines einzigen. Diese Unterordnung kann bei idealer Erkenntnis und Diszipliniertheit der an der allgemeinen Arbeit Beteiligten mehr an die linde Leitung eines Orchesterdirigenten erinnern. Sie kann die scharfe Form eines Diktatorentums annehmen — wenn keine ideale Diszipliniertheit und Erkenntnis vorhanden sind. Aber, so oder anders, ist die widerspruchslose Unterordnung unter einen einzigen Willen für den Erfolg von Arbeitsprozessen, die nach dem Typus einer maschinellen Großindustrie organisiert sind, unbedingt notwendig."

Selbstverständlich kann die Anstellung von Leitern mit diktatorischen Befugnissen nicht als endgültige Lösung des Problems betrachtet werden. Eine endgültige Lösung ergibt nur die Anpassung der gesamten Seelenverfassung der Arbeiter an die neue soziale Lage. Diese Umformung der Seelenverfassung ist eine schwere, aber unbedingt nötige Arbeit. Sie war in Ungarn im Gange, und es kann festgestellt werden, daß der Tiefpunkt in der Disziplinlosigkeit und der geringen Arbeitsleistung in Ungarn bereits während der Diktatur überwunden wurde. Zahlenmäßig läßt sich dies leider nicht allgemein feststellen; die Anführung der Daten einzelner Betriebe, wie wir dieselben aus Rußland oft erhalten, können nicht überzeugend wirken. Wir unserseits sind der Ueberzeugung, daß es möglich ist, die Arbeitsdisziplin und eine

entsprechende Arbeitsleistung auch ohne die Hungerpeitsche des kapitalistischen Ausbeuters, durch systematisch angewendeten moralischen Zwang zu erreichen. Je gebildeter das Proletariat eines Landes, je mehr es seelisch auf die Selbstorganisation eingestellt ist, je höher die Bedeutung der öffentlichen Meinung eingeschätzt wird, je tiefer die kommunistische Gesinnung durch eine gute Erziehungsarbeit in die Massen eingedrungen ist, desto leichter wird die neue, freie Disziplin geschaffen werden und wirksam sein. Die englischen Völker mit ihrem Talent für Selbstorganisation und freiwillige Disziplin werden viel leichter die neue Disziplin ausgestalten als Völker, die seit langer Zeit an eine Obrigkeitsregierung gewöhnt sind.

7. Das Problem der Beamtenschaft.

Das Problem der Beamtenschaft hängt mit der Frage der Reife des Proletariats und der Erhöhung der Ergiebigkeit der Produktion auf das engste zusammen. Das Beamtentum bildet im Kapitalismus eine mit großen Vorrechten ausgestattete Schicht von Lohnarbeitern — in der Form der staatlichen und militärischen Bürokratie die eigentliche regierende Kaste, da die moderne Bourgeoisie wohl herrscht, aber keine Zeit zum Regieren hat — welche, als hierarchisch organisierte Klasse, der Herrschaft des Proletariats im allgemeinen feindlich gegenübersteht. Anderseits besteht diese Schicht aus Individuen, die durch Fachbildung und im Dienst erworbene Routine im Gebiet der Produktion und Organisierung, Kenntnisse besitzen, die den Arbeitern fehlen und sich von heute auf morgen auch nicht aneignen lassen. Das Problem besteht also darin: die Macht des Beamtentums als selbständiger organisierter Klasse auszuschalten oder zu brechen, die Dienste der schwer ersetzbaren Fachkräfte aber für die proletarische Volkswirtschaft zu gewinnen, da ein vollständiger Verlust derselben die Organisation der Verwaltung und Rechnungslegung wie auch der Produktion selbst großen Schaden verursachen würden. Wir benützten oben mit Vorbedacht den Ausdruck „für die proletarische Volkswirtschaft zu gewinnen". Gerade bei den wichtigen intellektuellen Funktionen ist eine durch äußeren Zwang erzwungene Leistung fast wertlos. Wir glauben nicht, daß das russische System der Arbeiterkontrolle, welches im Wesen auf einem Zwang beruht, eine wirkliche Lösung ergibt. Denn entweder haben die kontrollierenden Arbeiter genügende Fachkenntnisse, um die Richtigkeit der Anordnungen des Fachbeamten beurteilen zu können, so ist die Anstellung eines derartigen Beamten überflüssig; besitzen die Arbeiter diese Fachkenntnisse nicht, und dies ist in den meisten Fällen im Beginn der Diktatur der Fall, so führt der zu kon-

trollierende Beamte die Kontrollore an der Nase, und die ganze Einrichtung hat nur den einen Nutzen, die Arbeiter langsam in die Sache einzuführen. Man muß daher trachten, die wertvollen intellektuellen Kräfte wirklich zu gewinnen.

Dies wurde dadurch erschwert, daß sich die russische wie auch die ungarische Räteregierung prinzipiell auf den Standpunkt stellte, daß zwischen physischen und geistigen Arbeitern kein Unterschied besteht, daß die Bezahlung und die Arbeitsverhältnisse der Beamten, in Rußland später mit Ausnahme der „Spezialisten", in jeder Beziehung: Lohn, Arbeitszeit, Krankenversorgung u. s. w., jener der physischen Arbeiter gleichgestellt werde. Dies war eine verfrühte Antizipation jenes Zustandes, welcher in der zweiten Generation nach Errichtung der Diktatur entstehen wird, als jeder in der neuen Arbeitsschule sowohl zur manuellen als zur geistigen Arbeit gleicherweise vorgebildet sein muß. In der ersten Periode der Diktatur aber läßt sich diese Frage auf derartige Weise nicht lösen. Wir kommen auf die Frage der Entlohnung später zurück.

Das Beamtentum konnte im Kapitalismus insofern zu dem Proletariat gerechnet werden, als beide Schichten von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Indessen ist die Art und Weise des Verkaufes verschieden und hieraus ergibt sich ein weitgehender Unterschied in der Lebensführung und in der Ideologie. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft von heute auf morgen; er erhält Stundenlohn; das Arbeitsverhältnis kann vom Arbeitgeber zu jedem Zeitpunkt ohne Begründung gekündigt und nach einigen Tagen, höchstens zwei Wochen, aufgehoben werden. Die Beamten erhalten Monats- oder Jahreslohn; sie haben das Recht auf eine Kündigungsfrist bis zu einem Jahre; die staatlichen, kommunalen und ein Teil der Privatbeamten haben eine lebenslängliche Anstellung; sie können nur auf disziplinarischem Wege entlassen werden. Die Stabilität der Anstellung verursacht allein eine weitgehende Verschiedenheit in der sozialen Lage, gibt den Beamten eine konservative Ideologie.

Der Arbeiter erhält Stundenlohn: daher wird ihm jeder Feiertag, jede versäumte halbe Stunde unbarmherzig abgezogen. Der Beamte erhält Monatsgehalt; er erhält die Feiertage bezahlt, versäumte Arbeitsstunden und Tage werden ihm nachgesehen. Wird der Arbeiter krank, so ruht der Lohnbezug während seiner Krankheit; er erhält nur Krankengeld. Wenn der Beamte krank wird, bezieht er seinen Lohn ungekürzt weiter. Der alte, arbeitsunfähige Arbeiter wird auf das Pflaster geworfen, der Beamte pensioniert. Der Arbeiter hat niemals Urlaub, der Beamte erhält jährlich bezahlten Urlaub.

Die verschiedene Behandlung der Arbeiter und Beamten hängt weniger mit dem Unterschied zwischen geistigen und physischen Arbeitern zusammen — die Arbeit vieler manueller Arbeiter erfordert mehr geistige Arbeit und Sachkenntnis als die schab-

lonenmäßige Kontorarbeit — sondern mit der verschiedenen sozialen Funktion dieser Schichten. Die Beamtenschaft ist ein Werkzeug der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der Arbeiter; ein Wall, den die Herrschenden zwischen sich und die Arbeiterklasse einschieben; eine künstlich geschaffene Ausbreitung der schmalen Basis der herrschenden Klasse. Die eigentliche Bürokratie fühlt sich daher auch zur herrschenden Klasse gehörig. Die Spitzen sowohl der staatlichen als der Wirtschaftsbürokratie entstammen wirklich den herrschenden Klassen oder vereinigen sich mit denselben in der Lebenshaltung und durch Verwandtschaftsbeziehungen. Hiedurch entsteht aber in der ganzen Beamtenklasse die Ideologie der Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse, welche durch die Gemeinsamkeit der Gewohnheiten, Bildung, Kleidung u. s. w. verstärkt werden, während dieselben Momente die Beamten von der Arbeiterklasse trennen. Diese Ideologie des Herrentums in der Beamtenschaft wurde erst im letzten Jahrzehnt durch die rapide Herabminderung der Lebenshaltung, verursacht durch die ungeheure Teuerung, erschüttert.

Indessen genügt es für die Klärung des Problems nicht, von einer Beamtenklasse im allgemeinen zu sprechen. Die Beamtenschaft zerfällt vielmehr in eine Reihe von Schichten, von welchen die wichtigsten eine besondere Behandlung erheischen. Es sind dies die folgenden:

1. Das unmittelbar der Gewaltorganisation der herrschenden Klasse angehörende Beamtentum: Berufsoffiziere und Unteroffiziere aller bewaffneten Formationen, Verwaltungs- und Justizbeamte. Diese Schichte ist ideologisch mit der herrschenden Klasse am engsten verbunden, besitzt ein starkes Standesgefühl und die Neigung, eine selbst von der Politik der wirtschaftlich herrschenden Klasse verschiedene, eigene Politik zu treiben. Wir haben in unserem Problemenkreis nichts weiter mit ihm zu schaffen.

2. Das Lehrpersonal aller Stufen: Die am schlechtesten bezahlte, im Kapitalismus geringgeschätzte Schichte des Beamtentums, welches sich am leichtesten dem Proletariat anschließt.

3. Das wirtschaftliche Beamtentum, welches in der Produktion und in der Zirkulation beschäftigt ist. Ein Teil verrichtet unentbehrliche produktive Funktionen: Ingenieure, Chemiker, Techniker, Oekonomen, Organisatoren, Werkführer; ein anderer Teil versieht den notwendigen Verteilungs- und Ueberwachungsdienst; ein dritter Teil ist nur in der Konkurrenz tätig und gehört zu den faux frais des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Natürlich gibt es Uebergangsschichten: Eisenbahn- und Postbeamte, welche teils zur Gewaltorganisation gehören, teils produktive Funktionen verrichten. Eisenbahnarbeiter, Diener u. s. w., die eine lebenslängliche Anstellung besitzen, aber doch Arbeiter sind.

Für die Diktatur des Proletariats bildet die erste und die zweite Gruppe des Beamtentums kein schwieriges Problem. Die erste Gruppe, die Beamtenschaft der Gewaltorganisation des alten Staates, muß auseinandergejagt, ihr organisatorischer Aufbau zerschlagen werden. Erst nach vollständiger Auflösung der alten Gewaltorganisationen können dieselben als einzelne Personen in den Dienst des Proletarierstaates wieder eingestellt werden[38]. Anders steht es mit dem Lehrpersonal; dieses kann durchweg in den Dienst des Proletarierstaates übernommen werden, nur die Spitzen müssen gesäubert und der ganze Geist den neuen Verhältnissen gemäß umgewandelt werden, was bei dieser Schicht auf geringe Schwierigkeiten stößt.

Das eigentliche Problem bildet die in der Produktion und Verteilung tätige Beamtenschaft, welche mit der Arbeiterschaft in unmittelbarer Berührung lebt. Diese Schichte hatte im Kapitalismus eine zwiespaltige Funktion. Sie vertrat den Arbeitern gegenüber in der Gestalt von Betriebsleitern, Kontrolloren, Lohnkalkulatoren, Werkmeistern das anonyme, unsichtbare Kapital. In dieser Funktion waren die Beamten in den Augen der Arbeiter verhaßt. Anderseits übten sie als Organisatoren, Ingenieure, Chemiker, Techniker sehr wichtige produktive Funktionen aus, in welchen sie durch Proletarier sehr schwer zu ersetzen sind. Um eine entsprechende Arbeitsleistung in den Betrieben zu erreichen, ist eine Verständigung zwischen der Arbeiterschaft und dem technischen Beamtenpersonal der Fabriken unbedingt notwendig. Diese Verständigung wird aber durch die eigenartigen Verhältnisse der Diktatur sehr erschwert. Die Arbeiterschaft, welcher in der Diktatur die Funktion der Betriebsleitung zufällt, fordert, daß die prinzipiell ausgesprochene Gleichstellung der Beamten und Arbeiter in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse sogleich in die Tat umgesetzt werde. Also, entweder die Abschaffung der obenerwähnten Vorrechte der Beamten oder Gewährung dieser Rechte an alle Arbeitenden. Hierüber gab es nun während der ungarischen Räteherrschaft eine sich fortwährend steigernde Unstimmigkeit zwischen Beamten und Arbeitern, welche die Produktion in den Fabriken sehr nachteilig beeinflußte. Die Beamten,

[38]) So geschah es in Rußland. In Ungarn, wo die Diktatur nicht als Ergebnis einer Klassenrevolution zustande kam, sondern auf friedlichem Wege, stellte sich die ganze Gewalt-Bürokratie „bereitwillig" in den Dienst der Proletarierregierung. Generale und Staatssekretäre wetteiferten in der Dienstbereitschaft; die Organisationen der öffentlichen Beamten stellten sich sofort auf die Grundlage der Diktatur. Es ist kein Wunder, daß die Zerstörung des alten Gewaltapparats unter solchen Umständen nur ganz oberflächlich durchgeführt wurde. Die überwiegende Mehrzahl der Beamten wurde auf ihrem Posten belassen; ein großer Teil von ihnen trieb eine stille, vorsichtige, aber intensive Sabotage. Der Unterlassung der Auflösung des alten Beamtenapparats ist es zuzuschreiben, daß das reaktionäre Regime in Ungarn in verhältnismäßig kurzer Zeit das alte System wiederherstellen konnte.

unter denen es vor der Diktatur viele begeisterte Anhänger, ja Vorkämpfer des Rätesystems gab, verloren — von der kleinen Schicht der wirklich Ueberzeugten abgesehen — die Freude an der Arbeit, als sie nicht nur die erhoffte führende Stellung in der Produktion und in der Politik selbstverständlich nicht erhielten, sondern selbst ihre bisherigen Vorrechte gefährdet sahen. Die Gewerkschaften der Beamten setzten sich geschlossen für die Aufrechterhaltung des Statusquo ein. Die einzelnen Streitfälle wurden zwar durch gemischte Kommissionen der beteiligten Gewerkschaften schlecht und recht geschlichtet. Es ergab sich aber die zwingende Notwendigkeit, in diesen Fragen prinzipiell Stellung zu nehmen, denn es drohte eine allgemeine Sabotage der produktiven Beamtenschaft. Der Oberste Wirtschaftsrat entsendete eine Kommission zur Prüfung dieser Frage, welche ihre Arbeit jedoch nicht vollendete.

In Rußland waren die Beamten, auch die produktiven, nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geschlossen im gegnerischen Lager und leisteten offenen Widerstand. Sie mußten daher niedergeschlagen werden. Der Widerstreit zwischen Sachkenntnis und sozialer Zuverlässigkeit wurde hier ohne Zögern zugunsten der letzteren entschieden. Trotzky sagt hierüber in einer Rede am 28. März 1918 folgendes[35]):

„Der militärische Widerstand der Bourgeoisie wurde in kürzester Frist gebrochen. Sie wählte dann einen anderen Mechanismus des Widerstandes in der Form von Sabotage des Beamten- und des technischen Personals, aller qualifizierten und halbqualifizierten intellektuellen Kräfte, die in der bürgerlichen Gesellschaft als natürlicher Mechanismus der technischen Leitung und gleichzeitig der Klassenherrschaft und der Klassenregierung dienen.

Alle diese Elemente bäumten sich auf nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ..., indem sie die konstituierende Versammlung aufhoben, brachen die Sowjets der Sabotage der intellektuellen Kräfte das Rückgrat. Der Widerstand aller dieser technischen administrativen Beamtenelemente war überwunden."

Aber dieser Sieg wurde erkauft um den Preis der „Verstärkung der Zerrüttung". Und die Arbeiterklasse allein konnte dieser Zerrüttung nicht Herr werden!

„Das Unglück der Arbeiterklasse liegt darin, daß sie stets in der Lage einer unterdrückten Klasse war. Das spiegelt sich in allem wider, sowohl in dem Niveau ihrer Bildung wie darin, daß sie die Uebung und Gewohnheit in der Verwaltung nicht haben, die die herrschende Klasse besitzt und durch ihre Schulen, Universitäten und dergleichen weiter vererbt. Sie muß daher aus dem zertrümmerten Beamtenapparat alle wertvollen qualifizierten Elemente, die für sie technisch notwendig sind, herausholen, sie an die richtige Stelle setzen ... Jetzt muß der Kampf gegen die Sabotage sich darin äußern, die gestrigen Saboteure in Diener, überall dort in Vollstrecker und Leiter zu verwandeln, wo es das neue Regime erfordert. Wenn wir damit nicht fertig werden, wenn wir alle die Kräfte, die wir benötigen, nicht heranziehen und sie in den Sowjetdienst stellen werden, so würde dadurch unser gestriger Kampf gegen die Sabotage, der militärisch-revolutionäre Kampf, als ein völlig unnützer und fruchtloser gerichtet sein."

Trotzky sieht die Lösung in der Kontrolle durch Arbeiterkollegien und in einer gewissen Selbstbeschränkung der Arbeiter, „die weiß, wo der gewählte Vertreter der Arbeiter ein entscheidendes Wort sagen kann und wo es notwendig ist, dem Techniker, dem Spezialisten, der mit bestimmten Kenntnissen ausgerüstet ist, dem man eine größere Verantwortung auferlegen und der unter wachsame politische Kontrolle genommen werden muß, den Platz einzuräumen."

Das Problem ist hier in seiner ganzen Bedeutung gefaßt, aber eine Lösung ist eigentlich nicht gegeben. Die Schwierigkeiten in der Abgrenzung des Wirkungskreises der technischen Leiter und des Arbeiterbetriebsrates — wir sprachen schon im Kapitel über Organisation davon — sind leicht zu lösen, wenn beiderseits der gute Wille vorhanden ist. Kann man aber die in der habgierig-egoistischen Ideologie befangenen technischen Beamten dazu bewegen, mit voller Arbeitskraft und Eifer zu arbeiten, bei einem auf Arbeiterlohn herabgesetzten Gehalt? Kann man anderseits bei der politisch herrschenden Klasse der manuellen Arbeiterschaft erreichen, daß sie sich den Anordnungen der technischen Beamten in der Produktion fügt und, von der prinzipiellen Gleichheit der Arbeitsbedingungen absehend, ihnen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gewährt? Es muß zur Lösung der Frage eine weitere Unterscheidung gemacht werden. Die Schichte der in der Produktion und Zirkulation beschäftigten Beamten: Bankbeamte, industrielle Beamte, Beamte der Verkehrsanstalten und Handelsangestellte, die man im Gegensatz zu den Staatsbeamten zusammenfassend Privatbeamte zu nennen pflegt, gelten nur infolge der alles zusammenfassenden Gewerkschaftsorganisation als eine einheitliche Schicht. Was ihre Rolle in der Produktion anbelangt, scheidet sie sich scharf in zwei Schichten. 90 Prozent verrichten ganz gewöhnliche Durchschnittsarbeit, welche in kurzer Zeit von jedem Menschen mit gesundem Menschenverstand erlernt werden kann: das Heer der Maschinschreiber, der Buchhalter, der Korrespondenten, der Lagerbeamten, der Verkäufer u. s. w. Die geistige Leistung dieser Schicht überschreitet in keiner Weise jene vieler manueller Arbeiter. Die Schematisierung der Arbeit hat hier in den letzen Jahrzehnten riesige Fortschritte gemacht. Wird doch, wie Woldt irgendwo schreibt, den Korrespondenten in großen

[35]) L. Trotzky: „Arbeit, Disziplin und Ordnung" Verlag: Gesellschaft und Erziehung Berlin 1919 Seite 10 passim.

Unternehmungen nicht einmal so viel Freiheit belassen, selbst zu entscheiden, ob sie einen Brief mit „Achtungsvoll, Hochachtungsvoll" oder einer anderen Höflichkeitsfloskel schließen. Die Höflichkeitsfloskeln werden numeriert und es wird ihnen die Anweisung erteilt, ob sie 1, 2 oder 3 zu benützen haben. Auch das Taylorsystem hat nicht erfolglose Versuche zur weiteren Mechanisierung der Kontorarbeit gemacht. Es besteht also kein Grund dafür, diesen Schichten der Beamtenschaft bessere Arbeitsbedingungen zu gewähren, als jene der gelernten produktiven Arbeiter[35]), um so weniger, als mit dem Aufhören der Hierarchie und der Organisierung der zentralen Wirtschaftsleitung die Kontorarbeit sich noch weiter vereinfacht, typisiert. Es liegt daher kein Grund vor, diesem riesigen Heer von Beamten eine Ausnahmestellung zu gewähren, ihre im Dienste der Klassenherrschaft erworbenen Vorrechte zu schonen. Ihre Arbeitsverhältnisse können daher, was die Arbeitszeit, die Kündigungsfrist u. s. w. anbelangt, ganz ruhig auf jene der Arbeiter herabgesetzt werden. In anderen Beziehungen müßte die Gleichstellung durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen der manuellen Arbeiter hergestellt werden. So wäre ein bezahlter Erholungsurlaub auch allen Arbeitern zu gewähren. Beispiele aus der kapitalistischen Praxis beweisen, daß die Arbeiter durch erhöhte Arbeitsleistung die durch den Urlaub versäumte Zeit einbringen. Von einer Entfremdung oder Sabotage dieser Beamtenschicht steht nicht viel zu befürchten, da sie leicht überwacht und, wenn nötig, durch Arbeiter ersetzt werden können.

Ganz anders steht es um die restlichen 10 Prozent oder noch weniger umfassenden Spezialistenschicht der produktiven Beamtenschaft: den technischen Leitern, Organisatoren, Chemikern u. s. w. Diese können durch Arbeiter nicht ersetzt und in ihrer Tätigkeit durch Arbeiter, wie wir bereits ausführten, schwer überwacht werden. Diese müssen gewonnen werden.

[35]) Marx hat dies schon vor einem halben Jahrhundert festgestellt. „Der eigentliche kommerzielle Arbeiter gehört zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht. Indessen hat der Lohn die Tendenz, zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise. Teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors; daher nur einseitige Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zu produzieren ist und die Kosten dieser Produktion den Kapitalisten zum Teil nichts kosten, sondern das Geschick des Arbeiters sich durch die Funktion selbst entwickelt. Zweitens weil die Vorbildung, Handels- und Sprachkenntnisse u. s. w. mit dem Fortschritt der Wissenschaft und Volksbildung immer rascher, leichter, wohlfeiler reproduziert werden, je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Lehrmethoden u. s. w. auf das Praktische richtet. Die Verallgemeinerung des Volksunterrichtes erlaubt diese Sorte aus Klassen zu rekrutieren, die früher davon ausgeschlossen, an schlechtere Lebensweise gewöhnt waren... Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute: ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt." „Das Kapital." III/1. Seite 284. 3. Auflage.

„Ohne die Anleitung von Fachleuten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik, der Erfahrungen ist der Uebergang (von der Diktatur des Proletariats zum Sozialismus) unmöglich, weil der Sozialismus eine bewußte Massenvorwärtsbewegung zu einer im Vergleich mit dem Kapitalismus höheren Arbeitsproduktivität verlangt. Die Fachleute sind in ihrer Masse unvermeidlich bürgerlich infolge der ganzen Umgebung des öffentlichen Lebens, welches sie zu Fachleuten gemacht hat... Die Masse der Saboteure stellt sich in Dienst, aber die besten Organisatoren und die größten Fachleute können durch den Staat zur Arbeit entweder auf alte Art und Weise, auf bürgerliche Art, das heißt für hohe Bezahlung, herangezogen werden, oder auf neue Weise, auf proletarische Art, das heißt durch Schaffung von Verhältnissen der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle, die unvermeidlich und von selbst die Fachleute einordnen und einstellen würde[36])."

Wir unserseits glauben nicht, daß diese Kräfte auch mit der besten Organisation zu einer vollen Arbeitsleistung gezwungen werden könnten. Indessen war diese Organisation in Rußland auch nicht vorhanden. Lenin führt daher weiter aus:

„Wir müssen jetzt zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen und auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen der größten unter den bürgerlichen Fachleuten eingehen. Es ist klar, daß solch eine Maßnahme ein Kompromiß ist, ein Abrücken von den Prinzipien jeder proletarischen Macht, die eine Gleichstellung der Gehälter mit der Entlohnung eines Durchschnittsarbeiters verlangen... ...ein Schritt nach rückwärts seitens unserer sozialistischen Sowjetstaatsgewalt, die von Anfang eine Politik der Herabsetzung der hohen Gehälter bis zum Verdienst eines Durchschnittsarbeiters angesagt und durchgeführt hatte.",

Im Gegensatz zu Lenin sehen wir in der höheren und hohen Bezahlung der Spezialisten keinen weitgehenderen Bruch mit den Prinzipien der Sowjetmacht, keine weitgehendere Konzession an die dem Kapitalismus angestammte habgierig-egoistische Psyche der jetzigen Generation, als in der Lohnzahlung gemäß der Arbeitsleistung überhaupt. Wenn ein starker, geschickter Arbeiter im Akkordlohn doppelt so viel verdienen darf als ein schwacher, kränklicher Arbeiter, der die Hälfte produziert, ist es nicht einzusehen, warum ein hervorragender Techniker oder Organisator, dessen Arbeit möglicherweise einen hundertfachen Ertrag liefert als jene eines Durchschnittsarbeiters, nicht eine viel höhere Bezahlung erhalten soll. Der Bruch mit den Prinzipien ist in beiden Fällen ganz derselbe.

[36]) Lenin: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht," Berlin 1919. Seite 15.

Die Frage ist jedoch durch die in Rußland nachträglich eingeführte und in Ungarn von Anfang an angewandte Methode der höheren und hohen Bezahlung der Spezialisten nicht gelöst. Erstens muß der gewerkschaftliche Zusammenhang zwischen den Spezialisten und den Durchschnittskontorarbeitern gelöst werden, wenn nötig durch Auflösung der Beamtenorganisation, da sonst alle diplomierten Arbeitskräfte, selbst jene, welche absolut typische Kontorarbeiten verrichten, eine Spezialistenbezahlung fordern, wie dies in Ungarn geschehen ist. Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß für die Spezialisten die Möglichkeit bestehen soll, für ihr hohes Geldgehalt reale Güter kaufen zu können, da sonst der hohe Gehalt illusorisch wird.

Der Erfolg dieses Vorgehens hängt, wie die meisten Probleme der Wirtschaftspolitik, am engsten mit den politischen Erfolgen zusammen. Steht es einmal für die Beamten, und insbesondere für die Spezialisten fest, daß keine Aussicht für die Wiederkehr des kapitalistischen Systems vorhanden sei, so werden sie mit Einsatz aller ihrer Kräfte arbeiten. Denn es wird nunmehr ihr eigenes Interesse sein, daß sich die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zur größten Blüte entfalten. Auch ist das Schaffen das Lebenselement gerade der großzügigen Techniker und Organisatoren. Anderseits wird mit dem rapiden Aufschwung der Volkskultur die Bedeutung des Problems der Beamtenschaft rasch abnehmen. Eine neue Generation wächst heran, erzogen in dem Geiste der reinen Brüderlichkeit, frei von Habsucht und bürgerlichen Vorurteilen, geistige und körperliche Arbeit vollkommen gleichschätzend. Erst in dieser Generation kann das Problem der Beamtenschaft verschwinden.

Aber schon bei Beginn der Diktatur gibt es eine Zahl absolut ergebener, hervorragender Intellektuellen im Dienste des Proletariats. Es bewährte sich die Voraussage des Kommunistischen Manifests:

„In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben."

Stolz können wir feststellen, daß die Blüte der jüngeren Generation der ungarischen Intelligenz Anhänger der Räterepublik war und mit vollem Herzen im Lager des Proletariats stand.

Das Beamtenproblem hat auch eine quantitative Seite. Durch die Organisierung der Gemeinwirtschaft wird zwar die Zahl der im Dienste der Gemeinwirtschaft stehenden Beamten stark vermehrt. Hingegen vermindert sich die Zahl der in den enteigneten Betrieben tätig gewesenen Privatbeamten noch rascher; besonders wenn wir die freiwerdenden selbständigen Zirkulationsagenten hinzurechnen. Es ergibt sich hier eine schwere Aufgabe für die Menschenwirtschaft des Proletarierstaates: aus improduktiven Konsumenten produktive Arbeiter zu bilden. In Ungarn sind wir bloß zur Erkenntnis dieser Aufgabe gelangt. Positives wurde nicht geleistet, weil die Organisation für Menschenwirtschaft erst im Aufbau begriffen war; weil die Gewerkschaften der Beamten einen geschlossenen Widerstand leisteten und weil der rechte Flügel der Regierung, die Sozialdemokraten, die Ansicht verfolgten, daß kein Beamter entlassen werden darf, bevor für eine andere entsprechende Beschäftigung vorgesorgt sei. Es ergab sich hiedurch ein moralisch unhaltbarer Zustand. Zehntausende Angestellte gesperrter Geschäfte, Beamte von Büros, die nicht mehr funktionierten, von Banken, deren Geschäftskreis auf ein Minimum zusammengeschrumpft war, bezogen ohne irgendeine Arbeitsleistung ihren vollen, sogar erhöhten Gehalt, lungerten herum, lehnten jede Teilnahme an irgendeiner Arbeit mit dem Bemerken ab, daß sie ja ihren „Posten" haben; nahmen den Funktionären der Räteregierung die Freude an der Arbeit, da diese für dieselbe Bezahlung schwer arbeiten mußten, während jene herumlungerten. Es ergibt sich als eine wichtige Erkenntnis aus den ungarischen Erfahrungen, daß man nicht einmal für eine Uebergangszeit Beamte, die keine Arbeit haben, im Dienste behalten darf.

Für die produktive Verwendung der im bisherigen Wirkungskreis überflüssig gewordenen Beamten gibt es Gelegenheit genug. Die jüngere kräftige Generation kann ja ohneweiters in die landwirtschaftliche Arbeit überführt werden, wo es für intelligente Arbeitskräfte zur Intensivierung der Arbeit und zur Erhöhung der Ergiebigkeit ein schrankenloses Betätigungsfeld gibt. Auch in einzelnen Industriezweigen findet sich produktive Arbeit. Ein anderer Teil kann durch Ausbildung das Lehrpersonal vermehren, dessen rasche Vermehrung zur Hebung der allgemeinen Volkskultur notwendig ist. Der größte Teil findet bei den staatlichen und kommunalen Verteilungs- und Kontrollorganisationen Verwendung. Aber die Vorbedingung dieser Umschichtung überflüssig gewordener Beamtenschaft in produktive Betätigungskreise ist die sofortige Entlassung jedes überflüssigen Beamten. Geschieht dies nicht, so gibt es nur ausnahmsweise Beamte, die sich aus eigener Einsicht dazu entschließen, ihren improduktiven

Beruf gegen produktive Tätigkeit zu vertauschen[37]). Der Widerstand der Gewerkschaften muß durch intensive Agitation, schlimmstenfalls auch durch Auflösung derselben gebrochen werden.

8. Die Agrarpolitik des proletarischen Staates.

Das schwierigste Problem der proletarischen Diktatur ist die Agrarfrage. Wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich, weil die Versorgung des städtischen Proletariats mit den unentbehrlichen Lebensmitteln von der richtigen Lösung der Agrarfrage abhängig ist; politisch, weil in den agrarischen Ländern Ost- und Mitteleuropas keine Regierung des städtischen Proletariats sich auf die Dauer gegen den einheitlichen Widerstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung halten könnte. Es muß also eine Politik befolgt werden, welche wirtschaftlich die Produktion nicht nur nicht hemmt, sondern womöglich fördert, die Ernährung der Städte sicherstellt und dem Proletarierregime in den Dörfern eine Stütze schafft. Es muß also eine Politik befolgt werden, welche zumindest die landwirtschaftlichen Proletarier und Dorfarmen (Bauern, die nicht mehr produzieren, als sie zum eigenen Unterhalt brauchen, keine Arbeiter verwenden, ja selbst bei Gelegenheit Lohnarbeit verrichten) für die Diktatur des Proletariats gewinnt, die mittleren Schichten der Bauern aber mindestens zur Neutralität im politischen Kampfe bringt.

Im ersten Stadium der Diktatur ist die Ernährung der Armee und der Stadt die dringendste und schwierigste Aufgabe. Die Gründe hiefür haben wir bereits im dritten Kapitel ausgeführt. Im Beginn jeder Diktatur muß daher vor allem danach getrachtet werden, die Kontinuität der Produktion zu sichern. Auch eine Unterbrechung der industriellen Produktion ist von großem Schaden, diejenige der landwirtschaftlichen aber verhängnisvoll. Die landwirtschaftliche Arbeit ist aus natürlichen produktionstechnischen Gründen periodisch: Das in einem Zeitpunkt Versäumte kann innerhalb desselben Wirtschaftsjahres unmöglich mehr nachgeholt werden. Und da die Landwirtschaft die unentbehrlichsten Güter, die Lebensmittel, produziert, muß vor allem für den Fortgang der Produktion gesorgt werden.

Die Notwendigkeit, die Kontinuität der Produktion sicherzustellen, ist auch auf die Modalität der Enteignung des Grund und Bodens von großem Einfluß. Prinzipiell sollte, wie alle Produktionsmittel, auch aller Grundbesitz enteignet werden, obwohl Grundeigentum unter einer gewissen Größe nicht als Mittel der Ausbeutung dient, sondern als naturale Grundlage der Existenz durch produktive Arbeit. Von dieser prinzipiellen Seite der Frage jedoch ganz abgesehen, ist es aus praktischen Gründen selbstverständlich, daß unter eine gewisse Grenze hier ebensowenig gegriffen wird als in der Industrie. Aus politischen Gründen: Millionen eigentumfanatischer Kleinbauern dürfen nicht zu aktiven politischen Gegnern gemacht, in das gegenrevolutionäre Lager getrieben werden. Aus wirtschaftlich-organisatorischen Gründen: Das Proletariat verfügt nicht über die nötige Zahl von klassenbewußten Anhängern, um Millionen landwirtschaftlicher Betriebsleiter auf einen Schlag entbehren zu können. Dies um so weniger, weil jeder Mißgriff die Ernährung der Stadt gefährdet.

Eine prinzipielle Grenze für die Enteignung läßt sich hier ebensowenig angeben wie in der Industrie. Es hängt vor allem von der Verteilung des Grundbesitzes und der darauf basierenden Klassenschichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, wie auch von der Ideologie derselben ab. Je größeren Anteil der Großgrundbesitz an der Gesamtfläche hat, je zahlreicher die absolut besitzlosen Proletarier in der Landwirtschaft sind, je schärfer der Klassengegensatz zwischen Großgrundeigentümern und landwirtschaftlichen Arbeitern entwickelt ist, desto fester kann die Diktatur auf dem Lande fundiert werden, desto tiefer kann bei der Enteignung gegriffen werden. Je gleichmäßiger hingegen der Grundbesitz verteilt ist, je weniger besitzlose wirkliche Proletarier es daher gibt, je geringer der Klassengegensatz infolgedessen entwickelt ist, desto ungünstiger sind die Verhältnisse für eine Proletarierherrschaft, desto vorsichtiger muß daher bei der Enteignung vorgegangen werden. Nebenbei: In der Agrarfrage scheidet sich sozialdemokratischer Revisionismus und revolutionärer Bolschewismus am schärfsten. Ausgedehntes Großgrundeigentum bedeutet in der bürgerlichen, demokratischen Politik feudale Reaktion, agrarische Wirtschaftspolitik, teure Lebensmittel. Daher: Scharfe Klassengegensätze, günstiger Boden für eine proletarische Revolution. Ueberwiegen des kleinbäuerlichen Kleineigentums: Demokratie; geringe Klassengegensätze im Lande, ungünstiger Boden für eine rein proletarische Revolution. Daher sind die Revisionisten für Zerschlagung des Großgrundeigentums, die Kommunisten hingegen für die Erhaltung desselben[38]).

[37]) Während der ungarischen Räterepublik erklärten einmal die Beamten eines im Stadium der Liquidierung befindlichen Finanzinstituts, als die Räumlichkeiten desselben zu einem anderen Zwecke verwendet werden sollten: sie betrachten ihren Schreibtisch als eine Scholle, welche ihren Lebensunterhalt sichern muß. Dies zu einer Zeit, als sie außer dem Reinhalten der Fingernägel kaum irgendeine Arbeit mehr bei dem Schreibtisch zu verrichten hatten!

[38]) Der Umstand, daß die Bolschewiki in Rußland den Bauern freie Hände in der Zerschlagung des Großgrundbesitzes ließen, ändert an dieser prinzipiellen Auffassung nichts. Die russischen Bolschewiki waren in einer politischen Zwangslage: sie konnten die Revolution auf dem Lande bei der ganz überwiegend bäuerlichen Bevölkerung nur auf diese Weise festigen. Sie sind jetzt bemüht, die Reste des Großgrundeigentums in Sowjetwirtschaften zu organisieren und den Großbetrieb auf genossenschaftlicher Grundlage wiederherzustellen.

In Ungarn ist die Verteilung des Grundbesitzes, wie allgemein bekannt, sehr ungleich. Von der als Ackerbau genutzten Fläche entfielen im Jahre 1916 35 Prozent auf Betriebe über 100 Joch (57 Hektar). Von der gesamten Bodenfläche entfiel ein noch größerer Teil auf den Großgrundbesitz. In dem unter der Räteherrschaft stehenden, vom Feinde nicht besetzten Teil Ungarns war dieses Verhältnis noch ungünstiger. Dementsprechend gab es in Ungarn eine nach Millionen zählende, absolut landlose Schicht von landwirtschaftlichen Arbeitern. Von Rumänien und Irland abgesehen, gibt es nirgends eine solche Riesenzahl besitzloser Landarbeiter als in den von Magyaren bewohnten Teilen des alten Ungarns, Landarbeiter, die keinen Fetzen Land ihr Eigen nennen, die nicht einmal Pachtfelder auf eigene Rechnung bebauen, sondern heimatlos, wie die industriellen Arbeiter hin- und hergeworfen, ihr Leben fristen.

Unter diesen Umständen konnte bei der Enteignung des Grund und Bodens energisch vorgegangen werden. Die Verordnung vom 3. April erklärte allen Groß- und Mittelbesitz samt dem ganzen lebenden und toten Inventar und den Forderungen und Bankguthaben ohne Entschädigung für enteignet. Das Minimum, welches von der Enteignung frei blieb, wurde in der Grundverordnung selbst nicht bestimmt. In der Durchführungsverordnung wurde dieselbe auf 100 Joch (57 Hektar) festgesetzt [39]). Hiedurch gelangten mehrere Millionen Hektar des gesamten Grund und Bodens, beiläufig 50 Prozent der Gesamtfläche, 35 bis 40 Prozent des Ackerbodens, juristisch in den Besitz der arbeitenden Klassen.

Die Durchführung der Enteignung geschah in Ungarn in einer der russischen wirtschaftlich weitaus überlegenen Art und Weise. In Rußland wurde der Grundbesitz eigentlich gar nicht enteignet, sondern von den Bauern regellos aufgeteilt, während die Einrichtung geraubt und verschleppt wurde. Es war dies keine Enteignung, sondern eine revolutionäre Aufteilung. Die schädlichen Folgen dieses Verfahrens hat Lenin in seiner Rede „Der Kampf ums Brot" trefflich ausgeführt. In Ungarn vollzog sich die Enteignung des Großgrundbesitzes ohne Aufteilung, ohne daß das Vermögen der Betriebe angetastet worden wäre, ohne Unterbrechung der Produktion.

Es ist dies im geringsten das Verdienst der ungarischen Rätefunktionäre, sondern die Folge der ganz verschiedenen historischen Bedingungen, unter welchen die Enteignung vor

[39]) Es ist selbstverständlich, daß eine Festsetzung auf Grundlage der Ausdehnung des Besitzes den von der Enteignung verschonten Besitz sehr ungleich erfaßt: 100 Joch auf einem fruchtbaren Ackerboden können einen größeren Wert besitzen als 500 Joch schlechten Bodens. Es konnte aber keine andere klare Umschreibung der Minimalgrenze als eine territoriale gefunden werden. Die hiedurch entstandenen Ungerechtigkeiten sollten später systematisch ausgeglichen werden.

sich ging. In Rußland nahmen die Bauern, und zwar unter Führung der Vermögenden, aktiven Anteil an der Revolution. Dieselbe löste daher die Agrarfrage in entsprechender Weise. Die Bauern teilten den Boden auf und verschleppten die Produktionsmittel, wobei nicht die ärmsten, sondern die wohlhabendsten Bauern den größeren Anteil erhielten. In Ungarn gab es keine proletarische Revolution im eigentlichen Sinn des Wortes. Die Macht fiel den Proletariern über Nacht sozusagen legal in die Hände. Auf dem flachen Lande gab es überhaupt nur eine geringfügige revolutionäre Bewegung, aber auch keinen bewaffneten Widerstand. Daher konnte die juristische Enteignung ohne jedes Hindernis vollzogen und der Großbetrieb erhalten werden. In Rußland trachtet man jetzt, den staatlichen Großbetrieb in der Landwirtschaft zu organisieren. Seit Herbst 1918 geht die Sowjetregierung immer mehr zur Erhaltung des Großbetriebes in der Form von Sowjetgütern, Genossenschaftsbetrieben und Agrarkommunen über. Trotz des Widerstandes, den die Bauern entfalten, hat sich diese neue Betriebsform rasch entwickelt. Anfang Februar 1919 gab es schon 1510 Genossenschaftsbetriebe und Agrarkommunen, Ende Juli über 5000. Es soll ihnen über 2 Millionen Desjatinen gehören [40]).

Wir betonen den Ausdruck juristisch, denn es muß offen eingestanden werden, daß die Enteignung in den meisten Fällen nur juristisch vollzogen wurde, sozial aber in vielen Fällen sich so wenig änderte, daß die Landbevölkerung von der Enteignung oft keine klare Kenntnis besaß.

In welcher Weise geschah die Enteignung?

Von dem Bestreben geleitet, die Ernte ja nicht zu gefährden, wurden die bisherigen Gutsbeamten in den meisten Fällen auf ihrem Posten belassen. Sie leiteten die Betriebe wie bisher, nunmehr auf Rechnung des Staates. In vielen Fällen, wo der Eigentümer selbst als Betriebsleiter fungierte, wurde sogar der Eigentümer als leitender Gutsbeamter auf seinem nunmehr enteigneten Gute belassen. Es ist dies dasselbe Verfahren, welches in Rußland bei der Enteignung der industriellen Großbetriebe allgemein angewendet wurde. Während aber in Rußland die Arbeiterbetriebsräte dieser enteigneten Betriebe sofort in Aktion traten und die Arbeiterkontrolle faktisch ausübten, blieb die vorgesehene Konstituierung von Betriebsräten auf den enteigneten ungarischen Großgrundbesitzen zumeist auf dem Papier. Verblieb der bisherige Gutsbesitzer als staatlich angestellter Betriebsleiter auf dem enteigneten Gute, so änderte sich sozial vorläufig gar nichts. Der Gutsbesitzer verblieb in derselben herrschaftlichen Wohnung, fuhr weiter mit demselben Viergespann, ließ sich von den Arbeitern weiter „Gnädiger Herr" anreden. Die ganze Aenderung bestand darin, daß er nicht mehr frank und frei über sein Vermögen verfügen konnte, sondern den Anordnungen der Betriebs-

[40]) „Russische Korrespondenz." 1920. Jänner.

zentrale folgen mußte. Davon bemerkte aber der landwirtschaftliche Arbeiter sehr wenig; für ihn hatte die soziale Revolution nur insofern eine Bedeutung gehabt, als er einen viel höheren Verdienst erhielt als bisher. Alle grundlegenden sozialen Neuerungen wurden auf die für die Kontinuität der Produktion weniger empfindliche Zeit des Herbstes verschoben.

War dieses Verfahren ökonomisch gerechtfertigt, so war es politisch um so gefährlicher, da es die Ausbreitung der sozialen Revolution unter den Landarbeitern verhinderte und den sozialen und ideologischen Anschluß der landwirtschaftlichen Proletarier an die Revolution vertagte: Nur ein geringer Teil der landwirtschaftlichen Proletarier hatte auf diese Art die Bedeutung der Revolution erfaßt und in den Kämpfen der Roten Armee für dieselbe ihr Leben eingesetzt. Freilich wäre eine bis in die Tiefe dringende politische Aufrüttelung der arbeitenden Massen vor der Ernte wirtschaftlich ein sehr gefährliches Unterfangen gewesen. War die industrielle Arbeiterschaft Ungarns bei der Proklamierung der Diktatur nicht „reif" zur Leitung der industriellen Betriebe, so waren es die landwirtschaftlichen Arbeiter erst recht nicht. Ohne jede wirtschaftliche oder soziale Schulung, jeder zweite Mann des Lesens und Schreibens unkundig, überwiegend dem Wunsche, sich Boden als Privateigentum zu erwerben, hinneigend, nicht nur keine Kommunisten, sondern nicht einmal Sozialdemokraten, da die Agitation unter den Landarbeitern vor der Revolution mit allen Machtmitteln des von den Großgrundbesitzern beherrschten Verwaltungsapparates verhindert wurde. Mit diesem rohen, unvorbereiteten Menschenmaterial mußte sehr vorsichtig umgegangen werden, wollte man das ganze Ergebnis des Jahres in der Landwirtschaft nicht gefährden. Die Kontinuität der landwirtschaftlichen Produktion wurde auch erhalten. Freilich um den teuren Preis der Unterlassung der politischen Aufrüttelung weiter Massen des landwirtschaftlichen Proletariats.

Der organisatorische Aufbau der enteigneten Großgüter war auf folgende Art in der Durchführung begriffen:

Aus den einzelnen Gütern wurden Produktivgenossenschaften gebildet. Die Genossenschaften eines Territoriums wurden unter einer gemeinsamen Oberleitung vereinigt. Sämtliche Produktivgenossenschaften wurden in der „Landes-Betriebszentrale der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften" zusammengefaßt, welche unmittelbar unter der Leitung der Sektion für Ackerbau des Obersten Wirtschaftsrates stand. Die Form der Produktivgenossenschaft wurde wegen der sozialen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter gewählt. Hätten wir die Großgüter einfach für Staatseigentum erklärt, wären die Lohnforderungen der Arbeiter uferlos und die Arbeitsintensität minimal gewesen. Auf diese Weise war die Möglichkeit gegeben, für die Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität damit zu agitieren,

daß der Reinertrag des Gutes den Arbeitern selbst gehört. Hiemit wurde auch dem Bestreben der Landarbeiter, Eigenbesitz zu erhalten, in gewisser Weise Genüge getan. Auch politisch schien dies geboten, um die Kraft der gegenrevolutionären Agitationsparole, die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten nur den Herrn gewechselt, statt des „edlen Herrn Grafen" seien sie nur mehr „Diener des städtischen Proletariats", zu brechen. Materiell hatte diese Konzession wenig zu bedeuten, da die Buchführung aller Güter zentral geschah. Es bestand die Absicht, nach genügender vorhergehender Aufklärung die enteigneten Großgüter offen als Staatseigentum, die Arbeiter als Angestellte des Staates zu erklären, ganz wie die industriellen Arbeiter [41]).

Die Betriebsleitung der einzelnen Güter wurde ähnlich organisiert wie jene der Fabriken. Der unmittelbare Leiter der Produktion, dem Produktionskommissär entsprechend, war der nunmehr vom Staate angestellte Gutsbeamte. Mitglieder der Produktivgenossenschaft waren die ständigen Arbeitskräfte: nämlich das Jahresbezüge erhaltende Gesinde und jene freien Arbeiter, die sich verpflichteten, jährlich eine Mindestzahl von Arbeitstagen (120) auf dem Gute zu arbeiten. Aus den Mitgliedern wurde ein Betriebsrat gewählt mit ähnlichen Funktionen wie in den industriellen Großbetrieben. Da aber bei der sehr geringen Bildung der landwirtschaftlichen Arbeiter wie auch infolge ihrer konservativen Ideologie die Autorität des Gutsbeamten eine sehr große ist, hatte im allgemeinen der leitende Gutsbeamte dem, überhaupt nicht überall gewählten Betriebsrat gegenüber ein starkes Uebergewicht. Die landwirtschaftlichen Betriebsräte fungierten daher im allgemeinen nur formell. Die eigentliche Organisationsarbeit sollte erst im Herbst vor sich gehen. Der ruhige Fortgang der für die Ernährung so wichtigen Sommerarbeit in der Landwirtschaft sollte nicht gestört werden. Es zeigten sich aber auch in der Landwirtschaft bereits ähnliche Unstimmigkeiten zwischen den Arbeitern und Gutsbeamten wie in den Fabriken, deren Ausgleichung auch hier große Schwierigkeiten verursacht hätte.

Hingegen hatte bereits die Arbeit begonnen, die enteigneten Großgüter zur Sicherung der Ernährung des städtischen Proletariats zu organisieren, da auf die Lebensmittelablieferung der

[41]) Es bleibt die Frage offen, ob die Ueberfuhrung der Landarbeiter zu Staatsangestellten, ob die Durchführung der Sozialisierung der Großgüter ohne Aufteilung derselben möglich gewesen wäre. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die ungarischen Landarbeiter nach einer gehörig durchgeführten Agitation diese Lösung freiwillig akzeptiert hätten und der keineswegs glänzenden Existenz des isolierten Kleinbauern freiwillig entsagt hätten. Vielleicht wäre es vorteilhafter gewesen, dem Hunger der Dorfarmen nach Land durch eine Zuweisung kleiner Parzellen bis zu einem Hektar teilweise zu stillen. Es hätte dies auch in der Form einer Erbpacht geschehen können.

Bauern nicht stark genug gebaut werden konnte. Es wurde daher alles mögliche angewendet, um die Produktion der enteigneten Großbetriebe zu erhöhen. Die in ungenügender Menge vorhandenen Hilfsstoffe, Kohle, Benzin, Kunstdünger und Produktionsmittel: Maschinen Pflüge, Gerätschaften wurden in erster Linie den enteigneten Großgütern zugewiesen. Es bestand der Plan, die in der Nähe der Hauptstadt und der größeren Städte gelegenen Großgüter in einen weiten Gürtel als sehr intensiv, teilweise gärtnerisch bebaute Betriebe zu organisieren. In der Umgebung von Budapest wurden einige sehr große Gärtnereien auf dem Territorium der früheren Rennbahn bereits im ersten Monat der Diktatur angelegt. Weitere sollten im Herbste folgen. Auf vielen Großgütern wurden mit Benützung der früheren Kriegsmaterialien Feldbahnen angelegt. Die Milchkühe der von der Eisenbahn entfernter gelegenen Güter wurden in den in der Nähe von Eisenbahnstationen gelegenen Milchwirtschaften konzentriert, um die Hauptstadt und die anderen Städte mit Milch versorgen zu können. Die in den Luxusbetrieben und den anderen Gebieten des Wirtschaftslebens frei werdenden Arbeiter und Beamten sollten als Arbeiter auf den enteigneten Gütern angesiedelt werden, um ihnen eine produktive, gesunde Beschäftigung zu bieten und das intellektuelle Niveau und damit die Arbeitsleistung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu heben. In den oberwähnten großen Gemüsegärtnereien arbeiteten tatsächlich Hunderte von gewesenen Beamten und anderen Mitgliedern der früheren Herrenschichte, und zwar fleißig und gut gelaunt. Kurz, es war ein wohl durchdachter Plan in Durchführung begriffen, um den Ertrag der beiläufig 40 bis 50 Prozent der gesamten Bodenfläche betragenden enteigneten Güter in kürzester Zeit soweit zu erhöhen, um zumindest die notdürftige Ernährung der städtischen Bevölkerung sicherzustellen und das ökonomische Lebensmittelmonopol der Bauern zu brechen. Das schwerste Hindernis in der Durchführung dieses Planes waren die kurzsichtigen, der Diktatur feindlich gesinnten, ganz in der ererbten Geisteseinstellung verharrenden Führer der Landarbeitergewerkschaft gewesen, welche die Landarbeiter zu solch maßlosen Forderungen verleiteten, bei deren Gewährung der ganze Rohertrag der Landwirtschaft ihnen zugefallen und der städtischen Bevölkerung überhaupt nichts geblieben wäre. Durch zielbewußte Agitationsarbeit hätte auch diese Schwierigkeit wahrscheinlich überwunden werden können.

Die enteigneten Großgüter wurden vorläufig ohne Ausnahme unter eine staatliche zentrale Bewirtschaftung gestellt. Es wurde aber erwogen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, einzelne Großgüter zu kommunalisieren, um durch die lokale Mitarbeit und Kontrolle den Ertrag zu erhöhen. Auch die industrielle Arbeiterschaft einzelner Großbetriebe machte den Vorschlag, ihnen landwirtschaftliche Großbetriebe zur unmittelbaren Bewirtschaftung zu überlassen; sie wollten nach der beendigten industriellen Arbeit an der Kultur „ihres" Gutes teilnehmen. So bestechend dies auch scheint, verhielten wir uns solchen Vorschlägen gegenüber prinzipiell ablehnend. Bei der allgemeinen Tendenz zum Partikularismus, welche jeder revolutionären Epoche eigen ist, stand zu befürchten, daß durch eine solche Lösung die zentrale Bewirtschaftung der Lebensmittel durchkreuzt werde. In Rußland mit seinen riesigen Entfernungen scheinen die Vorteile des lokalen Interesses an der Erhöhung der Produktion die Nachteile, welche aus der Erschwerung der einheitlichen Lebensmittelversorgung entspringen, zu überwiegen. Ein Artikel Larins in der „Roten Fahne" gegen Ende 1919 sagt folgendes:

„Um die Landwirtschaft den Interessen des Proletariats dienstbar zu machen und zu entwickeln, gibt die Räteregierung große Stücke Landes den Fabriken, Unternehmungen und Gesellschaften zur Organisation der Landwirtschaft, wie auch den Organen der städtischen Verwaltung. Das Dekret des Rates der Volkskommissäre vom 15. Februar 1919 ermutigt noch zu dieser Maßregel. So wird neben den ländlichen Unternehmungen der Kleinbauern, neben Privatunternehmungen oder Unternehmungen kleiner Gruppen, eine sozialistische Landwirtschaft geschaffen auf den Gütern früherer Großgrundbesitzer, nachdem diese Güter nicht in großem Maßstab unter die Bauern aufgeteilt worden waren. Auf diese Weise errichtet man vor den Augen der Bauern ländliche Zentren, welche durch ihr Beispiel die Landleute von dem Vorteil einer ländlichen, genossenschaftlichen und rationellen Organisation überzeugen und sie zur Nachahmung aneifern."

Wir kommen nun damit zu dem speziellen Problem der Bauernschaft, welche ihren Grund und Boden weiter als Privateigentum besitzt. Wir halten den Optimismus Larins — dieselbe Ansicht, welche Kautsky in seiner Agrarfrage vertritt — daß die Bauern durch das Beispiel der staatlichen Großbetriebe zum freiwilligen Aufgeben ihres Privateigentums angeregt würden, für utopistisch. In Rußland, wo unter dem Einfluß der Bodengemeinschaft, dem Mir, sich die Spuren einer dem Kommunismus nahestehenden Geistesverfassung bei den Bauern erhalten haben mag, besteht hiefür vielleicht eine Möglichkeit. In jenen Ländern aber, wo das Privateigentum an Grund und Boden seit langer Zeit besteht, und die habgierig-egoistische Ideologie auch bei dem Bauern voll entwickelt ist, ist an ein freiwilliges Aufgeben des Privateigentums in dieser Generation nicht zu denken. Jedes proletarische Regime muß unseres Erachtens mit dieser Tatsache rechnen.

Was soll also mit den Bauern geschehen?

Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit dem Ernährungsproblem. In Ungarn wurde die Hälfte des Bodens als Großgrundbesitz enteignet, und da auf diese Weise wenigstens die notdürftige Ernährung des industriellen Proletariats sicher-

gestellt schien, konnten wir in der Bauernfrage ökonomisch einen zuwartenden Standpunkt einnehmen. Wir hätten die Aufgabe gehabt, die Bauern durch den Ausbau des Unterrichtwesens zur besseren Bewirtschaftung ihres Bodens zu bewegen, ihre Bedürfnisse zu erhöhen und auf diese Weise der drohenden Rückkehr der Bauern zur geschlossenen Hauswirtschaft vorzubauen. Es sollte versucht werden, den Ueberschuß der Bauern an Lebensmitteln ihnen friedlich im Wege des Kaufes oder des Naturalaustausches abzunehmen. Ein schärferes Einschreiten wäre nur notwendig geworden, wenn die reichen Bauern den Verkauf, beziehungsweise die Ablieferung ihres Lebensmittelüberschusses aus politischen Motiven systematisch verweigerten. In diesem Falle gibt es kein anderes Mittel, als die Enteignung des Grund und Bodens selbst. Requirierungen führen nicht zum Ziele, da sie eine Einschränkung der Produktion nach sich ziehen. Da aber die enteigneten Bauerngüter nur lokal bewirtschaftet werden können, zu einem Großbetrieb infolge ihrer Zersplitterung in kleine Parzellen in den meisten Fällen nicht taugen, müßte eine neue politisch und wirtschaftlich verläßliche, lokale proletarische Organisation zu diesem Behufe geschaffen werden. In Rußland wurde mit den sogenannten Dorfkommunen — die Vereinigung landloser und landarmer Dorfproletarier — der Versuch gemacht, die Lebensmittelablieferung der vermögenden Bauern zu kontrollieren. Auf diesem Gebiet, wie es scheint, mit geringem Erfolg. Aehnlichen Organisationen, aus den Proletariern des Dorfes gebildeten, unter der Kontrolle des lokalen Rates stehenden kleineren Arbeitsgemeinschaften müßten die enteigneten Bauerngüter gegen einen Naturalpachtzins zur kollektiven Bewirtschaftung übergeben werden. Wir denken deswegen an kleine Gemeinschaften, weil die zerstreuten Felder, mit den ebenfalls nur zum Kleinbetrieb geeigneten bäuerlichen Produktionsmitteln, zeitweilig nur in kleinen Betrieben bewirtschaftet werden können.

Um aber dies zu ermöglichen, muß eine schwierige Arbeit geleistet werden: die Dorfproletarier müssen aus der ideologischen Gemeinschaft mit den reichen Bauern herausgerissen, der Klassenkampfgedanke in das Dorf hineingetragen und das Bewußtsein der Solidarität der landwirtschaftlichen Arbeiter mit dem städtischen Proletariat geweckt werden. Eine ungemein schwierige Aufgabe. In Ungarn, wo es im Dorfe selbst eine scharfe Klassenscheidung zwischen den Vollbauern und den sogenannten Kleinhäusiern gibt, wo die Vermögensunterschiede in der Bauernschaft selbst sehr groß sind, mag diese Aufgabe leichter zu lösen sein. In jenen Ländern aber, wo infolge einer gleichmäßigen abgestuften Verteilung des Bodens eine Scheidung zwischen reichen Bauern und Dorfarmen überhaupt undurchführbar ist, scheint

diese Art der Lösung unbrauchbar [42]). In solchen Fällen ist die Frage nur durch die Umgestaltung der ganzen bäuerlichen Ideologie zu lösen. Zu diesem Zwecke ist vor allem die Gewinnung der Lehrerschaft unerläßlich. Auch besteht die Möglichkeit, kommunistische, industrielle Arbeiter, welche noch mit ihrem Heimatsdorf verwachsen sind, dorthin zu versetzen als Agitatoren, Führer des Dorfrates u. s. w. Das proletarische Regime erhielte hiedurch in jedem Dorfe einige verläßliche, beständige Vertrauensleute zur Kontrolle jeder kontrarevolutionären Bauernbewegung, mit deren Vermittlung die ideologische Umwandlung durch die Presse, Flugschriften, Vorträge, Unterricht in Angriff genommen werden kann. Infolge der unausbleiblichen Ernährungsschwierigkeiten in den Städten werden sich zu dieser Aufgabe überall industrielle Arbeiter in genügender Zahl finden. Es ist eine schwierige, langwierige Arbeit, die aber geleistet werden muß, soll der Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land nicht stabilisiert werden!

9. Die Lebensmittelversorgung.

In den ersten Jahren der Diktatur kann das Ernährungsproblem für das Proletariat unmöglich im Sinne einer besseren Ernährung gelöst werden. Wir haben dies bereits im Dritten Kapitel erörtert. Die Diktatur bringt den landwirtschaftlichen Arbeitern eine starke Lohnsteigerung, zum Teil unmittelbar in der Form vermehrter Naturalbezüge; aber auch der gesteigerte Geldlohn läßt sich hier, an der Quelle, leicht in Lebensmittel verwandeln. Alles andere gleichbleibend, würde sich die Versorgung der Stadt durch diesen Umstand erheblich verschlechtern. Von der gleichen Ernte erhalten die Städte einen verringerten Anteil. Was nun die enteigneten unmittelbar unter staatlicher oder kommunaler Verwaltung stehenden Güter anbelangt, so steht deren Ueberschuß der zentralen Lebensmittelbewirtschaftung unmittelbar zur Verfügung, abgesehen von gewissen partikularistischen Widerständen von seiten der lokalen Räte, welche vor allem ihr eigenes Territorium gut zu versorgen trachten.

In Ungarn, wo mit der Enteignung des Großgrundbesitzes 40 bis 50 Prozent des Ackerbodens — und zwar der ertrag-

[42]) Wir denken hier an die klassische Schilderung Marxens im „18. Brumaire des Louis Napoleon":

„Jede einzelne Bauernfamilie genügt beinahe sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmittelmaterial mehr im Austausch mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parzelle, der Bauer und die Familie, daneben eine andere Parzelle, ein anderer Bauer und eine andere Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf und ein Schock Dörfer macht

reichere Teil — in die unmittelbare Verfügung des Staates kam, war die Frage der Lebensmittelversorgung halbwegs gelöst. Man konnte mit einiger Geduld zuwarten, wie sich die Bauern zur Frage der Lebensmittelablieferung stellen werden.

Auch in Rußland wurde getrachtet, das Schwergewicht der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, nach den schlimmen Erfahrungen in den ersten zwei Jahren mit den Bauern, auf die neugeschaffenen staatlichen genossenschaftlichen Dorfkommunen — großer Güter — zu legen. In der „Russischen Korrespondenz" vom Jänner 1920 lesen wir hierüber:

„Wenn die Wirtschaften der Kommunen und Genossenschaften vor allem auf den Sowjetländereien vielfach noch mangelhaft bleiben sollten, durch Mangel an Fachkräften, landwirtschaftlichen Maschinen und Zuchtvieh, so ist dennoch diese Wendung in der Agrarfrage ..., die Errichtung von großen Betrieben ..., sicher ein Fortschritt, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß diese neuen Wirtschaften, nach Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten, eine feste Grundlage für die Ernährung Rußlands bilden werden. Man rechnete in Sowjetkreisen Mitte 1919 damit, daß diese Wirtschaften 100 Millionen Pud Getreide werden liefern können, was ungefähr den Betrag ausmacht, den das Kommissariat für Volksernährung im Jahre 1918 zu liefern imstande war."

Indessen, dieser Lösungsmodus, die Verlegung des Schwergewichtes der landwirtschaftlichen Produktion auf staatliche Großbetriebe, rascher Erhöhung der Produktion auf denselben, hiedurch Abschaffung der Monopolstellung der Bauernschaft in der Lebensmittelversorgung der Städte und in Verbindung hiermit ein halbwegs passives Gewährenlassen der Bauernschaft, kann nicht allgemein angewendet werden. In den meisten Ländern ist die Ackerfläche bis zu 80 bis 90 Prozent in Betrieben bis zu 50 Hektar zersplittert. Die Ernährung des städtischen Proletariats kann daher nur aus den Ueberschüssen der Bauernwirtschaften geschehen. Es muß daher die Art und Weise gefunden werden, die Bauern zur Ablieferung der Lebensmittel zu bewegen. (Zur Produktion braucht man im allgemeinen die Bauern nicht anzuhalten; sie lassen ihre Felder selten unbestellt.) Formell ist hierzu die Einführung, beziehungsweise die Beibehaltung des im Kriege eingeführten Getreidemonopols und anderer staatlicher Monopole der Weg. Jedoch

ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet, durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet." In den sieben Jahrzehnten, die seit der Niederschrift dieser Zeilen verflossen sind, hat sich auch innerhalb der Bauernschaft eine gewisse Differentation vollzogen, auf welche bereits Marx zugleich hingewiesen hat. Aber die Grundauffassung ist auch heute noch für viele Länder gültig.

zeigt die Erfahrung Rußlands und ganz Mitteleuropas, daß das rechtliche Bestehen eines Getreidemonopols und einer Ablieferungspflicht an sich wenig bedeutet. Es hängt ganz vom Ansehen und der Macht der bestehenden Staatsgewalt ab, ob der Bauer Lebensmittel an die Monopolorganisation abliefert oder nicht. Will der Bauer nicht abliefern, so findet er hierzu Wege genug: er verfüttert das Getreide, vergräbt es, bringt es in den Schleichhandel u. s. w. Es läßt sich voraussehen, daß in den meisten Ländern die Bauern dem Proletarierstaate feindlich gesinnt sein[45a] und sich der Ablieferungspflicht entziehen werden. Wir müssen daher die Mittel untersuchen, welche der Diktatur zur Niederringung des Widerstandes der Bauern, zur Sicherung der Lebensmittelversorgung des industriellen Proletariats zur Verfügung stehen. Wir wollen hierbei gedanklich die wirtschaftlichen, politischen und agitatorischen Mittel trennen, betonend, daß in der Praxis dieselben, gleichzeitig angewendet, miteinander in Wechselwirkung stehen! Wir unterscheiden daher:

1. Wirtschaftliche Mittel:
   a) Einkauf gegen Geld,
   b) Naturalaustausch gegen Industrieprodukte.
2. Politische Mittel:
   a) Steuern,
   b) Requirierung,
   c) Enteignung des Eigentums der reichen Bauern.
3. Agitatorische Mittel zur Herstellung der Solidarität zwischen dem städtischen und ländlichen Proletariat.

Wirtschaftliche Mittel.

a) In Ländern, wo sich die Bauern während des Krieges nicht übermäßig bereichert haben, wo sie nicht bereits sehr viel Papiergeld thesauriert haben, wo also der Trieb zur Schatzbildung noch besteht, wäre es für den Proletarierstaat, zumindest in den ersten ein, zwei Jahren der Diktatur, der gangbarste und billigste Weg, den Bauern die Lebensmittel für Papiergeld abzukaufen. Ist dies angängig, so kann man bei der Feststellung des Preises den Forderungen der Bauern entgegenkommen. Die Löhne der Industriearbeiter und auch die Preise der an die

[45a]) Die Feindschaft der Großbauern und aller Schichten der herrschenden Klassen gegen die proletarische Staatsmacht ist unabhängig von der Form derselben: ob Rätesystem, Gewerkschaftenregierung oder parlamentarische Majorität der Arbeiterschaft, bleibt den herrschenden Klassen gleichgültig. Sie setzen jeder Form einen gleichstarken Widerstand entgegen, wenn der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft ernstlich in Angriff genommen wird.

Bauern aus den staatlichen Betrieben gelieferten Güter müssen entsprechend erhöht werden. Für den Proletarierstaat ist dies bloß eine Rechenfrage.

Leider war dieser Weg für die ungarische Räterepublik nicht gangbar. Erstens hatten die Bauern schon während des Krieges so viel Bargeld aufgehäuft, daß der Trieb zur Schatzbildung bereits stark abgestumpft war. Zweitens aber hatten wir das Mißgeschick — wir können es nicht anders nennen — keine technische Einrichtung zur Herstellung der alten, von den Bauern allein angenommenen, sogenannten blauen Noten zu besitzen. Wir kommen auf die Geldfrage im proletarischen Staate noch zurück. Hier sei nur festgestellt, daß für jenes Geld, welches wir zur Verfügung hatten, der Bauer im allgemeinen keine Lebensmittel verkaufen wollte. In Rußland scheint der alte Papierrubel bei den Bauern noch immer zur Schatzbildung zu dienen und daher, wenn auch mit sehr herabgeminderter Kaufkraft, von dem Bauern angenommen zu werden.

b) Außer dem konservativen Geiste, dem Mißtrauen gegen alles Neue, spielte bei der Zurückweisung des Geldes durch die Bauern der Umstand eine wichtige Rolle, daß alle Noten, alte wie neue, im volkswirtschaftlichen Sinne eigentlich kein Geld mehr darstellten, kein allgemeines Aequivalent bildeten, da der Bauer seine Bedürfnisse mit Hilfe des Geldes nicht befriedigen, für die Noten keine Industrieartikel kaufen konnte. Die landwirtschaftlichen Produktionsmittel mußten, aus den im vorhergehenden Kapitel dargelegten Gründen, überwiegend den großen, staatlichen Gütern reserviert werden. Die dem unmittelbaren Konsum dienenden Industrieartikel — Stoffe, Schuhe, Möbel, Glaswaren u. s. w. — nahm in erster Linie das städtische Proletariat selbst in Anspruch. Es paßt auch in keiner Weise in das System der Güterwirtschaft eines proletarischen Staates, wirkliche Güter für an sich wertloses, aus arbeitslosen Einkommen noch vor der Diktatur aufgehäuftes Papiergeld hinzugeben. Nur nach einer radikalen Ausmerzung aller aus dem kapitalistischen Zeitalter stammenden potenzieller Kaufkraft könnte davon die Rede sein, das Geld wieder als vollwertiges Kaufmittel der Erzeugnisse der proletarischen Staatswirtschaft anzuerkennen.

Um den Einfluß der bei den Bauern in Geldform aufgehäuften potenziellen Kaufkraft auszuschalten, mit anderen Worten: um für die gelieferten Industrieartikel in gleichem oder größerem Werte Lebensmittel zu erhalten, wurde in Ungarn ein primitiver Naturaltausch versucht. Es wurden Eisenbahnzüge mit Industrieartikeln, deren die Bauern dringend bedurften — Salz, Petroleum, Sensen, Spaten, Textilwaren, Bilder — in größere Bauerndörfer geschickt, um dieselben unmittelbar für die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft —

Schmalz, Speck, Eier u. s. w. — einzutauschen. Es war geplant, diese Institution später auszubauen, statt der mobilen Züge ständige Lager zum Eintausch der Lebensmittel gegen Industrieartikel einzurichten, unter Leitung der oben geschilderten lokalen Wirtschaftsämter [45]).

Die ersten Versuche ergaben jedoch ein zwiespältiges Resultat. Gerade die landwirtschaftlichen Arbeiter und armen Bauern, auf welche sich das Rätesystem auf dem Lande stützen sollte, wurden durch die Tauschaktionen feindlich gestimmt. Denn sie hätten wohl Bargeld zum Kaufe der feilgebotenen Güter gehabt, aber keine überflüssigen Lebensmittel zum Tausche. Nur die reichen Bauern konnten daher die Tauschgüter erwerben. Proletarier und arme Bauern frugen daher entrüstet, was sich eigentlich geändert hätte, wenn auch in der Proletarierdiktatur die reichen Bauern bevorzugt werden. Der Zwiespalt wäre zu lösen gewesen, wenn man den Proletariern und armen Bauern diese Güter gegen Bezahlung in Geld gegeben hätte. Indessen — dies ist der Kernpunkt des Problems — der Staat verfügte nicht über eine genügende Menge industrieller Güter, um die Frage auf diese Weise zu lösen, wie es auch unmöglich schien, die Getreideernte dem Bauern im Wege des Naturaltausches abzukaufen. Es wurde erwogen, den Bauern die Ernte gegen spezielle Staatsnoten, welche ein Vorkaufsrecht für den Ankauf der staatlichen Monopolartikel sicherten, abzukaufen. Hiedurch wäre die in Gestalt von altem Papiergeld aufgehäufte Kaufkraft der Bauern ausgeschaltet worden. Der Zusammenbruch der Diktatur ließ die Ausführung dieses Planes nicht mehr zu.

Ein zweites interessantes Moment war, daß die reichen Bauern die zum Tausch angebotenen Güter oft zu teuer fanden und stehen ließen. Um dies zu verstehen, müssen wir an die ganz eigenartige Lage Ungarns erinnern. Ein kleines Land, weithin an Länder angrenzend, in welchen das im Lande aufgehäufte Papiergeld ebenfalls als gesetzliches Zahlungsmittel gilt. Die Bauern beschaffen sich für bares Geld im Wege des Schmuggels

---

[45]) In Rußland wurde etwas Aehnliches versucht. An vielen Orten wurde zwischen den städtischen Konsumvereinen und den Bauerngemeinden ein System von Verträgen eingeführt. Auf Grund der Feststellung über das Resultat der Ernte ergeht an die Gemeinde die Aufforderung, eine bestimmte Menge von Produkten zu liefern. Einerseits verpflichtete sich der Verpflegsausschuß für das betreffende Gouvernement hiefür den Bauerngemeinden eine bestimmte Menge städtischer Waren zur Verfügung zu stellen. Diese Waren werden nach Maßgabe der Einhaltung des Vertrages den Bauerngemeinden abgeliefert. Die Bauern erfahren auf diese Weise unmittelbar, daß der Erhalt von Produkten der städtischen Industrie mit der Ablieferung der überschüssigen Getreidemenge zum Höchstpreis an die Stadt gebunden ist. Dieser Versuch wurde im Vorjahr im Gouvernement Tula angewendet, wo auf diese Weise in einem einzigen Kreise in einem Zeitraum von sechs Wochen 1,600.000 Pud Getreide aufgebracht wurden. (Aus einem Artikel Lenins.)

im Auslande was sie benötigen; sie ließen sich daher keinen höheren als den Weltmarktpreis aufzwingen.

Das Fehlschlagen dieses Versuches in Ungarn ist zum Teil auf diese ganz speziellen Umstände zurückzuführen. In ausgedehnten Ländern, wo der Schmuggel verhältnismäßig nicht so tief eindringen kann und deren eigene Valuta im Auslande nach dem Einsetzen der Diktatur rapid im Kurse sinkt, welcher Umstand die Einfuhr ausländischer Waren verteuert und erschwert, scheint es möglich, durch wirtschaftliche Zwangsmaßregeln, durch ein straffes staatliches Monopol der für die Bauern wichtigen industriellen Güter — Salz, Petroleum, Eisen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Textilien — und durch höhere Monopolpreise, die Bauern zur Ablieferung einer für die Ernährung der städtischen Bevölkerung genügenden Menge von Lebensmittel zu zwingen. Es muß aber hiebei in Betracht gezogen werden, daß dies nur möglich ist, wenn die staatliche Produktion in der Industrie bereits gut im Gange ist, das heißt ein genügendes Quantum von industriellen Gütern zum Austausch gegen Lebensmittel zur Verfügung steht, was anfangs nirgends der Fall sein dürfte; und daß das Austauschverhältnis für den Bauern nicht allzu ungünstig angesetzt werden darf! Wir müssen betonen: Es gibt keine Bevölkerungsschichte, die dem Verbrauch von in fremden Betrieben erzeugten Gütern leichter entsagen kann als der Bauer. Findet er das Petroleum zu teuer, kehrt er zum Oel- oder Fettlämpchen zurück. Werden ihm die Textilwaren zu teuer berechnet, spinnt und webt er sich selber sein Kleidungsmaterial. Scheinen ihm die Maschinen zu teuer, sät er mit der Hand, drischt mit dem Handflegel, bearbeitet den Boden mit dem Spaten. Im Besitz des allerwichtigsten Produktionsmittels, des Bodens, kann man ihm mit ökonomischen Mitteln über eine gewisse Grenze hinaus nichts anhaben. Er kehrt eben zu der primitiven Wirtschaftsform der Vergangenheit zurück und unterläßt den Kauf von städtischen Erzeugnissen überhaupt.

Die Rolle der staatlichen Gewalt.

Wir haben bisher vorausgesetzt, daß die Bauern sich in ihrem Verhältnis gegenüber dem proletarischen Wirtschaftsstaat rein von ökonomischen Motiven leiten lassen. Indessen ist diese Voraussetzung falsch: Die klassenbewußte Schicht der reichen Bauern verweigert die Belieferung der proletarischen Städte mit Lebensmitteln aus politischen Gründen. Sie reißt in diese Boykottbewegung — solange der Klassenkampfgedanke nicht in das Dorf selbst eingedrungen ist — auch die mittlere Schicht der Bauernschaft, ja selbst einen Teil des Dorfproletariats mit sich. Es muß daher, wie wir bereits ausführten, durch Agitation, Aufklärung und entsprechende Institutionen die Schicht der Proletarier und armen Bauern von jener der reichen ideologisch und politisch losgelöst und in jedem Dorfe zur Stütze der Proletarierdiktatur und der Lebensmittelversorgung organisiert werden. Allenfalls braucht dieses Verfahren viel Zeit. Mehr Zeit, als die hungernden städtischen Proletarier der Bauernländer warten können. Die Bauern müssen daher durch staatliche Machtmittel zur Ablieferung der Lebensmittel gezwungen werden. Es frägt sich nun, in welcher Form dies geschehen kann.

a) Die dem Bauern nahestehendste, psychologisch annehmbarste, weil von jeher gewohnte Art des staatlichen Machteingriffes in die Einkommenverteilung — ist die Besteuerung. In Ungarn haben wir den Fehler gemacht, dem Bauern selbst die bisher bestandenen niedrigen Grundsteuern zu erlassen. Dies war kein finanzieller Fehler, denn bei dem großen Budget der Räteregierung spielten die 20 bis 30 Millionen Grundsteuer, welche die Bauern nach dem alten Steuersystem gezahlt hätten, keine Rolle; sondern ein politischer Fehler. Die Maßregel verfehlte vollkommen ihren Zweck, denn die Bauern wurden hiedurch nicht nur nicht gewonnen, sondern in ihrem Widerstand bestärkt. Sie faßten die Erlassung der Steuern als ein Eingeständnis der Schwäche der proletarischen Regierungsmacht auf und schöpften daraus den Anreiz zur Nichtbeachtung anderer Verordnungen. Richtiger scheint die entgegengesetzte Politik zu sein: Ein sofortiges scharfes Anziehen der Steuerschraube, die Einführung einer hohen, aber gerechten Grundwertsteuer, welche in Naturalien geleistet werden muß [84]). Hat die proletarische Staatsmacht Kraft und Ansehen genug, so ist es auf diese Weise möglich, bedeutende Mengen Lebensmittel ohne ökonomische Gegenleistung von dem Bauern zu erhalten.

b) Die zweite weitergehende Phase der Anwendung der Staatsgewalt ist die Requirierung der Lebensmittel, wie sie von der kapitalistischen Regierungsmacht geübt wurde. Und zwar kann die Requirierung gegen Zahlung in Geld oder gegen

---

[84]) Manche Kommunisten halten den systematischen Ausbau der Besteuerung der Bauern für überflüssig, da sie voraussetzen, daß sich das im Besitz der Bauern befindliche Land alsbald durch Enteignung oder durch freiwilligen Anschluß der Bauern an die staatlichen Großgüter in den Besitz des Staates gelangen wird. Wir sind der Meinung, daß dieses nicht so rasch der Fall sein dürfte. Nicht nur aus politischen und ideologischen, sondern auch aus wirtschaftlich-technischen Gründen. Millionen von Bauernwirtschaften als selbständige Betriebseinheiten können nicht gemeinwirtschaftlich verwaltet werden. Der Zusammenlegung in Großbetriebe steht aber der Umstand entgegen, daß die vorhandenen Produktionsmittel der Bauern zum Großbetrieb minder geeignet sind, die industrielle Produktion aber die für den landwirtschaftlichen Großbetrieb nötigen Produktionsmittel in so raschem Tempo nicht erzeugen kann. Es ist daher unseres Erachtens unbedingt notwendig, für die ziemlich lange Uebergangszeit ein entsprechendes Steuersystem anzuwenden.

Bezahlung in Noten, welche bei dem Ankauf von Industrieartikeln einen Vorzug genießen; oder aber ohne Entgelt geschehen, wie es im bolschewistischen Rußland oft geschah. Obwohl dies letztere Verfahren für den Proletarierstaat der billigste und der von vielen Kommunisten für den besten gehaltene Weg ist, halten wir dafür, daß dies möglichst vermieden wird, und zwar aus rein ökonomischen Gründen. Ohne Entgelt requirieren kann man eigentlich nur die Ernte eines Jahres. Im nachstfolgenden Wirtschaftsjahr wird der auf diese Weise behandelte Bauer die Produktion erstens einschränken, statt dem leicht greifbaren Getreide andere, zu verschiedenen Zeitpunkten reifende, Pflanzen anbauen. Dann aber wird er die Ernte verstecken, vergraben, verfüttern u. s. w. Ein Ausziehen bewaffneter Gruppen industrieller Arbeiter aus den Städten in die Dörfer zu gewaltsamer Requirierung von Lebensmitteln kann als ad hoc-Auskunftsmittel gut sein. Die dauernde Versorgung der Städte ist auf dieser Grundlage unmöglich. In Rußland wurde, wie bereits erwähnt, der Versuch gemacht, den Klassenkampf in der Weise in die Dörfer hineinzutragen, daß „Komitees" aus Proletariern und armen Bauern gebildet wurden, welche die Ernte und die Ablieferung der Bauern ständig unter Kontrolle hielten. Wie sich diese Institution bewährte, wissen wir nicht. In Ungarn wurde in letzter Instanz den lokalen politischen Räten die Aufgabe zuteil, die Ernte der Bauern der staatlichen Monopolorganisation zu sichern. Wie sich dies bewährt hätte, wissen wir nicht. Da aber in den Dorf-Sowjets an vielen Orten die reichen Bauern die faktische Führung innehatten, die Komitats-Sowjets eine sehr starke Neigung zum Partikularismus zeigten und in erster Linie die Bevölkerung des eigenen Territoriums gut versorgen wollten, hätten sich auch bei diesem System sicherlich große Schwierigkeiten ergeben.

c) Setzt die Klasse der reichen Bauern der Ablieferung der Lebensmittel einen zähen politischen oder bewaffneten Widerstand entgegen, so scheint es — aus den oben angeführten Gründen — zweckmäßig, nicht die gewaltsame Requirierung der Ernte vorzunehmen, welches Verfahren mit gutem Erfolg nur ein einzigesmal anwendbar ist, sondern den Grund und Boden der reichen Bauern selbst zu enteignen. Bleibt Grund und Boden trotz des niedergeschlagenen offenen Widerstandes auch weiterhin im Besitz der reichen Bauern, so setzt die Sabotage der Produktion selbst ein und es wird ein zweitesmal zum Requirieren nichts vorhanden sein. Die Produktion selbst muß daher anderen Händen anvertraut werden. Es frägt sich nur: Wem?

Wir in Ungarn haben dieses Stadium der Entwicklung nicht erreicht, haben hierin also keine praktischen Erfahrungen. In Rußland scheint sich folgende Entwicklung zu vollziehen: Die Komitees der Dorfarmen erhalten das enteignete Land zu genossenschaftlichen Betrieben. Hiedurch wird die alte Form des Gemeineigentums, des Mir, auf proletarisch-politischen Grundlagen erneuert. Es bleibt hiebei aber die Frage offen, ob ein Uebergehen des Besitzes der reichen Bauern an eine oder mehrere Genossenschaften für sich allein eine Gewähr dafür bietet, daß wenigstens die Ueberschüsse an Lebensmitteln für die Ernährung des städtischen Proletariats zur Verfügung stehen. Denn es ist ganz gut möglich, daß die Genossenschaften der Dorfarmen mangels entsprechender ökonomischer Gegenleistung der Ablieferung der Lebensmittel einen ähnlichen Widerstand entgegensetzen wie vorher die reichen Bauern.

3. Wir kommen damit zum dritten Problemenkreis: der Herstellung des gemeinsamen Klassenbewußtseins, der Solidarität zwischen Stadt- und Landproletariat. Denn offenbar genügt es durchaus nicht, den Klassenkampf im negativen Sinne in die Dorfbevölkerung hineinzutragen, die Dorfarmen in Reih und Glied gegen die reichen Bauern zu stellen, ihnen durch die Machtmittel des Staates zu helfen, die reichen Bauern zu enteignen. Es muß in ihnen auch das klare Bewußtsein geweckt werden, daß sie ihre Befreiung vom Joche der Grundbesitzer und reichen Bauern nur mit Hilfe des städtischen Proletariats, der Vortruppe der Revolution, erhalten können, zur Festhaltung der Errungenschaften der Revolution aber die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln eine unerläßliche Vorbedingung ist. Das Bewußtsein der Klassensolidarität muß so weit entwickelt werden, daß die Dorfarmen sich selbst gewisse Entbehrungen freiwillig auferlegen, um die Versorgung des städtischen Proletariats mit dem Allernotwendigsten sicherzustellen. Es ist dies eine ebenso große agitatorische Aufgabe, als die Erweckung des Klassenbewußtseins bei dem industriellen Proletariat war, nur muß diese in der kürzesten Zeit erreicht sein, soll die Diktatur des Proletariats nicht zusammenbrechen. Was dort lange Jahrzehnte in Anspruch nahm, muß hier in kurzen Jahren geleistet werden.

Nun stehen freilich dem zur herrschenden Klasse im Staat gewordenen industriellen Proletariat ganz andere Mittel zur Aufklärung und Agitation zur Verfügung als zu jener Zeit, wo diese Arbeit gegen die den Staat beherrschenden Grundbesitzer- und Bauernklasse versucht wurde. Das Monopol der Presse, der schriftlichen und mündlichen Agitation, wie die Möglichkeit, in jedem Dorfe zumindest einen klassenbewußten industriellen Arbeiter anzusiedeln, der dort die Dorfarmen führt, aufklärt, organisiert und zur Klassensolidarität bewegt; die im Dienste der Proletarierherrschaft stehende Schule: all dies ergibt die Möglichkeit einer raschen Umwandlung der Ideologie der Dorfbevölkerung und hiemit eine endgültige Sicherung der Ernährung des städti-

schen Proletariats in dem Falle, wenn das industrielle Proletariat genügende Kräfte zur Lösung dieser schweren Aufgabe stellen kann. Es werden sich hiebei interessante „nationale Verschiedenheiten" ergeben. In den östlichen Ländern Europas gibt es verhältnismäßig wenig industrielle Arbeiter, und das ländliche Proletariat ist nur in geringem Maße klassenbewußt. Dies gilt aber gleicherweise auch von den reichen Bauern. In den westlichen Ländern überwiegt das industrielle Proletariat: die Landarbeiter sind durch den regen Verkehr mit dem industriellen Proletariat, bewirkt durch die Durchsetzung des ganzen Landes mit industriellen Zentren und einzelnen Betrieben, bereits zum Klassenkampf und zur Klassensolidarität angeregt. Hingegen ist aber auch die Klasse der besitzenden Bauern viel klassenbewußter, kampfbereiter und aktiver. Die Geschichte wird zeigen, welche Verhältnisse für das Proletariat günstiger sind.

Zum Schluß wiederholen wir, nur um Mißverständnissen vorzubeugen, daß die Scheidung der ökonomischen Mittel, der staatlichen Machtmittel und der ideologischen Umwälzung durch Agitation nur eine gedankliche ist. In der Praxis laufen diese Methoden gleichzeitig nebeneinander her, ihre Wirkung gegenseitig verstärkend. Ist die industrielle Produktion des proletarischen Staates flott im Gange, kann der Staat Industrieartikel dem Bauern liefern, so hat der Staat bei dem Bauern ein größeres politisches Ansehen. Anderseits: je größer das politische Ansehen des proletarischen Staates, desto leichter ist die Lösung der ökonomischen Probleme. Je weiter die Agitation in die Dörfer eingedrungen ist, je mehr überzeugte Anhänger des Kommunismus, desto stärker steht der proletarische Staat da; umgekehrt: je stärker die Staatsgewalt, desto erfolgreicher die Agitation. Zwischen den einzelnen Momenten liegt Wechselwirkung, nicht einseitige Kausalität vor.

In jenen Ländern, welche infolge ihrer dichten Bevölkerung in dem Kapitalismus ständig auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen sind, gesellt sich zu dem Problem der Erfassung der Inlandsproduktion die Frage des Imports. Die Lage wird hiedurch noch schwieriger. Im Anfang der revolutionären Umwälzung, solange die kapitalistischen Staaten die Oberhand haben, werden die neu entstehenden Proletarierstaaten boykottiert, von dem Welthandel ausgeschlossen. Die Lebensmittelnot würde, wenn es nicht gelingt, mit anderen Proletarierstaaten eine Handelsverbindung zu schaffen, sehr schwer sein. Dies ist die Ursache, weshalb die sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgenden Staaten Rußland, Ungarn und Bayern zuerst die Diktatur des Proletariats versucht haben und der Bolschewismus in jenen Ländern, wo die Ernährung aus der Ernte des Landes selbst möglich erscheint, rascher an Boden gewinnt als in jenen Ländern, welche auf eine Lebensmitteleinfuhr angewiesen sind. Je weiter aber die Revolution fortschreitet, je mehr Staaten unter das Regime des Proletariats gelangen, je gefestigter die Revolution und das neue Wirtschaftssystem in jenen Ländern, welche in der Revolution vorangingen, desto leichter kann der Nahrungsmittelmangel im Falle einer Diktatur in jenen Ländern überwunden werden, welche auf die Lebensmitteleinfuhr angewiesen sind.

10. Das Problem der Güterverteilung.

Im Finanzkapitalismus zeigt sich bereits eine starke Tendenz zur Einschränkung des Wirkungskreises des Handels. Diese Tendenz macht sich in dreifacher Weise geltend:

1. Monopolistische Kartelle — wir rechnen die Monopole des kapitalistischen Staates auch hieher — schalten den Zwischenhandel ganz aus, indem sie ihre Waren unmittelbar an den letzten Konsumenten verkaufen: der Detaillist bezieht nur eine fixe Provision. Wir finden dies bei dem Petroleumkartell, Bierkartell u. s. w. Funktion und Profit des Warenhandlungskapitals fallen hiedurch dem Produktivkapital zu, dessen Umschlag sich entsprechend verlängert.

2. Die Konsumenten schließen sich zu Konsumgenossenschaften zusammen, um Waren en gros unmittelbar von dem Produzenten beziehen zu können.

3. Die kleinen Produzenten schließen sich zu sogenannten Produktivgenossenschaften, in Wirklichkeit Organisationen zum gemeinsamen Verschleiß ihrer Waren mit Ausschaltung des Zwischenhandels, zusammen.

Diesen frei entstandenen Organisationen schließen sich die Zwangsorganisationen der Kriegswirtschaften an: die verschiedenen Zentralen, welche die Verteilung der rationierten Lebensmittel nach dem Kartensystem besorgten. Wir sehen, der Kapitalismus hat dem Sozialismus auch auf diesem Gebiet wertvolle Vorarbeiten geleistet. Es handelt sich darum, diese, mit Ausnahme der Konsumvereine, kapitalistischen Organisationen in proletarische umzuwandeln. Die Verteilung der Güter, eine notwendige Funktion jeder nicht auf der Basis der „geschlossenen Hauswirtschaft" stehenden Gesellschaftsordnung, muß vom Handel, dem selbständigen Kauf und Verkauf von Gütern als Waren, zum Zwecke der Mehrwertsaneignung getrennt werden. Der Handel, welcher bei dem in der proletarischen Diktatur herrschenden Warenmangel notwendig in Spekulation und Wucher ausartet, muß möglichst rasch ausgeschaltet werden. Während zum Beispiel selbständige Bauernwirtschaften wohl ein außerhalb der staatlichen Wirtschaft stehendes, aber passives, die staatliche Wirtschaft nicht störendes Element bilden, ist der selbständige Handel ein zersetzendes Element innerhalb der geregelten staatlichen Güter-

wirtschaft. Der Handel verhindert die Uebersichtlichkeit der Bedürfnisse, die Anpassung der Produktion an den Konsum, durchkreuzt die staatliche Material- und Güterwirtschaft, ist an sich ein anarchistisches, konterrevolutionäres Element. Er muß daher vor allem anderen ausgeschaltet werden.

Rein theoretisch ist die Sache leicht durchdacht. Mit der Enteignung der Großbetriebe entfällt der Großhandel von selbst. Die Betriebszentralen besorgen die Rohstoffe und andere Produktionsmittel einheitlich für alle ihnen einverleibten Betriebe. Die Verteilung des Fertigprodukts geschieht entweder unmittelbar durch die Zentralen oder durch das betreffende Materialamt. Die enteigneten Staats- und Kommunalbetriebe, die landwirtschaftlichen Großbetriebe inbegriffen, können mit dem Handel, weder beim Kauf noch beim Verkauf, irgendwas zu tun haben. Es ist dies eigentlich der auf die ganze Produktion des Staates sich erstreckende Ausbau der aus dem Kapitalismus wohlbekannten Trusts, das „Generalkartell" Hilferdings.

Hand in Hand hiemit geht die Ausschaltung, beziehungsweise Verstaatlichung des Außenhandels, welcher naturgemäß immer Großhandel ist. Nur das Amt für Außenhandel, welches von den Betriebszentralen und Materialämtern über die dringendsten Bedürfnisse und über die im Inland entbehrbarsten, für den Export freien Güter unterrichtet wird, hat das Recht, Güter aus- und einzuführen, natürlich auf Rechnung des Staates. Es ist dies ein Ausbau des während des Krieges entstandenen, an staatliche Bewilligung gebundenen Außenhandels.

Die Verteilung der Konsumgüter an die eigentlichen Konsumenten ist durch den Ausbau der Konsumvereine, durch den zwangsweisen Zusammenschluß aller Bewohner in lokal umgrenzte Konsumentengruppen leicht zu lösen. Jedem Bewohner, der einen selbständigen Haushalt führt, werden die rationierten Lebensmittel und die anderen Bedarfsgüter in der zuständigen Verteilungsstelle seines Wohngebietes zugeteilt. Anderswo kann er nicht einkaufen. (Rayonierungssystem.) Für einzelne Personen, die keinen Haushalt führen, wie auch für Familien, die keinen Haushalt führen wollen, werden in den Städten öffentliche Speisehäuser aufrechterhalten. Die Verteilungsstelle der Dörfer wird nur mit Industriegütern beliefert. Die lokale Verteilung geschieht nur unter Oberaufsicht des lokalen Rates. Die Prinzipien der Verteilung der in ungenügender Menge vorhandenen Güter müssen entsprechend dem Klassencharakter festgestellt werden, wie wir weiter unten ausführen.

Endlich muß eine Organisation zur Erfassung der in den nicht enteigneten Betrieben produzierten Güter geschaffen werden, insofern diese vom Staate monopolisiert werden sollen, um Handel und Spekulation auszuschalten. Die gewerblichen Kleinbetriebe lassen sich, wenn die Materialwirtschaft des Proletarierstaates gut organisiert ist, leicht reglementieren, ihre Erzeugnisse dem staatlichen oder kommunalen Verteilungsapparat zuführen, gegebenenfalls die Betriebe selbst in Großbetriebe zusammenlegen oder langsam absterben lassen. Die Gefahr der Entziehung des Brennmaterials, des Eisens, des Leders u. s. w. zwingt den Kleingewerbetreibenden, sich in das Verteilungssystem des Staates oder der Gemeinde zu fügen und der Spekulation und dem Schleichhandel zu entsagen, da ihm sonst die notwendigen Materialien zur Produktion entzogen werden. Schwieriger ist es bei den Bauern. Es müssen monopolistische Organisationen für Getreide, Butter, Milch, Fleisch u. s. w. geschaffen werden; die Eisenbahnen und Schiffe dürfen nur Güter für diese Organisationen verfrachten; jeder private Kauf und Verkauf außer gewissen lokalen Grenzen muß streng verboten und geahndet werden. Diese Organisationen müssen aber eine gewisse lokale Autonomie besitzen und dürfen nicht bürokratisch verknöchern. Die Familie des Arbeiters im Dorfe muß die Möglichkeit haben, ihre Lebensmittel ohne viel Umstände von den Bauern des eigenen Dorfes erhalten zu können.

Wir wollen nun die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung auf Grund der ungarischen Erfahrungen darstellen.

Eine der ersten Verfügungen der Räteregierung war, alle Großhandlungen und Geschäfte in den Städten, mit Ausnahme der Lebensmittel-, Papier-, Bücherladen u. s. w. zu sperren. Es war dies eine von den Menschewiki sehr stark kritisierte Maßregel, welche tatsächlich manche Unannehmlichkeiten nach sich zog, indem die Einwohner gewisse Güter aus Mangel an Verteilungsstellen sich nicht beschaffen konnten. Trotzdem halten wir diese Maßregel für notwendig und unerläßlich. Erstens liegt ein so großer Teil der Güter in den Geschäften und Lagerräumen der Händler, daß deren Nichterfassung die Organisationen der Materialwirtschaft und der Verteilung sehr stören würde. Zweitens, die Bourgeoisie und die Bauern hätten sich, wäre diese Maßregel nicht erfolgt, ebenso wie dies in Rußland geschehen ist, beeilt, die potenzielle Kaufkraft ihres aufgehäuften Geldes rasch zu aktivieren, hätten die spärlichen Vorräte an Schuhen und Textilwaren u. s. w. aufgekauft. Sie hätten hiedurch nicht nur ihre eigene ausgiebige Versorgung auf lange Zeit gesichert, sondern auch dem Proletariat die Möglichkeit genommen, seine dringendsten Bedürfnisse an industriellen Gütern zu decken, seinen Geldlohn in Gütern zu realisieren. Es wäre also durch den freien Verkauf aller Güter der Bourgeoisie die Möglichkeit geboten worden, dem proletarischen Regime durch Kauf aller verfügbaren Güter große Schwierigkeiten zu bereiten. Der Warenvorrat der Großhandlungen wurde ohne Entschädigung enteignet und den betreffenden Materialämtern überwiesen; den kleinen Händlern wurde der Preis gutgeschrieben, doch konnten sie ebenfalls nur 2000 K monatlich von ihrem auf diese Weise entstandenen Guthaben beheben. Freilich gelangten trotz der Schließung der Ge-

schäfte viele Güter in den Schleichhandel. Die Handelsangestellten, die als Vertrauensmänner des Proletariats die Eigentümer kontrollieren sollten, machten mit diesen oft gemeinsame Sache, verschleppten die Waren und brachten sie in den Schleichhandel. Eine Erscheinung, welche infolge der egoistisch-habgierigen Psyche der jetzigen Generation sich wohl überall wiederholen wird.

Der Fehler lag nicht in der Schließung der Geschäfte, sondern in der nicht energisch genug durchgeführten proletarischen Politik, in der säumigen Organisation des die Verteilungsfunktion des Handels ersetzenden Verteilungsapparats. Die in den Privatgeschäften und Lagerräumen lagernden Güter sollten in kürzester Zeit in die Lager der zuständigen Materialämter überführt, die leeren Geschäfte zu Wohnungen umgestaltet, die Verbraucher in Konsumentenorganisationen vereinigt und eine genügende Zahl staatlicher und genossenschaftlicher Verteilungsstellen errichtet werden. Die energische Durchführung dieses Programms wurde durch die Sabotage der Handelsangestellten und Beamten, welche den Verlust ihrer Stellungen befürchteten, durch die Aktion der Sozialdemokraten „zum Schutze der kleinen Leute", endlich durch das Vorhandensein vieler ausländischer Geschäfte, die unter dem Schutz ihres kapitalistischen Staates standen, verzögert.

In dem Verkehr mit den Produkten der enteigneten Betriebe war der Handel tatsächlich vollkommen ausgeschaltet. Die landwirtschaftlichen, verstaatlichten Großbetriebe lieferten alle ihre Produkte, Getreide, Vieh, Wolle u. s. w., unmittelbar an die betreffenden Zentralen. Ebenso die Fabriken an die Betriebszentralen oder an die Materialämter. Von den Erzeugnissen der enteigneten Betriebe gelangte nur ein verschwindend kleiner Teil infolge von Mißbräuchen in den Schleichhandel.

Ganz eigenartig gestaltete sich der Außenhandel. Im Anfang stand das Land noch nicht unter der strengen Blockade der Entente. Aber der Warenverkehr mit dem Ausland unterlag doch großen Schwierigkeiten, da die ausländischen Kapitalisten das Amt für Außenhandel, das Organ des proletarischen Staates, nicht als vertrauensfähigen Geschäftspartner anerkennen wollten und dem Kauf und Verkauf von Waren große Hindernisse in den Weg legten. Wir waren daher genötigt, den Außenhandel unter der Firma von im Ausland wohlbekannten kapitalistischen Unternehmungen zu betreiben. Mancher enteignete Betrieb war eine Gründung eines ausländischen Unternehmens und konnte daher vom Stammhaus Güter erhalten, welche sich der proletarische Staat als solcher nicht beschaffen konnte. Das ausländische Kapital betrachtete eben die Diktatur als ein vorübergehendes Provisorium. Später, als die strenge Blockade der Entente einsetzte, gab es nur mehr Schmuggel, mit allen demoralisierenden Mißständen, Betrug und Diebstahl, die mit diesem illegalen Gewerbe naturnotwendig verbunden sind [45]). Von dem einzigen damals bestehenden proletarischen Staate Rußland waren wir leider vollkommen abgeschnitten. Es ist überflüssig zu erwähnen, wie sehr der freie Güteraustausch zwischen proletarischen Staaten die Erstarkung der proletarischen Wirtschaft in allen Staaten erleichtert.

Die Organisierung der Verteilung an die letzten Konsumenten konnte während des Bestehens der ungarischen Räterepublik nicht ernstlich in Angriff genommen werden. Die Konsumvereine waren in Ungarn sehr unentwickelt; bloß in der Hauptstadt bestand ein großer Arbeiter-Konsumverein mit beiläufig 200 Verteilungsstellen. Diese Konsumvereine wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und sollten den Kern der neuen Verteilungsorganisation bilden. Die Durchführung wurde stark sabotiert, nicht in letzter Linie von der Leitung des Konsumvereines selbst, die für den Bestand der Institution im Falle des Unterganges der Diktatur fürchtete. Erschwert wurde die Einführung der einheitlichen, zwangsweisen, rayonierten Verteilung durch die im Kriege entstandenen, sogenannten „Anschaffungsgruppen". Alle Arbeiter und Beamten einer Fabrik, der Beamtenkörper eines Ministeriums, alle Eisenbahner, alle Angestellten der Post u. s. w. hatten sich in Gruppen zusammengeschlossen, die gemeinsam Konsumgüter einkauften. Während die staatlichen Organe nur die festgesetzten Höchstpreise für die Lebensmittel bezahlen konnten, waren diese Gruppen nicht an die Höchstpreise gebunden und konnten sich daher viel besser versorgen, als wenn sie allein vom Staate versorgt worden wären oder jeder einzelne von den Mitgliedern auf eigene Faust versucht hätte, sich Lebensmittel anzuschaffen. Geschickte Leute waren oft Mitglieder mehrerer Anschaffungsgruppen. Wo in einer Familie mehrere Erwerbstätige in verschiedenen Betrieben tätig waren, da wurde jeder Erwerbstätige als Familienoberhaupt in die betreffende Gruppe eingetragen und so erhielt die Familie mehrfache Rationen. Diese Vorteile waren es, welche in den Kreis der Beamten und der großindustriellen Arbeiterschaft die schärfste Opposition gegen die Einführung des Rayonierungssystems erregte, da dies natürlich die Auflösung der Anschaffungsgruppen vorausgesetzt hätte. In Rußland ist die Verteilung der Konsumgüter in ähnlicher Weise versucht worden, mit dem Unterschied, daß sich dort in dem ersten Jahr der Diktatur eine riesige konsumgenossenschaftliche Bewegung entwickelt hatte. „Durch das Dekret vom 20. März" — so lesen wir in der „Russischen Korrespondenz" vom Jänner 1920 — „nahm der Staat den Apparat der

[45]) Es ist übrigens bezeichnend für die Moral der Kapitalisten, daß während sich die ungarischen Truppen mit den Tschechen schlugen, tschechische Kapitalisten mit dem ungarischen Staate Warengeschäfte abwickelten, zum Beispiel gegen Häute im Kompensationsverkehr Gerbstoffe lieferten.

Kooperation (so nannte man in Rußland die Konsumvereine), der seine Tauglichkeit bewiesen hat und tiefe Wurzeln geschlagen hatte, unter seine Kontrolle und paßte ihn den Bedürfnissen der sozialistischen Verteilung an. Die Verteilung soll auf diese Weise in die Hände der Bevölkerung selbst übergehen. Dem ganzen System der Versorgung der Bevölkerung mit allem Notwendigen wird das Prinzip der Selbsttätigkeit zugrunde gelegt. Die ganze Bevölkerung nimmt an der Beschaffung der Produkte teil und verteilt diese auch selbst. Tatsächlich ist die ganze Bevölkerung Sowjetrußlands schon auf die eine oder andere Weise mit den Kooperativgesellschaften verknüpft. Das Dekret vom 20. März macht die Registrierung der ganzen Bevölkerung in Kooperativgesellschaften zur Pflicht. Natürlich muß für einen strengen, organisierten Charakter des Verteilungssystems Sorge getragen werden. Zu diesem Zwecke vereinigt der Staat alle Kooperativgesellschaften, die bis jetzt einzeln bestanden haben, zu einer einheitlichen Gesellschaft, die ein einheitliches Vermögen, eine einheitliche Kasse, eine einheitliche Verwaltung und ein einheitliches, vielköpfiges Mitglied — die ganze Bevölkerung — hat.

Nach Schaffung dieses einheitlichen Verteilungsapparats gedenkt der russsiche Staat die unmittelbare Teilnahme seiner Versorgungsorgane an der Verteilung aufzuheben und nur die allgemeine Kontrolle auszuüben. Das Dekret wurde am 20. März 1919 erlassen. Im Laufe von fünf Monaten wurde die ungeheure Arbeit der Vorbereitung der Verwirklichung bewältigt. Nach der Beendigung der Vorbereitungsarbeit, welche in der Abhaltung zahlreicher Kongresse und Versammlungen, der Ausarbeitung von vielen Instruktionen u. s. w. bestanden, begann der Prozeß der Verschmelzung der Kooperativgesellschaften. Am leichtesten, schmerzlosesten und diszipliniertesten verlief dieser Prozeß in Moskau, wo schon seit dem 31. Juli ein einheitlicher Konsumverein besteht, welcher die Verpflegung der ganzen Moskauer Bevölkerung versieht, in dessen Hand sich auch das zentrale Kartenbüro, das heißt die Registratur der ganzen Moskauer Bevölkerung, befindet. In der Provinz ist die Schaffung eines einheitlichen Verteilungsapparats selbstverständlich komplizierter als in großen Städten, wo das Kartensystem alles vereinfacht. Indessen sind die Vorbereitungsarbeiten zur Verwirklichung des Dekrets fast überall beendet." (Der Bericht stammt aus dem Herbst 1919.)

Die ganze Versorgung und Verteilung wird der Staat auf diese Weise auf die Schultern der Konsumenten selbst legen und der allumfassenden einheitlichen Konsumorganisation übergeben. Der Staat selbst hat sich nur die Versorgung mit solchen Produkten vorbehalten, die auf dem Wege der staatlichen Requisition beschafft werden (Getreide), die Verteilung wird aber in der Folge den Kooperationsorganisationen überlassen. Leider haben wir bislang keine verläßlichen Nachrichten darüber, wie sich dieser neugeschaffene Apparat in Rußland bewährt hat.

Wir kommen nun zur schweren Frage der staatlichen Erfassung der Lebensmittelüberschüsse der Bauernwirtschaften, welche wir bereits gesondert untersucht haben; von der Stadt aus gesehen die Frage des Rucksackverkehrs, welche sowohl bei uns als auch in Rußland große Schwierigkeiten verursacht hatte. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Bauern schon während des Krieges gegen Bargeld und für den festgesetzten Höchstpreis keine Lebensmittel verkaufen wollten. Sie forderten Tauschgüter. Der kapitalistische Staat konnte dies nicht leisten: er nahm zu Requirierungen seine Zuflucht. Dies führte zur Verbergung der Lebensmittel. Die Bauern brachten keine Lebensmittel auf den Markt, sondern warteten ab, bis der Schleichhändler oder der Konsument selbst zu ihnen kam und jeden geforderten Preis bewilligte. Der Zustand verschlimmerte sich ständig. Die Lebensmittelversorgung wurde immer anarchischer. Mit jedem Eisenbahnzug fuhren Tausende von Städtern hinaus aufs Land, zu Verwandten, Freunden, Bekannten, um Lebensmittel zu hamstern; Wäsche, Schuhe, Juwelen wurden zum Tausch in die Bauernhöfe geschleppt. Die überstürzte Nachfrage trieb die Preise immer höher, die Forderungen der Bauern kannten keine Grenzen.

Die Proklamierung der Diktatur brachte in dieser Sachlage keine Aenderung. Die aus ökonomischen Gründen erfolgte Weigerung der Bauern, die Stadt mit Lebensmitteln zu beliefern, wurde jetzt durch den politischen Widerstand verstärkt. Für die Diktatur bestand ein schwieriges Dilemma. Ohne Abschaffung des Rucksackverkehrs konnte an eine tatsächliche Erfassung der Lebensmittelüberschüsse der Bauern, an eine planmäßige Versorgung der städtischen Bevölkerung nicht geschritten werden. Der Brot- und Mehlbedarf war noch aus der vorjährigen Ernte gedeckt; der Fleischbedarf wurde durch zwangsweise erfolgte Ablieferung eines bestimmten Prozentsatzes vom Viehbestand durch die Gemeinden gedeckt. Auch die Versorgung mit Milch wurde gesichert, indem man den Bauern als Prämie für die gelieferte Milch ein gewisses Quantum von Kleie, Zucker u. s. w. zukommen ließ. Es zeigte sich aber ein großer Mangel an den anderen Erzeugnissen der bäuerlichen Wirtschaft: an Eiern, Schmalz, Geflügel, allerhand Gemüse u. s. w. Dieser Mangel war natürlich verursacht durch die große Lohnsteigerung, welche die Diktatur den weiten Schichten des städtischen Proletariats brachte. Jeder Versuch einer regelrechten Organisation der Aufbringung wurde durch den ins Ungemessene gestiegenen Rucksackverkehr zerstört. Anderseits schien aber ein Verbot des Rucksackverkehrs nur möglich, wenn die Versorgung der Stadt durch staatlich aufgebrachte Lebensmittel vorher sichergestellt wäre. Es ergab sich ein Schwanken in der Politik in der ungarischen Räteregierung, eben-

so wie dies in Rußland der Fall war. Der Rucksackverkehr wurde verboten; aber die Maßregel konnte nicht streng genug durchgeführt werden, da die kleinen Bürgersfrauen und die in Kleinbetrieben arbeitenden Arbeiter, deren staatliche Versorgung mit Lebensmitteln natürlich schwieriger war als jene der Großbetriebe, gegen das Verbot demonstrierten. Die ganze Maßregel wurde durch eine Verordnung des Oberkommandanten der Roten Armee — dem Genossen Böhm — durchkreuzt, der auf eigene Faust jedem von der Front heimkehrenden Soldaten die [illegible]nis erteilte, 25 Kilogramm Lebensmittel nach Hause mitführen. Alle Hamsterer fuhren fortan in Uniform. Es wurde nunmehr zum demokratischen Mittel der Aufklärung durch Agitation gegriffen. Die Arbeiter wurden in den Räten und in Massenversammlungen darüber aufgeklärt, daß der anarchische Rucksackverkehr den Ausbau der proletarischen Lebensmittelverteilung unmöglich macht und in erster Linie der Bourgeoisie nützt, indem er ihr ermöglicht, weiter arbeitslos und gut zu leben. Die Agitation wirkte. Nacheinander wurden in den großen Fabriken von den Arbeitern Resolutionen angenommen, welche das strengste Verbot des Lebensmittelschmuggels forderten. In diesem Stadium erfolgte der Zusammenbruch der Räterepublik.

Es gibt freilich ein wirksames Zwangsmittel zur Verhinderung des Schleichhandels und des Rucksackverkehrs, welches wir aber — von dem Bestreben geleitet, der Welt zu zeigen, daß die Diktatur kein Chaos und keinen kulturellen Rückgang verursachen muß — uns anzuwenden scheuten: die Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen und Schiffen, eine Maßregel, welche im Herbst 1919 im kapitalistischen Deutschland und Oesterreich zum Zwecke der Kohlenersparnis vielfach angewendet wurde. Können nur Amtspersonen auf den selten fahrenden Zügen reisen, ist der Rucksackverkehr und der Schleichhandel natürlich unmöglich; auch die Möglichkeit der Organisation der Gegenrevolution wird sehr erschwert, außerdem aber eine Menge Kohlen erspart. In der Diktatur soll es keine Geschäftsreisen geben; den Vergnügungsreisen kann man auf einige Zeit entsagen. Gleichzeitig muß natürlich auch der Paketverkehr in Lebensmitteln auf der ganzen Linie verboten werden. Der Schleichhandel mit ganzen Waggonladungen könnte dadurch vereitelt werden, daß nur an staatliche Amtsstellen: Betriebszentralen, Materialämter, lokale Wirtschaftsämter, adressierte Ladungen per Bahn oder per Schiff befördert werden können. Es sind dies tiefeinschneidende Maßregeln, ohne welche aber eine regelrechte Versorgung in kürzester Zeit nicht erreichbar ist. Bemerkt der Bauer, daß infolge Unterbindung des Verkehrs die Käufer ihn nicht mehr überlaufen und ihm jegliche Güter ins Haus schleppen, wird er sich eher dazu bequemen, seinen Ueberfluß an staatliche Stellen abzuliefern. Die

Uebergangszeit wäre für die Stadt schwer, eine gründliche Lösung ist aber nur in dieser Weise möglich [46]).

Wir wollen nunmehr die Verteilungsprobleme aus dem Gesichtspunkte des Klassenkampfes betrachten. Wir haben bereits ausgeführt, daß das industrielle Proletariat von der Diktatur vor allem eine Erhöhung seiner realen Lebenshaltung erwartet, dies aber bis zur Umorganisierung der dem kapitalistischen Einkommenverhältnis angepaßten Produktion und der Erhöhung der Ergiebigkeit unmöglich ist. Ja, die reale Erhöhung der Lebenshaltung des landwirtschaftlichen Proletariats vollzieht sich notgedrungen auf Kosten der Lebensmittelversorgung der Städte. Dem kann durch keinerlei wirtschaftspolitischen Maßregeln abgeholfen werden. Soll die städtische Arbeiterschaft, besonders die nicht überzeugt kommunistischen Elemente derselben, nicht zur Beute der gegenrevolutionären Agitation werden, wie es in Ungarn geschehen ist, muß für einen Ersatz gesorgt werden. Dieser Ersatz besteht in dem System der Klassenrationen und Klassenpreise!

Bereits in der kapitalistischen Kriegsernährungswirtschaft war der Keim für Klassenrationen vorhanden, indem die Schwer- und Schwerstarbeiter höhere Brot- und Mehlrationen erhielten. Das System der Klassenrationen, wie es in Rußland vorhanden ist, ist der weitere Ausbau dieses Keimes, indem die physischen Arbeiter von den meisten staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln eine größere Ration erhalten, als die leichter arbeitenden Beamten und die Bourgeoisie. Es ist dies in erster Linie eine politische, nicht eine wirtschaftliche Maßregel. Die Rationen sind im Beginn der Diktatur infolge der Lebensmittelschwierigkeiten so gering, daß eine weitere Kürzung bei den an Zahl kleineren Nichtproletariern wirtschaftlich für die bessere Ernährung des Proletariats sehr wenig bedeutet. Aber die Arbeiter ertragen die Entbehrungen viel leichter, wenn sie sehen, daß die Reichen ebenso wie sie entbehren müssen, ja noch geringere Mengen an Lebensmitteln vom Staate erhalten, als die schwer arbeitenden Arbeiter. Nicht wie im kapitalistischen Staate, wo sich die Reichen auch in Zeiten der schwersten Not alles, selbst die feinsten Leckerbissen, verschaffen können [47]). Die Klassenrationen sind

[46]) Eine glänzende Bestätigung dieser unserer Ansicht brachte die österreichische Eisenbahnverkehrssperre in der Weihnachtswoche 1919. Während die Milchzufuhr nach Wien 60.000 Liter täglich betrug und für die Weihnachtswoche mit einem sich jährlich einstellenden Rückgang von beiläufig 10.000 Liter täglich gerechnet wurde, ergab es sich, daß infolge der Unmöglichkeit des Rucksackverkehrs die Milchzufuhr auf 77.000 Liter täglich emporschnellte.

[47]) Das ungarische Proletariat erfährt jetzt leider am eigenen Leibe den Unterschied der proletarischen und der kapitalistischen Lebensmittelwirtschaft. Während der Diktatur, als die industriellen Arbeiter im allgemeinen gut versorgt waren, wollten die Klagen darüber nicht verstummen, daß die Städte nicht in genügendem Maße mit Lebens-

in erster Linie eine Maßregel zur Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen, die sich in der proletarischen Diktatur als herrschende Klasse fühlen sollen. Eben deshalb wurden in Ungarn die feineren Lebensmittel: Geflügel, Fische u. s. w., insofern dieselben in die Verfügung der staatlichen Verteilungsorganisation gelangten, unmittelbar den Proletariern der Fabriken zugewiesen. Das System der Klassenrationen hat auch einen anderen Vorzug. Je geringere staatliche Rationen die Bourgeoisie erhält und je erfolgreicher der Schleichhandel unterbunden wird, desto höhere Preise muß die Bourgeoisie für ihre im Schleichhandel erworbenen Lebensmittel zahlen, desto rascher sind ihre Vermögensreste aufgebraucht und müssen sie daher trachten, durch produktive Arbeit den Ausbau des proletarischen Staates zu fördern.

Gegen das System der Klassenrationen wurde von sozialdemokratischer Seite der Vorwurf der Inhumanität, besonders den Kindern gegenüber, erhoben. Die Bourgeoisie kann sich jedoch im Anfangsstadium der Diktatur mit Hilfe ihrer Vermögensreste trotz der geringeren staatlichen Rationen im Durchschnitt noch immer besser versorgen als die Arbeiter. Wir könnten auch einwenden, daß sich die Bourgeoisie als herrschende Klasse niemals darum gekümmert hat, ob die Proletarierkinder genügend ernährt sind oder nicht. Es muß aber betont werden, daß das ganze System der Klassenrationen nur für den Anfang der Diktatur bestimmt ist. In Rußland erhalten heute bereits alle Kinder der Bourgeoisie ebenfalls die erste, zum Bezug der größten Rationen berechtigende Lebensmittelkarte.

Von ähnlicher Bedeutung sind die Klassenpreise. Der Verkaufspreis der staatlich bewirtschafteten Güter: Mehl, Fleisch u. s. w., werden einheitlich festgesetzt. Die Proletarier erhalten einen Nachlaß von diesem Preise. Diese Maßregel hat in erster Linie ebenfalls nur einen politischen Zweck. Das Geldeinkommen der Arbeiter ist in der Diktatur infolge des Warenmangels im allgemeinen höher als die reale Lebenshaltung. Die Arbeiter könnten daher von ihrem Verdienst auch ohne Preisnachlaß alle auf sie entfallenden rationierten Lebensmittel erkaufen. Aber es

mitteln versorgt sind. Die Arbeiter können ihr Geld nicht auf Lebensmittel ausgeben. Jetzt gibt es wieder Lebensmittel in Hülle und Fülle in Budapest. Die Auslagen der Geschäfte strotzen von Leckerbissen aller Art. Alles ist zu haben, was sich einer nur wünschen kann. Aber selbstverständlich nur für die Reichen. Der Arbeiter kann sich von den am Markte feilgebotenen Lebensmitteln nichts leisten. Sein Lohn reicht höchstens auf Brot und Gemüse. Brot, um die Brotkarten einzulösen, gibt es nicht. Aber an den Straßenecken kann man im offen betriebenen Schleichhandel für teuren Preis Weißgebäck kaufen. Zucker gibt es keinen, aber die Konditoreien sind mit teuren Zuckerwaren vollgestopft. Es ist eine schreckliche, aber historisch notwendige Lehre für das ungarische Proletariat, welches in der Diktatur die Möglichkeit der Erhöhung seiner Lebenshaltung nicht auswarten wollte.

bestärkt den Arbeiter in den ihm auferlegten Entbehrungen und Kämpfen, wenn er sieht, daß „sein Staat" ihm den Reichen gegenüber einen Vorteil gewährt. Ist die Herrschaft der Arbeitenden endgültig gefestigt, die Enteignung der Produktionsmittel ganz vollzogen, die staatliche Erfassung und Verteilung lückenlos durchgeführt, ist also die Bourgeoisie als Klasse verschwunden und muß sich bereits jeder durch seine eigene Arbeit ernähren, so verschwindet auch der Unterschied zwischen gewesenen Arbeitern und gewesenen Bourgeois und damit die Grundlage der Klassenrationen und -Preise. Beides sind Uebergangsmaßregeln. Je rascher sie überflüssig werden, desto besser für die schwergeprüfte Menschheit dieses Jahrhunderts.

11. Das Geldproblem in der Diktatur.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung versieht das Geld verschiedene Funktionen. Es ist allgemeines Aequivalent aller Waren, es ist das ideelle Rechengeld, Maß der Preise. Es dient als Zirkulations- und Zahlungsmittel auf dem inneren Markte und als Weltgeld auf dem Weltmarkte. Es wird als Schatz aufgehäuft, als potenzielle Kaufkraft aufgespeichert. Alle diese Funktionen versieht es im modernen Kapitalismus, ohne Rücksicht darauf, ob es die Form metallischen Geldes oder ob es die Form papierener Noten hat, vorausgesetzt, daß der gesamte Nominalwert der in den Verkehr gebrachten Noten den „gesellschaftlichen Zirkulationswert" nicht übersteigt, das heißt, nicht mehr Noten in den Verkehr gebracht werden, als zur Abwicklung des Warenverkehrs nötig ist[48]).

Die Kriegswirtschaft aller Länder wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß der reale Güterbestand vermindert wird, daß mehr verbraucht als produziert wird, das heißt, der reale, in gesellschaftlicher Arbeitszeit ausgedrückte Gesamtwert der zirkulierenden Waren beständig kleiner wird. Dem entspricht aber keine Verminderung der in Zirkulation befindlichen Geldmasse. Im Gegenteil. Dieselbe vermehrt sich fortwährend. Der Hauptverbraucher der Kriegswirtschaft ist nämlich der Staat. Die realen Güter werden dem einzelnen privaten Eigentümer vom Staate gegen bare Zahlung abgekauft. Das Geld hiezu beschafft sich der Staat entweder unmittelbar von der Notenbank in Gestalt sogenannter schwebender Schulden oder im Wege von Kriegsanleihen. Nimmt der Staat die Notenbank unmittelbar in Anspruch, dann treten die Papiernoten einfach an Stelle des verbrauchten Vorrates an realen Gütern. Diese Papiernoten sind nur mehr der äußeren Form nach Banknoten. Ihrem volkswirtschaft-

[48]) R. Hilferding: „Das Finanzkapital." Wien. Marxstudien.

lichen Wesen nach sind sie Papiergeld, ungedeckte Staatsnoten, da sie nicht auf Grund bankmäßiger Kreditgeschäfte zur Befriedigung des Zirkulationsbedarfes in den Verkehr gebracht werden, sondern zur Deckung der Kriegskosten des Staates[49]). Dieses Papiergeld kann nicht in Güter rückverwandelt werden, weil eben der reale Güterverbrauch die Produktion weit übersteigt. Da aber dies sich mit dem Charakter der anarchisch-kapitalistischen Wirtschaft nicht verträgt, müssen alle Warenpreise in dem Maße steigen, daß jeder sein in Geld ausgedrücktes Nominaleinkommen in reale Güter soll umsetzen können. Die Preise steigen daher im Maßstab der Vermehrung der in die Zirkulation gepreßten überschüssigen Banknotenmenge. Dieselbe Geldeinheit kauft jetzt eine viel geringere Menge von „geronnener Arbeitszeit" als früher.

Ein Teil des Papiergeldes häuft sich als Schatz auf, staut sich bei den Geldinstituten, legt sich milliardenweise in den Truhen der Bauern an. Die Möglichkeit, diese Geldsummen in produktives Kapital zu verwandeln, besteht nicht, da es infolge Gütermangel unmöglich ist, die Elemente des produktiven Kapitals in ihrer Naturalform auf dem Markte zu kaufen. Bliebe die Möglichkeit der Umwandlung in fiktives Kapital. Die Form des einfachen zinstragenden Kapitals kann nur ein geringer Teil annehmen, da die Geldinstitute mit Einlagen so überhäuft sind, daß zum Beispiel in Ungarn die Provinzinstitute im letzten Kriegsjahre überhaupt keine verzinslichen Einlagen annahmen. Als einziger Ausweg bleibt die Anlage in der eminent typischen Form des fiktiven Kapitals: der Kriegsanleihe. Der Staat nimmt von den besitzenden Klassen in steter Wiederholung die aufgehäufte Papiergeldmasse auf und verwandelt dieselbe in zinstragende Kriegsanleihe; in Anweisungen auf den durch die Besteuerung des Volkes einzuziehenden Teil des Arbeitsertrages der künftigen Generationen. Durch die Kriegsanleihewirtschaft erhöht sich das scheinbare Einkommen der Bevölkerung des Landes, was zur weiteren Entwertung des Geldes führt. Denn selbstverständlich ist es nicht die Masse der in Verkehr gebrachten Papiernoten selbst, welche die Entwertung des Geldes herbeiführt, wie es die grobe Form der Quantitätstheorie behauptet, sondern das Ueberwiegen des in Geld ausgedrückten Einkommens über die reale Güterproduktion. Die Entwertung des Geldes in der Kriegswirtschaft nahm in den Ländern der Zentralmächte eine so scharfe Form an, daß die Rolle des Geldes als Zirkulationsmittel zu wanken begann. An Stelle des Verkaufes hatte sich ein primitiver Naturaltausch ein-

[49]) Von den europäischen Staaten schulden gegenwärtig den Notenbanken: Italien 12 Milliarden Lire, Frankreich 26 Milliarden Francs, Notenbanken: Italien 12 Milliarden Lire, Frankreich 26 Milliarden Franken, Bild), Oesterreich-Ungarn 22 Milliarden Kronen, Deutschösterreich. 5 Milliarden Kronen, Ungarn 7 Milliarden Kronen.

zubürgern begonnen[50]). In dieser Verfassung war das Geldwesen Ungarns, als das Proletariat die Regierungsmacht übernahm.

In der vollentwickelten kommunistischen Wirtschaft gibt es natürlich keine Geldprobleme, weil es auch kein Geld im kapitalistischen Sinne gibt. Die kommunistische Wirtschaft ist eine Güterwirtschaft, in welcher ein geldähnliches Zeichen zwar kursieren kann, in welcher aber das Geld nicht als Ausdruck der dem Menschen selbst unbewußten gesellschaftlichen Vorgänge fungiert. Nicht die Menge des auf dem Markt realisierten Geldes gibt dem Produzenten darüber Aufschluß, ob die von ihm produzierte Ware ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt oder nicht, ob die in seiner Ware enthaltene Arbeitszeit gesellschaftliche Arbeitszeit ist oder nicht. Mit der anarchistischen Produktion für einen nicht bekannten Markt hört auch der mysteriöse Begriff des „Warenmarktes", der „Fetischcharakter" der Güter als Waren auf. Hiemit entfällt auch das Geldproblem.

Desto schwieriger ist das Geldproblem in der Zeit des Ueberganges von der Warenverkehrswirtschaft zur Güterwirtschaft im Anfang der proletarischen Diktatur. Das Problem besteht darin, die Rolle des Geldes so umzuwandeln, daß einige Funktionen erhalten bleiben, andere Funktionen aber ausgeschaltet werden. Der proletarische Staat kann im Beginn das Geld als Preismaß und als Zirkulationsmittel nicht entbehren, insolange die naturale Verteilung der Güter nicht voll durchgeführt ist und neben den gemeinwirtschaftlichen Betrieben große Reste des privatwirtschaftlichen Systems vorhanden sind. Ein Versuch der sofortigen Abschaffung des Geldes würde zu einem wirtschaftlichen Chaos führen.

Der proletarische Staatshaushalt kann des Geldes zur formellen Deckung des Defizits ebenfalls nicht entbehren. Der proletarische Staatshaushalt arbeitet am Beginn notwendig mit einem großen Defizit, wie auch die kapitalistischen Staaten gegenwärtig nach dem Krieg[51]). Die kapitalistischen Staaten können ihr Defizit zum Teil durch Aufnahme neuer Anleihen decken. Der proletarische Staat annulliert die alten Staatsschulden, kann natürlich keine neuen Anleihen aufnehmen, keine neuen Quellen des Arbeitsloseneinkommens schaffen. Zur Deckung des Defizits bleibt daher kein anderes Mittel, als die Ausgabe neuen Papiergeldes.

[50]) Siehe E. Varga: „Geld und Kapital in der Kriegswirtschaft." „Die Neue Zeit", 1916.

[51]) Für das Jahr 1919/20 beträgt das Defizit der Union zirka 2 Milliarden Dollar = 100 Milliarden Mark, England 600 Millionen Pfund Sterling = 174 Milliarden Mark, Frankreich 20 Milliarden Franken = 100 Milliarden Mark, Deutschland zirka 20 Milliarden Mark, Italien 20 Milliarden Lire = 70 Milliarden Mark.

Dagegen müssen folgende Funktionen des Geldes ausgeschaltet werden:

Die Funktion als Geldkapital, als Mittel zur Aneignung von Mehrwert, sei es als Leihkapital, als Warenhandelskapital oder durch Verwandlung in produktives Kapital, da dies gegen das Wesen der proletarischen Wirtschaft verstößt.

Die Funktion als Schatz, als aus dem Kapitalismus ererbte, aufgehäufte potenzielle Kaufkraft, da das Fortbestehen dieser Funktion den Eigentümern die Möglichkeit gibt, arbeitslos zu leben und bis zur Verzehrung ihres Geldvermögens ohne reale Gegenleistung Güter zu konsumieren.

Die Funktion des Geldes als Weltgeld beschränkt sich mit der Proklamierung der Diktatur ohne Zutun der proletarischen Regierung auf das vollwertige Edelmetallgeld, indem die kapitalistischen Staaten die Papiernoten des proletarischen Staates nicht annehmen, da sie keine Garantie darauf haben, dieselben zum Güterankauf oder zur Schaffung von Kapital verwenden zu können; für den Güteraustausch zwischen proletarischen Staaten aber das Geld überflüssig ist.

Wir wollen nunmehr die Geldwirtschaft der ungarischen Räterepublik aus den hier angeführten Gesichtspunkten betrachten. Der erste Schritt zur Regelung des Geldwesens war: die Geldinstitute, die Zentren des kapitalistischen Wirtschaftssystems, unter staatliche Kontrolle zu stellen. Dies geschah in der Weise, daß den bisherigen kapitalistischen Direktoren die Verfügungsgewalt über die Institute entzogen wurde. An ihre Stelle wurden aus den sozialistisch gesinnten Bankbeamten Betriebsleiter eingesetzt, mit demselben Wirkungskreis wie dem der Produktionskommissäre in den Fabriken. Durch diese Maßregel konnte die Räteregierung über das ganze Finanz- und Bankwesen sofort frei verfügen. Die formelle Enteignung und Verstaatlichung unterblieb mit Rücksicht auf die ausländischen Institute und der sehr weitgehenden Beteiligung des ausländischen Kapitals an den nominell ungarischen Geldinstituten. Der Uebergang aller Geldinstitute in staatliche Verfügung vollzog sich ohne den geringsten Widerstand. Die Umwandlung der Funktion des Geldes konnte daher sofort in Angriff genommen werden.

Bei Beginn der Diktatur mußte vor allem dafür gesorgt werden, daß wegen Mangels an Zirkulationsmitteln keine Katastrophe eintrete, daß die Produktion nicht wegen Mangels an Geld eingestellt werden müsse, daß die Arbeiter ihren Arbeitslohn vor allem ausbezahlt erhalten. Die Geldinstitute wurden daher angewiesen, den Fabriken und Unternehmungen, mit welchen sie bisher in finanzieller Verbindung standen, auf Grund der vom Produktionskommissär und dem Betriebsrat eingereichten Lohnlisten zu Lasten ihres Bankguthabens das nötige Geld zur Lohnzahlung auszufolgen. Auf ähnliche Weise machten die Geld-

institute das Geld zur Bezahlung von Materialien, welche die einzelnen enteigneten Betriebe von den privaten Betrieben kauften, flüssig. In dem Güteraustausch zwischen den enteigneten Betrieben untereinander wurde sogleich allgemein das Ueberweisungssystem eingeführt. Jenen Betrieben, welche kein Bankguthaben hatten und Geld zur Lohnzahlung benötigten, wurde ein Staatskredit gewährt. All dies stellte nur eine provisorische Regelung dar. Nach Organisierung der Betriebszentralen hätten diese für alle in ihrem Wirkungskreis vereinigten Betriebe die Kasse geführt. Durch diese Verfügungen wurde die Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel vorläufig aufrechterhalten. Dies ergab zugleich die Möglichkeit, durch die Emission von neuem Papiergeld das Defizit des Staatshaushalts zu decken.

Die Funktion des Geldes als Geldkapital wurde sogleich ausgeschaltet. Die Zinsenzahlung wurde bei sämtlichen Geldinstituten eingestellt[52]).

Eine Umwandlung in produktives Kapital wurde durch die drohende Enteignung, aber auch durch die Unmöglichkeit, die materiellen Elemente des produktiven Kapitals käuflich zu erwerben, verhindert. Große Liegenschaften, auch die Zinshäuser in den größeren Städten waren enteignet. Kleine Liegenschaften, Bauerngüter, waren den Eigentümern um keinen Preis feil. So wurde die Verwandlung des Geldes in Kapital unmöglich, mit Ausnahme des Schleichhandels, des Schmuggels und ähnlicher illegaler Transaktionen, welche mit dem Ausbau der staatlichen Güterverteilung eine immer geringere Bedeutung besitzen.

Ein viel schwierigeres Problem bildet die Ausschaltung der Schatzfunktion des Geldes, die Verhinderung der Möglichkeit, daß die aufgehäufte potenzielle Kaufkraft des aus dem Kapitalismus ererbten Geldvorrates im Proletarierstaat aktualisiert werde, daß die Geldbesitzer jegliche Waren erwerben und bis zur Aufzehrung ihres Geldvorrates arbeitslos leben können. Bei jenen Beträgen, welche bereits die Form des zinstragenden Kapitals angenommen hatten: bei Geldinstituten angelegt waren, war das Problem leicht gelöst. Die Geldinstitute wurden angewiesen,

[52]) In einem späteren Zeitpunkt, als der völlige Mangel an Geld in den Staatskassen drohte und noch kein Papier und keine Einrichtung zum Druck von Papiernoten vorhanden waren, wurde mit Aufgabe des prinzipiellen Standpunktes der Versuch gemacht, dem Geldmangel durch Wiedereinführung von freien zinstragenden Einlagen abzuhelfen. Summen, welche nach dem Tage der Entstehung der Räteregierung durch Einzahlung von barem Gelde bei einem unter staatlicher Kontrolle stehenden Institut eingezahlt wurden, wurden als „freie Einlagen" mit 4 Prozent verzinst und der Eigentümer konnte den ganzen Betrag zu jedem Zeitpunkt wieder beheben. Der Versuch mißlang. Nur ganz kleine Summen wurden von rückständigen Bauern, welche von der sozialen Veränderung kein klares Bild hatten, bei den Filialen der bäuerlichen Landes-Zentralkreditgenossenschaft eingezahlt. Das Abgehen vom richtigen prinzipiellen Standpunkt bewährte sich nicht.

von allen Guthaben und Einlagen monatlich nur 10 Prozent, maximal 2000 K, auszufolgen. Die einer Familie angehörenden Einlagen wurden zur Verhinderung der mehrfachen Aufnahme des Monatsbetrages zusammengebucht. Ein radikaleres Verfahren wäre es gewesen, alle Einlagen und Guthaben überhaupt für null und nichtig zu erklären. Wir vermieden dies mit Rücksicht auf die Ausländer und die Unmöglichkeit, die staatliche Versorgung aller Arbeitsunfähigen sogleich durchzuführen. Wir wollten es vermeiden, daß arbeitsunfähige Leute, Alte und Kranke, durch eine absolute Annullierung der Einlagen und Guthaben mit einem Schlage dem Elend anheimfallen. Die vollständige Annullierung sollte erst nach dem Ausbau der staatlichen Versorgung aller Arbeitsunfähigen erfolgen.

Zur Ausschaltung der Kaufkraft des in Schatzform aufgespeicherten Geldes — wir denken an die Milliarden der Bauern und der Bourgeoisie, welche mit Rücksicht auf die verworrenen politischen Verhältnisse ebenfalls stets große Mengen von Bargeld zu Hause hielten — gibt es theoretisch drei Wege:

1. Das radikalste Verfahren wäre, die alten, im kapitalistischen Staate in den Verkehr gebrachten Noten ungültig zu erklären und ein neues Zirkulationsmittel in den Verkehr zu bringen. Dieses Verfahren würde die Kaufkraft des aufgeschatzten Geldes mit einem Schlage vernichten, setzt aber eine sehr große politische Macht des neuen Proletarierstaates voraus: die Macht, die Bauern zur Annahme des neuen Geldes zwingen zu können. Da aber der Proletarierstaat anfangs im Güteraustausch mit den Bauern der ökonomisch schwächere Teil ist, weil er von den Bauern Güter in größerem Gesamtgeldwert bekommen muß, als er ihnen an eigenen Gütern überlassen kann und die Differenz mit irgendeinem formalen Zahlungsmittel ausgleichen muß [83]), weil außerdem die Güter, welche der Staat dem Bauern überläßt, für diesen minder unentbehrlich sind als die Lebensmittel der Bauern für das städtische Proletariat, so ist es im Anfang der Diktatur kaum möglich, dieses radikalste Verfahren anzuwenden, weil es die Lebensmittelversorgung ungemein schwierig gestalten würde.

2. Der zweite Weg wäre, die Kaufkraft des aufgehäuften Geldschatzes durch die radikale Entwertung der Geldeinheit auf ein Minimum zu beschränken. Der proletarische Staat ist zu einer Entwertung des Geldes ohnehin genötigt, da das Defizit nicht anders als durch vermehrte Notenausgabe gedeckt werden kann. Es fragt sich aber, ob man prinzipiell die Entwertung des Geldes als Ziel setzen soll oder ob man umgekehrt — durch Einführung von

[83]) Ueber die Möglichkeit, durch Steuern die Differenzen hereinzubringen, siehe das vorausgehende Kapitel.

Bargeld sparenden Zahlungsmethoden und durch eine den Produktionskosten entsprechende Preisstellung der staatlich erzeugten Güter — der weiteren Vermehrung und Entwertung des Geldes Einhalt zu bieten bestrebt sei. Die rasche und fortgesetzte Entwertung des Geldes ist insofern von Nachteil, als es die Stabilisierung der Lohnhöhe verhindert, Lohnbewegungen und Mißhelligkeiten zwischen den Arbeitern des Staates und dem proletarischen Staate selbst verursacht, zu fortwährenden Lohnerhöhungen zwingt, die Kalkulation sehr erschwert und die Aufstellung eines regelrechten Staatshaushaltsplanes, besonders aber die Einhaltung desselben unmöglich macht. Es hängt von der Menge des bei den vermögenden Schichten aufgehäuften Geldes ab, ob es zweckmäßig erscheint, die Entwertung des Geldes planmäßig anzustreben oder nicht.

3. Der dritte und endgültige Weg ist das Absterbenlassen des Geldes überhaupt. Die proletarische Wirtschaft ist prinzipiell Güterwirtschaft, Naturalwirtschaft. Mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaft verschwindet vor allem das Geld aus dem Verkehr der gemeinwirtschaftlichen Betriebe untereinander. Die Kohlengruben beliefern die Bahnen und Eisenwerke mit Kohle ohne Preisverrechnung. Die Eisenhütten liefern das Eisen den Maschinenfabriken, diese die Maschinen an die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe, ohne Vermittlung des Geldes. Die Arbeiter erhalten einen stets größeren Teil ihres Lohnes in Naturalform: Wohnung, Heizung, Brot, Fleisch u. s. w. Je enger und fester die Maschen der gemeinwirtschaftlichen Produktion und Verteilung, desto mehr müssen sich auch die Bauern dem System der Güterwirtschaft einfügen, desto weniger sind sie imstande, die potenzielle Kaufkraft des vom Kapitalismus ererbten Geldvorrates in aktuelle zu verwandeln. Sie müssen die staatlich bewirtschafteten Güter für eigene Güter eintauschen, die Steuern in Lebensmitteln abtragen. Das Geld stirbt auch als Zirkulationsmittel ab, bevor noch die Enteignung oder das freiwillige Aufgeben der privaten Produktionsmittel der Bauern vollzogen ist. Und hiemit ist das Schatzproblem endgültig gelöst. Dies setzt aber bereits eine weitgehende organisatorische und politische Festigung des Proletarierstaates voraus, wie auch einen defizitlosen Staatshaushalt, um von der Ausgabe neuen Papiergeldes zur formellen Deckung des Defizits absehen zu können.

Ungultigerklärung, Entwertung und Absterben des Geldes sind die drei möglichen Formen der Ausschaltung der Kaufkraft der aufgehäuften Papiergeldmassen. Diese Methoden schließen eine die andere nicht aus. Jede Proletarierregierung wird den Ausbau der Güterwirtschaft, die möglichst rasche Abschaffung des Geldes in kapitalistischem Sinne anstreben. Jede Proletarierregierung ist gezwungen, zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt Papiergeld in den Verkehr zu bringen und auf diese

Weise die aus dem Kapitalismus stammenden Vorräte an barem Gelde zu entwerten. Endlich ist es möglich, daß sich vor dem endgültigen Absterben des Geldes ein geeigneter Zeitpunkt findet, in welchem man den Entwertungsprozeß mit einem Schlage erledigen und das alte Geld ungültig erklären kann. Es hängt von den historischen und politischen Umständen ab, welcher Lösung des Problems der Vorzug zu geben ist.

Für die ungarische Räterepublik gestaltete sich das Geldproblem durch das Zusammenfallen einzigartiger Umstände ganz besonders schwierig. Ungarn hatte im Kapitalismus keine selbständige Valuta. Die Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank dienten auch nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in allen Nachfolgestaaten als Geld, in einigen mit einer nationalen Abstempelung, welche aber ohneweiters nachahmbar war. Die Notendruckerei befand sich in Wien; das Geldbedürfnis der Nachfolgerstaaten wurde durch die von der Notenbank beschafften Banknoten, durch schwebenden Kredit gedeckt. Dem proletarischen Ungarn verweigerte die Notenbank natürlich den weiteren Kredit. Geld mußte aber zur Bestreitung der staatlichen Ausgaben, besonders der Kosten des alsbald einsetzenden Krieges, beschafft werden. In Budapest konnten nur die Zweihundert-Kronennoten und die Fünfundzwanzig-Kronennoten von der Notenbank gedruckt werden. Als der Vorrat an Noten ausging, wurde zu dem Nachdruck dieser Noten gegriffen[54]). Nun hatten sich diese Noten, welche in der letzten Kriegswoche zuerst in den Verkehr gebracht wurden, mit dem Text, daß sie bis Ende Juni 1919 aus dem Verkehr gezogen werden, bei den Bauern niemals eingebürgert. Die unglückliche Idee, die Noten nur einseitig zu drucken, machte dieses sogenannte „weiße Geld" absolut unpopulär. Vor der Diktatur, als das alte „blaue Geld" mit dem weißen in allen Nachfolgestaaten vermischt in Verkehr war, hatte die Zurückweisung der weißen Noten durch die Bauern nicht viel zu bedeuten; man gab den Bauern das blaue Geld und verwendete das weiße im städtischen Verkehr.

Die Räteregierung hatte aber im dritten Monat ihres Bestandes nur mehr nachgedrucktes weißes Geld zur Verfügung[55]), welches in den Nachfolgestaaten kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr war, da die Oesterreichisch-Ungarische Bank die nach-

[54]) Es handelt sich um keine „Banknotenfälschung", wie oft behauptet wurde. Die von der Räteregierung nachgedruckten Noten waren mit anderen Serien versehen als die im alten Regime gedruckten, was, nebenbei bemerkt, von der gegenrevolutionären Agitation zur Diskreditierung des Sowjetgeldes weidlich ausgenutzt wurde. Der Nachdruck geschah öffentlich mit Wissen der Leiter der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. Es war im Wesen eine bei der Staatsbank des Landes aufgenommene Zwangsanleihe.

[55]) Die Räteregierung fand in den Staatskassen und bei der Notenbank zirka 2 Milliarden Kronen vorrätig, wovon 1400 Millionen in 200-Kronen-Noten, die schon damals einen beschränkten Zirkulationsbereich hatten.

gedruckten Noten für ungültig erklärte und die Zweihundert- und Fünfundzwanzig-Kronennoten überhaupt aus dem Verkehr zog. Die Bauern nahmen die neuen weißen Noten noch weniger an, als die weißen Originalnoten. Es wiederholte sich die aus der Geldgeschichte wohlbekannte Erscheinung: das schlechtere Geld drängte das bessere aus dem Verkehr. Die blauen Noten wurden thesauriert; jeder trachtete, die weißen Noten loszuwerden. Bei dem Einkauf von Lebensmitteln und anderen bäuerlichen Erzeugnissen ergaben sich große Schwierigkeiten; die Bauern forderten, wenn sie für Geld überhaupt etwas herzugeben geneigt waren, Bezahlung in blauem Gelde. Eisenbahner, staatliche Angestellte und Arbeiter in der Provinz gerieten in die größten Unannehmlichkeiten, weil sie mit dem weißen Gelde von den Bauern nichts kaufen konnten. Die Finanzsektion der Räteregierung wurde täglich von Deputationen bestürmt, welche Bezahlung in blauem Geld forderten. Je näher der Landesgrenze, desto schlimmer wurde der Zustand, da das blaue Geld jenseits der Grenze gesetzliches Zahlungsmittel bildete, das weiße Geld aber überhaupt nicht angenommen wurde. Es bildete sich ein Disagio zwischen weißem und blauem Gelde heraus, bedingt durch das niedrigere Preisniveau in den benachbarten Nachfolgestaaten und der teils aus Konservativismus, teils aus bewußter gegenrevolutionärer Gesinnung stammenden Weigerung der Bauern, das weiße Geld anzunehmen.

Unter diesen ganz eigenartigen Umständen blieb der Räteregierung nichts anderes übrig, als die Einführung einer neuen selbständigen Papierwährung. Den Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, sowohl den blauen als den weißen, wurde der Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels genommen: den auf hohe Beträge lautenden blauen Noten mit sofortiger Geltung, den weißen und kleinen blauen Noten auf einen kurzen Termin; das blaue Geld wurde für ausländische Valuta erklärt. Gleichzeitig wurden durch die Postsparkasse, dem populärsten Geldinstitut Ungarns, neue Noten, auf 5, 10 und 20 Kronen lautend, in den Verkehr gebracht, dieselben für das gesetzliche Zahlungsmittel erklärt und die Verweigerung der Annahme mit schwerer Strafe bedroht. Die früheren Noten, sowohl blaue als weiße, wurden zum Nominalwert umgetauscht. Diese Noten wurden von dem Publikum, besonders aus Mangel an kleinen Noten, zum Teil aber auch wegen der schönen Ausstattung, eher angenommen als das weiße Geld.

Gelöst war indessen das Geldproblem durchaus nicht, wenn auch eine gewisse Erleichterung eintrat. In jenem Teil des Wirtschaftslebens, welcher bereits gemeinwirtschaftlich organisiert war, im Verkehr zwischen den enteigneten Betrieben und im Handel mit deren Erzeugnissen, wie auch fast im ganzen städtischen Verkehr, trat das neue Geld glatt an Stelle des alten. Aber die Bauern leisteten Widerstand: sie nahmen das neue Geld nicht

an und gaben ihr blaues Geld zum Umwechseln an dem bestimmten Termin nicht her, und der Staat hatte nicht die genügende Macht, sie hiezu zu zwingen. Oekonomisch nicht, weil die private Wirtschaft der Bauern aus den oben angeführten Gründen noch stärker war als die in der Organisation begriffene Gemeinwirtschaft. Politisch nicht, weil es dem Proletarierstaat in der Provinz an wirklich ergebenen Anhängern, die den Kampf mit den reichen Bauern aufgenommen hätten, fehlte.

Es ergab sich so eine ganz eigenartige Gestaltung der Geldverhältnisse. Es bildeten sich in einem Lande zwei getrennte Wirtschaftssysteme mit verschiedener Valuta. Die einzelnen Institutionen der Gemeinwirtschaft benützten untereinander das neue Geld als Zirkulationsmittel. Der Staat bezahlte Angestellte und Arbeiter mit dem neuen Gelde und gab ihnen für dasselbe alle Güter, über welche er verfügte. Die Bauern und alle privaten Betriebe bildeten das zweite Wirtschaftssystem, dessen einzelne Glieder untereinander das alte blaue Geld als Zirkulationsmittel benützten. Bei Zahlungen an das staatliche System benützten die Privaten die in ihren Besitz gelangten neuen Noten. Bei Zahlungen an die Bauern mußten die Betriebe und Angehörigen des staatlichen Systems, mit Ausnahme der unmittelbaren Gewaltandrohung, mit blauem Gelde zahlen. Der staatliche Angestellte zum Beispiel bekam seinen Gehalt in weißem Gelde; er konnte mit diesem Gelde seine Wohnung und alle staatlich bewirtschafteten Güter bezahlen, war aber unfähig, von einem Bauern ein Ei dafür zu erhalten. Da das private Wirtschaftssystem dem staatlichen gegenüber eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hatte, weil der Staat mehr von den Bauern kaufte als die Bauern vom Staate kaufen konnten, gelangte langsam alles blaue Geld in den Besitz der Angehörigen des privaten Wirtschaftssystems, und das blaue Geld erhielt ein hohes Agio gegenüber dem weißen. Es bildte sich ein verbotener, aber trotzdem blühender Handel in beiden Geldarten: das Disagio des neuen Geldes betrug gegen Ende der Diktatur 50 Prozent. Das private Wirtschaftssystem hatte außerdem den riesigen Vorsprung, daß das von ihm benutzte Zirkulationsmittel in den benachbarten Nachfolgestaaten unmittelbar – oder nach einer leicht vornehmbaren Abstempelung – gesetzliches Zahlungsmittel und auch auf dem Weltmarkt eine anerkannte Valuta war. Wohingegen das neue Geld der Räteregierung von allen kapitalistischen Ländern boykottiert wurde, so daß im Verkehr mit dem kapitalistischen Ausland, mit nichtkapitalistischen Ländern hatten wir keinerlei Verbindung, die Räteregierung sich ebenfalls des blauen Geldes bedienen mußte.

Es war eine ganz eigenartig schwierige Situation, in welche die ungarische Räteregierung gelangte, indem sie aus technischen

Gründen, da sie die alten Noten nicht nachdrucken konnte, vorzeitig gezwungen war, den Versuch der Ungültigerklärung des alten Geldes und die Einführung eines neuen Geldsystems zu wagen. Vorzeitig, denn weder war das gemeinwirtschaftliche System bereits in dem Maße ausgebaut, um das Uebergewicht über das private System zu haben und diesem das neue Geld ökonomisch aufzwingen zu können, noch reichte die politische Macht des Staates aus, die Annahme des neuen Staatsgeldes mit Gewalt zu erzwingen. Der Fall der Räterepublik schnitt den Knoten entzwei.

12. Der proletarische Staatshaushalt.

Der Staat der kapitalistischen Länder ist die Gewaltorganisation der herrschenden Klassen zur Niederhaltung der Beherrschten. Diesem Zweck passen sich alle Betätigungen des Staates, selbst jene auf rein ideologischem Gebiet, an. Der Unterricht der Kinder der arbeitenden Klassen wird nur soweit entwickelt, als es zur Ausbildung von Facharbeitern unbedingt nötig ist. Das ganze Unterrichtswesen hat nebenbei den Zweck, den Kindern chauvinistische, konservative, das Klassenbewußtsein ertötende Ideologie einzuimpfen. In wirtschaftlicher Beziehung wandelte sich die Funktion des Staates mit den Aenderungen des Kapitalismus. Einfacher Wächter des Privateigentums im Zeitalter des Freihandelskapitalismus; Regulator des Marktpreises in der Periode des Schutzzolls; Eroberer neuer Märkte, neuer Exploitationsgebiete im modernen Imperialismus; Organisator der ganzen Wirtschaft im Weltkrieg.

Die Diktatur des Proletariats knüpft an diesen Punkt an. Durch Enteignung und Verstaatlichung der Produktionsmittel dehnt sich der Machtbereich des Staates noch weiter aus und erfaßt nach und nach die ganze Produktion und Güterverteilung. Hiedurch ändert sich auch der Staatshaushalt vollkommen. Hatte auch der kapitalistische Staat schon produktive Betriebe — Bahnen, Bergwerke u. s. w., so ist dies doch nur ein nebensächliches Moment. Der Staatshaushalt war, was die Einnahmen anbelangt, durchwegs auf die Steuern der Staatsbürger angewiesen; die Ausgaben waren überwiegend unproduktive Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Gewaltorganisation.

Ohne in steuerpolitische Details einzugehen, können wir feststellen, daß die Steuereinnahmen des kapitalistischen Staates aus folgenden Quellen stammen:

1. Steuern auf das Vermogen: Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Abgabe.

2. Steuern auf die Grundrente: Grundsteuer, Grundwertsteuer.

3. Steuern auf den Mehrwert: Alle Arten von Einkommensteuern.

4. Steuern auf den Arbeitslohn: Fast alle Arten der Verbrauchssteuern und Monopoleinkommen, wie auch eine Reihe sogenannter direkter Steuern, die auf das Arbeitseinkommen überwälzt werden.

Die Diktatur des Proletariats teilt das Wirtschaftsleben in zwei scharf geschiedene Teile: die neue Gemeinwirtschaft und die zum Verschwinden bestimmten Reste der Privatwirtschaft. Der proletarische Staat wird seine Steuerpolitik demgemäß einrichten: er wird den noch vorhandenen Privateigentümern gegenüber, falls er die nötige Macht besitzt, alle drei erst genannten Steuerquellen rücksichtslos ausnützen. Hohe Erbschaftssteuern, eine womöglich die ganze reine Grundrente absorbierende Grundwertsteuer und eine so hohe Einkommensteuer einheben, daß die selbständige Existenz als Kleingewerbetreibender oder Kleinbauer keinen höheren realen Standard bedeuten soll, als diejenige der in den enteigneten Großbetrieben arbeitenden Lohnarbeiter.

Der proletarische Staat ist in der Anziehung der Steuerschraube den Privateigentümern gegenüber wirtschaftlich viel freier, als der kapitalistische Staat. Im Kapitalismus ist die gesellschaftliche Akkumulation, die Entwicklung und Vermehrung der Produktionsmittel Aufgabe der Kapitalistenklassen: die gesellschaftliche Akkumulation ist das Ergebnis der privaten Akkumulation unzähliger einzelner Kapitalisten. Nimmt der kapitalistische Staat für seine improduktiven Auslagen — und der kapitalistische Staat hat fast ausschließlich solche — einen so großen Teil des Mehrwerts in Anspruch, daß den einzelnen Kapitalisten die Möglichkeit der Akkumulation genommen wird, hört die gesellschaftliche Akkumulation überhaupt auf: damit jeder wirtschaftliche Fortschritt. Der proletarische Staat übernimmt mit der Enteignung der Großbetriebe auch die Aufgabe der realen Akkumulation, der Entwicklung der produktiven Kräfte. Eine Akkumulation von Reichtum im Besitz von Privatleuten ist für das Proletariat im Proletarierstaat nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Für den Proletarierstaat bestehen daher keine wirtschaftlichen Schranken in der Besteuerung des Vermögens und jeder Art von Mehrwerteinkommen. Das Ergebnis der Besteuerung freilich kann nicht groß sein, da die größten Steuerträger, die Großbetriebe, durch die Enteignung als Steuerzahler entfallen, der in den noch bestehenden Privatbetrieben produzierte Mehrwert aber infolge der geringen Ausbeutung der Arbeiterklasse sehr niedrig ist.

Es taucht hier nun die Frage auf: Wenn der proletarische Staat stark genug ist, solche hohe Steuern auszuwerfen und einzutreiben, müßte er auch stark genug sein, alle Produktionsmittel dieser Schichten zu enteignen. Dies scheint zum Teil richtig zu sein, obzwar die völlige Enteignung, zum Beispiel des Grundbesitzes von Millionen Bauern immerhin einen größeren gegenrevolutionären Widerstand hervorrufen würde, als eine hohe, aber gerechte Grundwertsteuer oder eine sehr hohe Erbschaftssteuer, welche immer nur einzelne, nicht Massen, auf einen Schlag trifft. Aber ganz abgesehen von der politischen Seite: die Enteignung von einigen Millionen Betrieben ist in erster Linie keine Machtfrage, sondern eine Organisationsfrage. Mit der Enteignung allein ist dem Proletariat blutwenig gedient: die enteigneten Betriebe müssen organisch in die Gemeinwirtschaft eingebaut werden. Hiezu fehlt es aber in den ersten Jahren der Diktatur, bis eine neue Generation herangebildet wird, an entsprechendem Menschenmaterial[56]). Daher scheint es zweckmäßig, statt der Enteignung der Kleinbetriebe selbst, die Reinerträge dieser Privatwirtschaften durch eine scharfe Besteuerung dem proletarischen Staat nutzbar zu machen.

Dagegen werden Verbrauchssteuern und Zölle für den Proletarierstaat im allgemeinen ohne Bedeutung sein: Die meisten Güter, welche im kapitalistischen Staate mit einer Verbrauchssteuer belastet wurden — es sind dies Massenartikel, die in Großbetrieben erzeugt werden: Zucker, Spirituosen, Petroleum u. s. w., werden im Proletarierstaat monopolisiert. Es wäre daher ganz sinnlos, erst den Preis von Staats wegen zu bestimmen und nachher eine Verbrauchssteuer hinzuzuschlagen; wie es auch im kapitalistischen Staat wenig Sinn hat, bei staatlichen Verkehrsanstalten einen Tarif festzusetzen und dann eine Verkehrssteuer daraufzuschlagen. Ist die Monopolisierung des Außenhandels durchgeführt, verlieren die Zölle jeden Sinn. Alle bisherigen Einnahmen aus Verbrauchssteuern und Zöllen werden in den Einnahmen der staatlichen Betriebszentralen vereinheitlicht. Alle Zölle und Verbrauchssteuern fallen auf diese Weise weg. Dagegen entsteht ein ganz neuer Kreis von Problemen: die Fragen der Preispolitik, von welchen wir weiter unten sprechen.

Es muß hier nur noch die Frage aufgeworfen werden, wie sich die Geldsteuern in das prinzipiell der Güterwirtschaft zueigende System des proletarischen Staates überhaupt einfügen lassen? Werden die Kleinbürger und Bauern so stark besteuert, daß sie nicht mehr Einkommen behalten als ein Lohnarbeiter, so bedeutet das vom Standpunkt der Güterwirtschaft, daß sie auch nicht mehr Güter kaufen und konsumieren können als die Arbeiter. Anders steht die Frage bei den reichen und Mittelbauern mit ihrem nach Milliarden zählenden aufgehäuften Papiergeld-

[56]) So steht es zumindest in Rußland, Ungarn, überhaupt in Osteuropa. In Westeuropa, wo die allgemeine Bildung des Proletariats eine viel höhere ist, wo jeder industrielle Arbeiter zumindest schreiben, lesen und rechnen kann, ist die Frage der Organisierungsmöglichkeit leichter zu lösen.

besitz. Geldsteuern der Bauern sind für die Güterwirtschaft des proletarischen Staates insolange ganz indifferent, als die Zahlung aus dem aufgeschatzten Gelde geschieht. Es erspart nur die Druckkosten neuer Noten. Es muß daher möglichst bald zu einer Naturalgrundsteuer, an die Erhebung der Grundwertsteuer im Getreide geschritten werden, vorausgesetzt, daß es durch die Einführung eines neuen Geldes in der Zwischenzeit nicht gelingt, die aufgehäuften Geldsummen der Bauern zu entwerten. Ist die Entwertung der alten Papiergeldmilliarden gelungen und kursiert nur mehr neues Geld, so hat eine hohe Geldsteuer der Bauern güterwirtschaftlich zur Folge, daß sie genötigt sind, Lebensmittel zu veräußern, um ihre Steuern bezahlen zu können [57]).

Die eigentlichen nichtproduktiven Ausgaben des proletarischen Staates — also von den produktiven Betriebsausgaben abgesehen — sind im Anfang der Diktatur viel höher, als die des kapitalistischen Staates. Der isolierte Proletarierstaat wird durch die kapitalistischen Nachbarstaaten in den Krieg gedrängt. Es muß ein großes Heer in Waffen gehalten werden. Die Ausgaben für Schulwesen schnellen sprunghaft in die Höhe, wie auch die sozialpolitischen Ausgaben: Krankenpflege, Arbeitslosenunterstützung u. s. w. Eine Ersparnis zeigt sich vor allem in der Sistierung des Staatsschuldendienstes.

Ohne dies statistisch belegen zu können, erscheint es offenbar, daß die noch so scharfe Besteuerung des von der Enteignung verschonten Privatwirtschaftssystems — vorausgesetzt, daß die Eintreibung der Steuern von politischen Reibungen ganz frei vor sich ginge, was für den Anfang eine irreale Voraussetzung — durchaus nicht genügen würde, die Ausgaben des Staates zu decken. Güterwirtschaftlich ausgedrückt: Die dem privaten Produzenten in Steuerform entzogenen Güter genügen nicht, um die improduktiven Schichten der Bevölkerung: Soldaten, Beamte, Lehrer, Arbeitslose, Kranke und Invalide zu erhalten. Die staatlichen Betriebe müssen daher den Löwenanteil zur Deckung der staatlichen Auslagen beitragen. Das heißt: die Massen der in den staatlichen Betrieben produktiv Arbeitenden erhalten durchaus nicht ihren vollen Arbeitsertrag. Ein großer Teil der produzierten Güter muß den oberwähnten, nicht unmittelbar produktiven, aber für den Bestand des proletarischen Staates unentbehrlichen Schichten und den Arbeitsunfähigen aller Art überlassen werden. Da aber vorläufig Geldlöhne und Geldpreise bestehen, gelangen wir auf diesem Wege zu der schon berührten Frage der staatlichen Preisfestsetzung zurück.

Wie hoch soll der Preis der staatlichen Erzeugnisse festgesetzt werden? Würden die staatlich erzeugten Güter zum Selbstkostenpreis verkauft werden, blieben keine Einnahmen zur Erhaltung der oben erwähnten improduktiven Bevölkerungs-

[57]) Siehe das Kapitel über die Geldprobleme.

schichten übrig. Auch gäbe es keine Möglichkeit einer realen Akkumulation von Produktionsmitteln, welche im Proletarierstaate noch dringender nötig ist zum Zwecke der Erhöhung der Lebenshaltung der Einwohner, als im kapitalistischen. Prinzipiell müssen daher alle staatlichen Güter zum „gesellschaftlichen Selbstkostenpreis" verkauft werden [58]). Wir verstehen darunter den Selbstkostenpreis plus einem zur Deckung der Erhaltungskosten der nicht Arbeitenden genügenden Zuschlag, plus einem Zuschlag zur Ermöglichung der realen Akkumulation. Anders ausgedrückt: die Verkaufspreise müssen so festgestellt werden, daß der Staat nicht nur kein Defizit habe, sondern noch einen Ueberschuß zur Errichtung neuer produktiver Betriebe.

Dies ist die prinzipielle Lösung. Praktisch arbeitet jede Diktatur am Beginn mit einem großen Defizit und deckt dieses, wie gegenwärtig fast alle kapitalistischen Staaten, durch die Ausgabe von Papiergeld. Wir wollen nur noch darauf hinweisen, daß es, güterwirtschaftlich betrachtet, eigentlich gar keinen Unterschied macht, ob der proletarische Staatshaushalt durch den Verkauf der staatlich produzierten Güter zum gesellschaftlichen Selbstkostenpreis ins Gleichgewicht gebracht wird, oder das Defizit durch vermehrte Notenausgabe gedeckt wird. Die Masse der produzierten Güter wird hiedurch nicht berührt. Auch die Verteilung nicht. Die Improduktiven und Nichtarbeitenden müssen die auf sie entfallende Quote der zur Erhaltung ihres Lebens nötigen Güter erhalten, wenn diese Güter überhaupt vorhanden sind, gleichgültig, ob der Staat ein Defizit hat oder nicht. Das geldwirtschaftliche Defizit des Proletarierstaates ist keinesfalls gleichbedeutend mit dem güterwirtschaftlichen Defizit, das heißt mit der Verminderung des realen Güterbestandes des Staates. Eine weitgehende reale Akkumulation, der intensive Ausbau der Produktionsmittel, kann im proletarischen Staatshaushalt mit einem riesigen Geldefizit ohneweiters zusammenfallen. Das Defizit des Staatshaushaltes und dessen Deckung durch die Ausgabe von neuem Papiergeld hat nur die eine unangenehme Folge, daß sich die Differenz von Geldeinkommen und Realeinkommen vergrößert, der Gütermangel in den Augen der Kauflustigen noch größer erscheint, als wenn alle staatlichen Güter zum gesellschaftlichen Kostenpreis in den Verkehr gebracht werden und der proletarische Staatshaushalt defizitlos dasteht. Es wird daher von der befolgten Geldpolitik des Proletarierstaates abhängen, ob ein großes Gewicht auf ein defizitloses Gebaren zu legen ist. Ist es gelungen, das aus dem Kapitalismus stammende aufgehäufte Papiergeld durch die Ein-

[58]) Dieser Begriff wurde vom Volkskommissär Lengyel während der Diktatur geprägt.

führung einer neuen Valuta endgültig zu entwerten, dann ist es wünschenswert, daß der Staat kein Defizit habe, um die Ausgabe weiterer Noten zur Deckung des Defizits einzustellen und die Entwertung des neuen Geldes zu verhindern. Ist dies nicht gelungen, so haben Defizit und fortgesetzte Notenausgabe den Erfolg, die aufgehäuften Geldvorräte radikal zu entwerten und den Uebergang zur Güterwirtschaft zu beschleunigen. Ein Defizit an realen Gütern kann natürlich durch keinerlei finanzpolitische Maßnahmen aus der Welt geschafft werden. Es bedeutet entweder einen Verbrauch des Güterstockes, soweit dies technisch möglich ist (Lebensmittel, Vieh, Abnützung der Maschinerie ohne Ersatz) oder die Notwendigkeit einer entsprechenden Einschränkung der Konsumtion, um das Gleichgewicht zwischen Konsumtion und Produktion herzustellen. In der vollentwickelten kommunistischen Güterwirtschaft verschwindet das Problem des Staatshaushaltsdefizits. Es geht restlos in dem Problem der ganzen Gemeinwirtschaft des Volkes auf.

In der Periode der proletarischen Diktatur besteht aber neben dem Gemeinwirtschaftssystem noch das privatwirtschaftlich Ererbte der Bauern und Kleinbürger. Um die Wirkungen des restlichen Privateigentums an Produktionsmitteln in der realen Einkommenverteilung auszuschalten — so lange seine gänzliche Abschaffung politisch und organisatorisch unmöglich ist — haben wir eine so weitgehende Besteuerung ins Auge gefaßt, welche das Einkommen der Bauern und Kleinbürger auf das Niveau der Lohnarbeiter herabsetzt. Nun ist es sehr fraglich, ob es in der ersten Zeit der proletarischen Diktatur politisch möglich ist, eine derartig scharfe direkte Besteuerung dieser Bevölkerungsschichten durchzuführen. Es kommt daher zu diesem Zwecke, wie auch zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt eine neue Art der indirekten Besteuerung dieser Schichten in Betracht: durch die staatliche Klassenpreispolitik, welche wir bei der Frage der Verteilung bereits erwähnten. Es ist möglich, die monopolisierten Verbrauchsartikel dem Proletariat billig, den Kleinbürgerschichten aber teurer als den gesellschaftlichen Selbstkostenpreis zu berechnen.

Nun ist aber bei den wichtigsten staatlich monopolisierten Gütern, bei den Lebensmitteln, eine Klassenpreispolitik dem Bauern gegenüber unmöglich, da die Bauern selbst Erzeuger und zum Teil Verkäufer dieser Güter sind. Sie müssen daher bei solchen Gütern indirekt besteuert werden, welche sie nicht selbst erzeugen und die sie schwer entbehren können: Salz, Petroleum, Eisen, Geräte, Maschinen. Diese Güter können dem Bauern zu hohen Preisen berechnet werden, jedoch darf hiebei, wie wir schon oben ausführten, ein gewisses Maß nicht überschritten werden, sonst würden die Bauern zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückkehren und die landwirtschaftliche Produktion würde hiedurch einen Rückgang erleiden[59]).

Die beste und endgültige Lösung auch dieses Problems ist der je raschere Ausbau der Gemeinwirtschaft, der je raschere Uebergang vom kapitalistischen, geldwirtschaftlichen System zu der reinen Güterwirtschaft des kommunistischen Staates.

13. Internationale Wirtschaftsprobleme in der Diktatur.

Im Verlaufe unserer Untersuchungen haben wir bereits öfter über die internationalen Probleme gesprochen. Doch fühlen wir die Notwendigkeit, dies Material auch zusammenfassend zu bearbeiten.

Der isolierte Proletarierstaat wird von den umgebenden kapitalistischen Staaten wirtschaftlich boykottiert. Der Proletarierstaat ist daher von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung ausgeschlossen. Alle Güter müssen, soweit dies überhaupt möglich ist, auf eigenem Gebiete erzeugt werden; dies bedeutet eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Ergiebigkeit der Arbeit, da viele Güter an ungünstigen Standorten erzeugt werden müssen. Die Erzeugung erfordert daher mehr Arbeitszeit, als weltwirtschaftlich-gesellschaftlich nötig wäre. Manche wichtige Rohstoffe — Kautschuk, Baumwolle, Kupfer, Erdöl u. s. w. — finden sich nur in beschränkten Gebieten des Erdballes und können vom Proletarierstaat durch eine wirtschaftliche Isolierung ganz abgeschnitten werden. Der moderne Kapitalismus hat außer dieser auf natürlichen Grundlagen ruhenden Arbeitsteilung auch eine weitgehende weltwirtschaftliche Spezialisierung der industriellen Produktion geschaffen. Gewisse Arbeitsmaschinen werden nur in Amerika, gewisse Holzbearbeitungsmaschinen nur in Schweden, einige chemische und optische Apparate nur in Deutschland erzeugt u. s. w. Patente, Fabrikationsgeheimnisse und der Mangel der zur Produktion nötigen Einrichtungen verhindern jahrelang die Erzeugung solcher Produkte, selbst wenn alle Rohmaterialien hiezu vorhanden wären. Alles dies erschwert die Wirtschaft des isolierten Proletarierstaates ungemein.

Zwar kann im Falle einer wirtschaftlichen Isolierung der Schmuggel auch durch eine strenge Blockade nicht verhindert werden. Indessen zeigen die ungarischen Erfahrungen, daß der Schmuggel den legalen Güteraustausch nicht im entferntesten ersetzen kann. Außerdem trägt der Schmuggel durch die mit ihm zusammenhängenden Umstände: Betrug, Bestechungen u. s. w.,

[59]) Der große Aufschwung des Schulwesens und der allgemeinen Bildung in der Diktatur bildet, indem sie die Bedürfnisse der Bauern hebt, ein Gegengewicht gegen die einen kulturellen Rückschritt bedeutende Tendenz zu der geschlossenen Hauswirtschaft.

eine tiefgehende Demoralisierung in den Wirtschaftsapparat des proletarischen Staates hinein. Der staatlich betriebene Schmuggel zieht den Privatschmuggel und den Schleichhandel nach sich, so daß es überhaupt fraglich ist, ob die Vorteile des Schmuggels seine schlechten Folgen aufwiegen. Nach den ungarischen Erfahrungen scheint es am zweckmäßigsten, den Schmuggel aller Konsumgüter zu verbieten und denselben auf einzelne spezielle Güter: Apparate, Maschinenbestandteile u. s. w., zu beschränken.

Nun läßt es sich denken, daß einzelne kapitalistische Länder, respektive einzelne kapitalistische Gruppen dieser Länder, in einen Handelsverkehr mit dem proletarischen Staat treten, wie dies in Ungarn geschehen ist. Dies wird um so eher der Fall sein, je wichtigere, schwer ersetzbare Produkte der proletarische Staat dem kapitalistischen Nachbarn zu bieten hat. Der Güterverkehr kann in der Weise stattfinden, wie es in Ungarn geschah, daß einzelne enteignete Unternehmungen unter ihrer alten Firma Güter aus dem Auslande beziehen, eventuell Güter auch dahin exportieren. Dies kann aber nur am Beginne der proletarischen Umwälzung der Fall sein, insolange die ausländischen Kapitalisten die Diktatur für einen vorübergehenden politischen Zwischenfall betrachten. Festigt sich die proletarische Regierungsgewalt, so ändert sich auch die Form des internationalen Wirtschaftsverkehrs. Der internationale Kredit wird eingestellt, da die Eigentums- und Rechtsverhältnisse des proletarischen Staates den ausländischen Kapitalisten keine geeignete Grundlage zu einem Kreditgeschäfte bieten. Das Geld hört auf, internationale Funktionen zu leisten. Die Kapitalisten nehmen das Papiergeld des proletarischen Staates nicht an, weil sie keine Gewähr dafür haben, es in reale Güter oder Einkommenquellen umwandeln zu können. Der proletarische Staat kann fremde Zahlungsmittel ebenfalls nur im beschränkten Maßstab brauchen, weil eben wegen der stets drohenden Blockade die Möglichkeit der realen Gütereinfuhr immer ungewiß ist. Was das Gold, das eigentliche Weltgeld des Kapitalismus, anbelangt, so wird dessen Wert im kapitalistischen Staate ganz anders beurteilt als im proletarischen. Im Kapitalismus dient es als „allgemeine Materiatur der menschlichen Arbeitskraft", als „allgemein gültige verdinglichte Form des Wertes". Es gilt daher, mag sein Ursprung was immer sein, als absolutes Kauf- und Zahlungsmittel. Für Gold kann der proletarische Staat von den Kapitalisten der kapitalistischen Staaten — wenn ein Güteraustausch überhaupt stattfindet — alles haben. Für den sich der Güterwirtschaft stetig nähernden proletarischen Staat hat dagegen das Gold, infolge seiner geringen Nützlichkeit, bloß als Kaufmittel in kapitalistischen Staaten einen Wert. Der Proletarierstaat wird daher seinen Goldvorrat ohne Zaudern zum Güterankauf im Auslande hergeben. Dagegen gegen Goldzahlung ins Ausland im allgemeinen Güter nur insoweit abgehen, als die Möglichkeit des Eintausches desselben gegen reale Güter im Weltmarkt möglich ist. Stellen wir uns überhaupt ein friedliches Nebeneinander zwischen einem proletarischen und einem kapitalistischen Staate vor, so kann der Außenhandel endgültig nur die Form eines systematischen Naturaltausches haben, wie auch schon während des Krieges die staatlichen sogenannten „Kompensationsabmachungen" überwogen. Bei diesen Tauschgeschäften zeigt sich der grundlegende Unterschied zwischen dem proletarischen und kapitalistischen Wirtschaftssystem. Für den der Naturalwirtschaft zusteuernden Proletarierstaat ist bei dem Güteraustausch allein die Nützlichkeit maßgebend. Für die Kapitalisten aber ist dies absolut bedeutungslos. Die Kapitalisten werden in ein Tauschgeschäft nur eingehen, wenn sie hiebei in ihrer oder in einer weltgängigen Valuta ein profitables Geschäft machen. Der Güteraustausch wird daher in der Valuta des kapitalistischen Staates verrechnet werden[80]). Die Kapitalistengruppe wird einseitig das quantitative Austauschverhältnis entsprechend dem Weltmarktpreis des Kapitalismus bestimmen. Dem Proletarierstaat hingegen wird die ganz neuartige Aufgabe zufallen, Nützlichkeiten quantitativ zu vergleichen: darüber zu entscheiden, ob der Entgang an Nützlichkeit, welcher mit dem Verzicht auf gewisse Güter verbunden ist, durch den Gewinn an Nützlichkeit, welche die in Tausch erhaltenen Güter gewähren, aufgewogen wird. Diese Beurteilung kann bei solchen Gütern, welche auch im Inland erzeugt werden können, durch Berechnung der inländischen Produktionskosten gestützt werden. Während im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Beurteilung der Nützlichkeit eines Gutes Privatsache der einzelnen Käufer ist und diese Beurteilung sich anarchisch, in verdinglichter Form, in der Gestaltung der Marktpreise, durchsetzt, wird es im Proletarierstaate bewußte Funktion der wirtschaftlichen Leitung.

Der Güterverkehr zwischen einem proletarischen und den kapitalistischen Staaten wird insolange wirtschaftlich leicht vor sich gehen können, als der proletarische Staat noch Vorräte an Gütern hat oder infolge der Unmöglichkeit der raschen Umwandlung des Produktionsapparates noch derartige Güter erzeugen muß, welche für den Konsum der Kapitalisten bestimmt sind und bei dem allgemein niedrigen Standard der Einwohner des proletarischen Staates in den Konsum der Arbeiter vorläufig nicht eingehen können: Gold- und Silberwaren, Juwelen, Luxusmöbel und Teppiche, gewisse Textilien u. s. w. Auch der Besitz an ausländischen Wertpapieren aller Art ist hieher zu rechnen. Diese Vorräte, welche für den Proletarierstaat eine sehr geringe Nützlichkeit, für die Kapitalisten aber in kapitalistischen Ländern

[80]) Auch im Kapitalismus wurden die internationalen Warengeschäfte oft in fremder, meist Pfundsterlingvaluta oder neuerdings in Dollarvaluta verrechnet.

einen hohen Marktpreis haben, können leicht zu Tauschgeschäften verwendet werden. Wenn es sich aber um die Hingabe von Rohmaterialien oder Konsumgütern des Proletariats handelt, ist es bei dem allgemeinen Gütermangel im proletarischen Staat — verursacht durch die sprunghaft erhöhten Geldeinkommen weiter Schichten, welcher keine entsprechende Erhöhung der Güterproduktion entspricht — eine sehr schwierige Aufgabe, die Zweckmäßigkeit eines Güteraustausches zu entscheiden.

Weiter geht natürlich der Güteraustausch zwischen proletarischen Staaten; indessen ergeben sich hier auch sehr interessante Probleme. Im Anfangsstadium der proletarischen Wirtschaft werden die früheren politischen Staatsgrenzen wahrscheinlich auch weiterhin wirtschaftliche Grenzen bilden, teils aus organisatorisch-technischen Gründen, da schon die zentrale Leitung der Wirtschaft eines einzelnen Staates eine schwer zu bewältigende Aufgabe stellt, teils, weil sich die wirtschaftlich bessergestellten Proletarierstaaten anfangs weigern dürften, mit den Aermeren ein gemeinsames Wirtschafts- und Verteilungsgebiet zu bilden. Auch ist es möglich, daß sich die Umgestaltung geographisch in Sprüngen vollziehen wird, daß die neu entstandenen proletarischen Staaten ganz oder teilweise durch kapitalistische Staatsgebilde voneinander zeitweilig getrennt werden, wie es mit Ungarn und Rußland der Fall war, und das Zusammenschmelzen zu einem Wirtschaftsgebiet auch geographisch unmöglich ist. Soll nun zwischen Proletarierstaaten ein Güteraustausch stattfinden, kann das quantitative Verhältnis der auszutauschenden Güter nicht auf Grundlage der Nützlichkeit festgestellt werden, da die zwei den Tauschakt vollziehenden Staaten auf dieser Grundlage zu sehr verschiedenen Ergebnissen kommen würden. Bei einem Tausch auf Grundlage der Nützlichkeit gewinnen beide Tauschende. Es muß sich daher zwischen den auf Nützlichkeit basierten quantitativen Schätzungen der beiden Tauschenden ein Plus an Nützlichkeit ergeben, zu dessen prinzipieller Verteilung zwischen den Tauschenden die Basis fehlt. Dem Geist der proletarischen Wirtschaft würde es sehr gut entsprechen, die Arbeitszeit zu berechnen, welche die Produktion der zum Tausch gelangenden Güter gekostet hatte, und auf diese Weise die zur Produktion verwendete Arbeitszeit zur Grundlage des Austauschverhältnisses zu machen. Hier taucht jedoch die Frage der „nationalen Verschiedenheiten" der Arbeitskräfte auf. Der Arbeitstag des englischen Arbeiters ergibt durchschnittlich ein viel größeres Produkt, als der Arbeitstag des russischen oder ungarischen Arbeiters, weil der englische Arbeiter unter günstigeren Naturbedingungen und im Durchschnitt mit bedeutend besseren Produktionsmitteln arbeitet, weil

er eine bessere Fachbildung und eine hohe Intelligenz besitzt, weil er besser ernährt ist usw. Es fragt sich: Soll der Arbeitstag des englischen Arbeiters im Güteraustausch der proletarischen Staaten ebensoviel oder mehr wiegen, als der Arbeitstag des russischen oder ungarischen Arbeiters? Dem kommunistischen Grundprinzip gemäß sollten sie gleichgestellt werden. Das Weiterbestehen der egoistisch-habgierigen Weltauffassung wird auch hier zu Konzessionen nötigen. So wie der Anteil des einzelnen Arbeiters während der Periode der Diktatur seiner Arbeitsleistung und nicht seinen Bedürfnissen angemessen werden muß, wird es notwendig sein, die höhere nationale Arbeitsleistung im internationalen Güteraustausch zwischen proletarischen Staaten zu berücksichtigen. In der Praxis dürften wahrscheinlich ständige oder von Fall zu Fall entsendete paritätisch zusammengesetzte zwischenstaatliche Kommissionen das Austauschverhältnis feststellen.

Es ist hiebei zu bemerken, daß das Verhältnis zwischen Proletarierstaaten zueinander auch wirtschaftlich ein ganz anderes ist, als jenes zwischen kapitalistischen Ländern. Jedes proletarische Staatswesen hat ein dringendes Interesse daran, andere proletarische Staaten wirtschaftlich zu stärken, da dies die Grundlage seiner politischen Konsolidierung bildet, die Befestigung des proletarischen Regimes in anderen Staaten aber die Gewähr für das Fortbestehen desselben im eigenen Lande bildet. In den Güteraustausch der proletarischen Staaten mengt sich daher in der revolutionären Anfangsperiode ein schwerwiegendes politisches Moment. Jene Staaten, die in der proletarischen Revolution vorangingen, deren Wirtschaft bereits besser konsolidiert ist, werden aus politischen Gründen in jeder Weise bestrebt sein, den später nachfolgenden Staaten den Uebergang von der kapitalistischen zur proletarischen Wirtschaft zu erleichtern, was am besten durch ihnen gewährten staatlichen Güterkredit geschehen kann.

Die Situation ändert sich, sobald die Herrschaft des Proletariats in allen zivilisierten Ländern fest gegründet ist. Der isolierte proletarische Staat ist genötigt, alle Güter, wenn irgend möglich, auf dem eigenen Gebiete zu produzieren. Die Ergiebigkeit der Arbeit ist daher — von allen anderen Umständen abgesehen — geringer, als in dem die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung genießenden kapitalistischen Staate. Reiht sich dagegen ein proletarischer Staat an den anderen, so gelangt das Riccardosche Prinzip, daß jeder Staat jene Güter produziert, welche auf seinem Gebiete am billigsten erzeugt werden können, voll zur Geltung. Die Standortlehre gelangt in der proletarischen Weltwirtschaftspolitik zur bewußten Anwendung. Jeder Staat erzeugt nur jene Güter, die auf seinem Gebiet den besten Standort haben. Alle jene Produktionszweige, welche der Kapitalismus in einzelnen Ländern durch hohe Schutzzölle treibhausmäßig

großgezogen, welches Verfahren immer eine Beeinträchtigung der Ergiebigkeit der gesamten Arbeit bedeutet, werden abgebaut. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit einer überstaatlichen Organisation der Wirtschaft, eines weltstatistischen Amtes und eines Obersten Weltwirtschaftsrates, um alle zwischenstaatlichen Probleme zu regeln, solange einzelne Staaten als selbständige Wirtschaftseinheiten überhaupt bestehen. Mit dieser Umgestaltung vermindern sich sukzessive die nationalen Verschiedenheiten in der Arbeitsleistung. Mit der Diktatur beginnt ein rascher kultureller Fortschritt der arbeitenden Schichten in den bisher rückständigen Ländern, welche automatisch zu einer höheren Arbeitsleistung führt. Die planmäßige internationale Verteilung der Produktion nach dem Standortprinzip wirkt in demselben Sinne. Nach Verlauf einer Generation wird es möglich sein, die Arbeitszeit als einheitliches Weltmaß aller Güter im internationalen Güterverkehr zu verwenden. Doch sind wir bereits in Gedankengänge geraten, welche an die Utopie streifen...

Unmittelbare Realität hingegen hat die Frage der Kapitalsanlage im Ausland und die Frage der Kolonien. Die westeuropäischen Gläubigerstaaten: England, Frankreich, Holland, Belgien, die Schweiz, haben riesige Kapitalien im Auslande angelegt und hatten schon vor dem Kriege eine stark passive Handelsbilanz. Sie beziehen aus dem Ausland große Gütermengen ohne unmittelbarem Entgelt, als Profit ihres im Ausland angelegten produktiven Kapitals oder als Zinsen von Leihkapital jeder Art. Mit der proletarischen Herrschaft hört dies auf. Die Produktionsmittel oder andere reale Güter werden ohne Entgelt von jenem Volke enteignet, auf dessen Territorium dieselben sich eben befinden. Der Bezug von Profit oder Zinsen hört mit einem Schlage auf. Dies ist für die Gläubigerstaaten ein riesiger Ausfall, nicht nur an Geldeinkommen, sondern auch in der Güterversorgung.

Gleichzeitig entfallen auch alle Einnahmen aus der politischen Ausbeutung der Kolonien. Es ist mit dem Geist der proletarischen Herrschaft absolut unvereinbar, Kolonialpolitik im alten Sinne zu treiben, schwächere Völker durch eine Gewaltorganisation niederzuhalten und auszubeuten. Mit der Proklamierung der Proletarierherrschaft schlägt die Stunde der Befreiung für alle Kolonialvölker. Dies bedeutet unmittelbar einen großen Ausfall an realen Gütern für die bisherigen Herrenvölker.

Es wiederholt sich hier auf internationaler Stufenleiter, was wir für den isolierten Proletarierstaat im dritten Kapitel auf nationaler Grundlage ausführten. Wie die Vortruppen des proletarischen Kampfes, die gelernten industriellen Arbeiter, am Beginne der Diktatur mit Lebensmitteln schlechter versorgt sein müssen als im Kapitalismus, da das sprunghaft in-die-Höheschnellen des Verdienstes der landwirtschaftlichen Proletarier die Lebensmittel den Städten entzieht, ebenso entzieht die Diktatur auf internationaler Grundlage den Gläubiger- und Kolonialmächten alle jene Güter, welche sie bisher von ihren Schuldnerstaaten und -Kolonien ohne Entgelt erhalten hatten: ein Umstand, der die Gesinnung des Proletariats dieser Länder stark in konservativer Richtung beeinflußt.

Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht sich eben unter schweren Kämpfen und Entbehrungen aller Art. Die europäisch-amerikanische kapitalistische Kultur, welche auf der Ausbeutung nicht nur des eigenen Proletariats, sondern ganzer kolonialer Weltteile gegründet ist, diese Kultur der privilegierten Schichten, zu denen auch ein Teil der gelernten Arbeiter dieser Länder, die Arbeiteraristokratie, zu rechnen ist, der Zustand, daß einige Länder die industrielle Werkstätte der ganzen Welt bilden, muß verschwinden und einer allgemeinen Volkskultur der ganzen Welt Platz machen. Für die Bevölkerung dieser Länder wird dieser Uebergang eine schwere Prüfung sein; anderseits aber werden die bisherigen unterdrückten Völker, der kolonialen und nationalen Fesseln nunmehr ledig, ihre Produktionskräfte rasch zu großer Höhe entwickeln. Die Produktion der ganzen Welt an materiellem Reichtum wird sich infolge der raschen Ausbreitung des Volksunterrichts, der allgemeinen Erhöhung der Volkskultur, dem Aufhören der Anarchie des Wirtschaftslebens, der systematischen Ausnützung aller Naturkräfte und der internationalen Verteilung der Produktion auf die entsprechendsten weltwirtschaftlichen Standorte, mit einem Worte durch die planmäßige Organisierung der Weltwirtschaft sprunghaft steigern. In kurzer Zeit wird eine derartige Entwicklung der Produktion erreicht sein, welche allen Völkern, allen proletarischen Schichten eine Lebenshaltung sichert, wie ihn die Arbeiteraristokratie vor dem Kriege im Kapitalismus besaß. Es vollzieht sich eben auch eine internationale Nivellierung der Einkommen. Auf dieser Basis wird sich dann die neue, allgemeine, für jeden Menschen zugängliche Weltkultur erheben: das freie Reich der von materiellen Sorgen befreiten Menschheit.

Schlußwort.

Mancher Leser wird diese Schrift enttäuscht aus der Hand legen. Mancher wird von der „Ungeheuerlichkeit" der Ziele, welche der proletarischen Revolution gesetzt sind, zurückschrecken, zurücktaumeln vor den schweren Entbehrungen, welche den Vorkämpfern auferlegt sind. Es war unser Zweck nicht, ephemere Begeisterung zu erwecken, welche bei der ersten Schwierigkeit feige zusammenbricht. Die proletarische Revolution braucht harte, alle Schwierigkeiten voraussehende, auf Entbehrungen gefaßte Vorkämpfer...

Die evolutionistische Auslegung der Marxschen Lehre führt zu einer passiven, fatalistischen Ideologie weiter Schichten des Proletariats. Die Lehre Marx' von dem notwendigen Untergang der kapitalistischen Produktionsweise, seine wirtschaftliche Begründung des Herannahens des Sozialismus wurde dahin mißdeutet, daß der Untergang des Kapitalismus automatisch, ohne einen aktiven revolutionären Kampf des Proletariats, erfolgen könne. Dies ist eine verhängnisvolle Mißdeutung. Unter den Faktoren, welche zum Sturz des Kapitalismus führen, steht bei Marx das revolutionäre Proletariat an erster Stelle. Fügte sich das Proletariat in die Tatsache des Kapitalismus, so würde der Kapitalismus ewig bestehen bleiben, alle inneren Widersprüche auf Kosten des Proletariats überwindend. Weder die Anarchie der Produktion, noch die Krisen, noch das Sinken der Profitrate oder die Verelendung der Massen würde die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu Falle bringen. Einzig und allein der bewußte revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse kann dies bewirken.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich dem Proletarierregime darbieten, dürfen nicht unterschätzt werden: wir haben es in Ungarn erfahren. Die größte aller Schwierigkeiten ist aber jene der Isolierung. Auf die wirtschaftlichen Mißstände der Isolierung haben wir bereits des öfteren hingewiesen. Von entscheidender Bedeutung sind aber nicht diese wirtschaftlichen Mißstände, sondern die psychische Demoralisierung, welche eine Isoliertheit des neuentstandenen Proletarierstaates nach sich zieht.

Die nichtrevolutionären Schichten der Bevölkerung, ja selbst die Arbeiterschaft, betrachten das isolierte proletarische Regime als eine vorübergehende politische Episode. Die aktiven konterrevolutionären Elemente flüchten in das benachbarte kapitalistische Ausland und organisieren dort die bewaffnete Gegenrevolution. Die Bourgeoisie organisiert ebendort den finanziellen und wirtschaftlichen Boykott der neuen Regierung. Zugleich wird die psychische Demoralisierung systematisch betrieben. Ununterbrochen kommen Nachrichten in Zeitungen, Briefen und durch mündliche Ueberlieferung von der bevorstehenden bewaffneten Intervention der kapitalistischen Nachbarmächte. Es entsteht eine allgemeine Unsicherheit, ein Gefühl der internationalen Verlassenheit, eine unbestimmbare Furcht in den Reihen der nicht absolut überzeugten Anhänger. Hiedurch wird der organisatorische Aufbau des neuen Staates hintangehalten. Die besten intellektuellen Kräfte halten sich der Organisationsarbeit fern; die sich in den Dienst stellen, betreiben stille Sabotage. Dasselbe tut — bewußt oder unbewußt — auch die Mehrzahl der aus Arbeitern hervorgegangenen Sowjetfunktionäre. Sie suchen sich durch Gefälligkeiten Freunde in den Reihen der Bourgeoisie zu sichern, sie sammeln Beweise für ihre Unschuld, suchen sich ein Hintertürchen zur Rettung. Die Diktatur wird „breiartig", die Verordnungen werden nicht strenge eingehalten, Entbehrungen nicht mit erhobenem Haupte getragen. Statt einem revolutionären Elan herrscht kleinbürgerliche Katzenjammerstimmung, in der alle rechtsstehenden Elemente der Arbeiterschaft schwankend werden, ihr Leben durch den Abbau der Diktatur zu sichern trachten, Kompromißverhandlungen mit der Bourgeoisie anknüpfen und so zu Verrätern werden...

Eine isolierte Proletarierdiktatur kann nur Bestand haben in einem großen Lande wie Rußland, dessen Proletariat einen erprobten, stahlharten, revolutionären Charakter hat, die kommunistische Partei, jene Partei des Sozialismus, welche den Kapitalismus reif zum Sturze und das Proletariat zur Organisierung des sozialistischen Gemeinwesens für fähig hält, eine starke und überzeugte Anhängerschaft hat. In Ungarn hingegen, wo es vor

der Diktatur eigentlich gar keine organisierte kommunistische Partei gab, mußte die Diktatur zusammenbrechen, wenn dieselbe nicht rechtzeitig von außen, durch die Revolutionierung der Nachbarländer, innerlich gestärkt wurde. Die Notwendigkeit, ja Unerläßlichkeit der internationalen revolutionären Solidarität — nicht in Worten, sondern in Aktionen — zum Erfolg der proletarischen Revolution zeigt sich in dem traurigen Schicksal der ungarischen Räterepublik, welche trotz der vielen Fehler, die begangen wurden, kein ruhmloses Blatt in der Geschichte der internationalen Revolution bildet!

Osteuropa-Institut
an der Freien Universität Berlin
— Bibliothek (R) —